

MENSCHENRECHTE IN DER DEUTSCHEN ENTWICKLUNGSPOLITIK

Onlineanhang zum Evaluierungsbericht (Teil 1)
2021

Dr. Jan Tobias Polak

Lea Smidt

Lena Taube

INHALT

| | | |
|-------|---|----|
| 1. | Zusatzinformationen zum methodischen Vorgehen | 1 |
| 1.1 | Qualitative Interviews und Gruppendiskussionen | 1 |
| 1.2 | Dokumentenanalysen..... | 4 |
| 1.3 | Onlinebefragung..... | 5 |
| 1.4 | Qualitative und quantitative Inhaltsanalyse | 6 |
| 1.5 | Portfolioanalyse..... | 8 |
| 1.6 | Allokationsanalyse..... | 9 |
| 2. | Ergebnisse II: Allokationsanalyse..... | 12 |
| 3. | Ergebnisse III: Spezifische Menschenrechtsvorhaben..... | 25 |
| 4. | Ergebnisse IV: Querschnittsverankerung des Menschenrechtsansatzes in Vorhaben..... | 27 |
| 4.1 | Kodierleitfaden für die qualitative Inhaltsanalyse der Projektplanungsdokumente | 27 |
| 4.1.1 | Messtheorie | 27 |
| 4.1.2 | Kodiereinheit | 27 |
| 4.1.3 | Benötigtes Material und Dateien für die Kodierung | 27 |
| 4.1.4 | Kodierungsprozess..... | 28 |
| 4.1.5 | Kodierungsregeln..... | 28 |
| 4.1.6 | Definitionen und Indikatoren | 30 |
| 4.2 | Weitere Ergebnisse..... | 46 |
| 5. | Ergebnisse V: Strukturell benachteiligte Gruppen..... | 51 |
| 6. | Literatur | 54 |

Abbildungen

| | | |
|-------------|--|----|
| Abbildung 1 | Gemeinsames Auftreten der Dimensionen des MRA (Korrelationsmatrix) | 48 |
| Abbildung 2 | Charakteristische Wörter für die einzelnen Dimensionen des MRA..... | 48 |

Tabellen

| | | |
|------------|--|----|
| Tabelle 1 | Kodierschema für die qualitativen Interviews..... | 2 |
| Tabelle 2 | Übersichtsstatistiken der Variablen der Allokationsanalyse | 12 |
| Tabelle 3 | Ergebnisse zu Abbildung 3a (linkes Diagramm) im Hauptbericht | 13 |
| Tabelle 4 | Ergebnisse zu Abbildung 3b (rechtes Diagramm) im Hauptbericht | 14 |
| Tabelle 5 | Zusammenhang ODA und CIRI-Subindikatoren..... | 14 |
| Tabelle 6 | Zusammenhang ODA und Menschenrechte in Ländern mit bilateralem Programm (A) . | 15 |
| Tabelle 7 | Zusammenhang ODA und Menschenrechte in Ländern mit fokussierter regionaler oder thematischer Zusammenarbeit (B)..... | 15 |
| Tabelle 8 | Zusammenhang ODA und Menschenrechte in Partnerländern (A und B) | 16 |
| Tabelle 9 | Zusammenhang ODA und Menschenrechte in Abhängigkeit von deutschen Exporten .. | 16 |
| Tabelle 10 | Zusammenhang ODA und Menschenrechte in Abhängigkeit von deutschen Exporten/BIP | 17 |
| Tabelle 11 | Zusammenhang ODA und Menschenrechte in Abhängigkeit von Auslandsdirektinvestitionen/BIP | 17 |
| Tabelle 12 | Zusammenhang ODA und Menschenrechte in Abhängigkeit von humanitärer Migration aus Partnerland nach Deutschland..... | 18 |
| Tabelle 13 | Zusammenhang ODA und Menschenrechte in Abhängigkeit von Geflüchteten aus Partnerland in Deutschland | 18 |
| Tabelle 14 | Zusammenhang ODA und Menschenrechte in Abhängigkeit von geografischer Distanz zwischen Partnerland und Deutschland | 19 |
| Tabelle 15 | Zusammenhang ODA und Menschenrechte in Abhängigkeit von Mitgliedschaft im VN-Sicherheitsrat..... | 19 |
| Tabelle 16 | Zusammenhang ODA und Menschenrechte in Abhängigkeit vom Abstimmungsverhalten in VN-Generalversammlung | 20 |
| Tabelle 17 | Zusammenhang ODA und Menschenrechte in Abhängigkeit von Wahlen (Jahr vor nationalen Wahlen) | 20 |
| Tabelle 18 | Zusammenhang ODA und Menschenrechte in Abhängigkeit von Wahlen (im Jahr der Wahl und danach)..... | 21 |
| Tabelle 19 | Befunde für Regressionen der Bypassing-ODA mit Menschenrechten..... | 21 |
| Tabelle 20 | Menschenrechtsindikatoren und Wahrscheinlichkeit Budgethilfesusagen..... | 23 |
| Tabelle 21 | Menschenrechtsindikatoren und Wahrscheinlichkeit Budgethilfesusagen (reduziertes N: Länder, die mindestens einmal im Untersuchungszeitraum Budgethilfe erhalten haben) | 23 |
| Tabelle 22 | BMZ-ODA-Auszahlungen für spezifische Menschenrechtsvorhaben 2007–2017 | 25 |
| Tabelle 23 | Absolute BMZ-ODA für spezifische Menschenrechtsvorhaben nach Channel in Millionen Euro (inflationsbereinigt)..... | 25 |
| Tabelle 24 | Absolute Anzahl der BMZ-Finanzierungsbeiträge für spezifische Menschenrechtsvorhaben nach Channel | 26 |
| Tabelle 25 | Absolute Ausgaben für spezifische Menschenrechtsvorhaben 2012–2017 nach Purpose Codes/Förderbereichsschlüssel in Millionen Euro (inflationsbereinigt) | 26 |

| | | |
|------------|---|----|
| Tabelle 26 | Querschnittsverankerung der Dimensionen des MRA nach Schwerpunkten | 46 |
| Tabelle 27 | Anteil der in Dokumenten querschnittlich verankerten Dimensionen nach Durchführungsorganisation..... | 47 |
| Tabelle 28 | Absolute BMZ-ODA für Menschenrechtsvorhaben, die strukturell benachteiligte Gruppen stärken, nach Channel in Millionen Euro (inflationsbereinigt)..... | 51 |
| Tabelle 29 | Absolute Anzahl der BMZ-Finanzierungsbeiträge für Menschenrechtsvorhaben, die strukturell benachteiligte Gruppen stärken, nach Channel | 51 |
| Tabelle 30 | Absolute Ausgaben für Menschenrechtsvorhaben, die strukturell benachteiligte Gruppen stärken, 2012–2017 nach Purpose Codes/Förderbereichsschlüssel in Millionen Euro (inflationsbereinigt)..... | 52 |
| Tabelle 31 | Absolute Ausgaben und absolute Finanzierungsbeiträge für Vorhaben, die im Zusammenhang mit strukturell benachteiligten Gruppen durchgeführt werden | 52 |
| Tabelle 32 | Absolute Ausgaben für Vorhaben, die im Zusammenhang mit strukturell benachteiligten Gruppen durchgeführt werden, 2012–2017 nach Purpose Codes/Förderbereichsschlüssel in Millionen Euro (inflationsbereinigt) | 53 |

1. ZUSATZINFORMATIONEN ZUM METHODISCHEN VORGEHEN

1.1 Qualitative Interviews und Gruppendiskussionen

Zur Beantwortung der Evaluierungsfragen 2 bis 4 werden die Aussagen aus 24 leitfadengestützten semi-strukturierten Einzel- oder Kleingruppeninterviews sowie Gruppendiskussionen herangezogen.¹ Je nach Handlungsfeld wurden Vertreter*innen der für die Umsetzung verantwortlichen Organisationseinheiten in BMZ und Durchführungsorganisationen zu Interviews eingeladen. Sofern für die Umsetzung eines Handlungsfelds nur einzelne Organisationseinheiten verantwortlich waren, wurden alle verantwortlichen Personen in Einzel- oder Kleingruppeninterviews befragt. Für andere Handlungsfelder, an deren Umsetzung eine Vielzahl von Akteuren beteiligt ist, wurden Teilnehmende kriterienbasiert ausgewählt und zu Gruppendiskussionen eingeladen. Dies betraf vor allem die Sektor- und Regionalreferate der Abteilungen 1 und 3 (Stand: 1. Oktober 2020) im BMZ.

Um im Rahmen der Diskussionen mit Vertreter*innen der Regionalreferate zu gewährleisten, dass eine Meinungsbildung nicht durch die unterschiedlichen Länderkontexte erschwert wird, wurden entsprechend den unterschiedlichen Länderkontexten in Bezug auf das Erkenntnisinteresse homogene Gruppen gebildet. Dieses Vorgehen ermöglicht den Vergleich der einzelnen Gruppen (Kühn und Koschel, 2018). Für die Gruppendiskussionen mit Sektorreferent*innen wurde ebenfalls eine kriterienbasierte Auswahl angestrebt. Allerdings konnte das Vorgehen aufgrund fehlender Rückmeldungen nicht umgesetzt werden. Die Vorgehensweise wurde daher angepasst, sodass die jeweiligen Referatsleitungen Interviewpartner*innen für Einzelinterviews oder Gruppendiskussionen vorschlugen.

Des Weiteren wurden Gruppendiskussionen mit Vertreter*innen der deutschen Zivilgesellschaft durchgeführt, die Teil von VENRO oder des Forums Menschenrechte sind (inklusive der politischen Stiftungen). Die jeweiligen Interviewpartner*innen wurden über zivilgesellschaftliche Dachverbände oder Zusammenschlüsse identifiziert. Die Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure ermöglichte es, die Analyseergebnisse aus den Interviews um zusätzliche Perspektiven von für die Umsetzung verantwortlichen Personen zu ergänzen. In der Analyse berücksichtigte die Evaluierung auch mögliche unterschiedliche Interessen der jeweiligen zivilgesellschaftlichen Interviewpartner*innen, die beispielsweise dem Fokus ihrer Organisation auf spezifische strukturell benachteiligte Gruppen oder Rechte entspringen könnten.

Insgesamt ermöglichten die qualitativen Interviews durch ihre schwächer ausgeprägte Strukturierung offene Antworten und somit das Erfassen von Einstellungen und Einschätzungen der Gesprächspartner*innen. Diese Vorgehensweise war insbesondere für die Beantwortung der Evaluierungsfrage 2 von Bedeutung: Indem die Struktur des Leitfadens und mögliche Antwortoptionen keine Deutungen des Leitprinzips vorgaben, sollte das geteilte Verständnis der Teilnehmenden auf induktive Weise ermittelt werden. So sollten beispielsweise Reflexionsprozesse über die Bedeutung des Leitprinzips Menschenrechte bei den Befragten angestoßen werden.

Für die Erfassung der Umsetzung einzelner Handlungsfelder (Evaluierungsfrage 3 und 4) stand dagegen auch das Erfragen von konkreten Maßnahmen im Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses. Dementsprechend war dieser Teil der Interviews stärker strukturiert. Angesichts der hohen Anzahl an Handlungsfeldern erhielten die Interviewteilnehmer*innen vorab die Definitionen der jeweils relevanten Handlungsfelder inklusive im Handlungsfeld liegender Maßnahmen aus dem Menschenrechtskonzept. Im Zuge der Interviews

¹ Die spezifischen Interviewpartner*innen für die jeweiligen Handlungsfelder werden eingangs in jeweiligen Ergebniskapiteln genannt.

wurden Interviewpartner*innen gebeten, entsprechende Nachweise oder Dokumentationen für Umsetzungsbeispiele nachträglich bereitzustellen.

Entsprechend dem je nach Evaluierungsfrage unterschiedlichen Erkenntnisinteresse war die Datenerhebung entlang drei inhaltlicher Blöcke strukturiert: (1) der Rolle von Menschenrechten in der alltäglichen Arbeit der jeweiligen Akteure (semistrukturiert, offen), (2) der Umsetzung von Handlungsfeldern im Verantwortungsbereich der jeweiligen Akteure (strukturiert entlang der Handlungsfelder, offen) sowie (3) dem individuellen Verständnis von Menschenrechten der Interviewpartner*innen (semistrukturiert, offen).

Die Analyse der Interviews erfolgte ebenfalls je nach Evaluierungsfrage unterschiedlich. Für die Beantwortung der Evaluierungsfrage 2 wurden Interviews inhaltsanalytisch ausgewertet (Mayring, 2014). Die einzelnen Analysekatégorien wurden aus den Inhalten der Interviews selbst erstellt. Die Analyse der Evaluierungsfragen 3 und 4 erfolgte dagegen, indem Interviews mittels eines vordefinierten und an den Handlungsfeldern des Konzepts orientierten Schemas kodiert wurden (siehe Tabelle 1). Die Inhalte der einzelnen Interviews wurden anschließend zusammengefasst.

Tabelle 1 Kodierschema für die qualitativen Interviews

| Code | Anzahl |
|--|--------|
| 1 Umsetzung der Handlungsfelder | 13 |
| 1.1 Umsetzung von: Capacity Development in Deutschland | 4 |
| 1.1.1 Gezielte Fortbildungsmaßnahmen in DO und BMZ | 11 |
| 1.1.2 Positive Erfahrungen werden aufbereitet und verbreitet | 2 |
| 1.1.3 Sensibilisierung Fachkräfte/Mitarbeitende zum Thema LSBTI | 0 |
| 1.2 Umsetzung von: Kohärenz im Partnerland | 0 |
| 1.2.1 Orientierung aller Politiken, Pläne und Programme des Partners an Menschenrechten | 7 |
| 1.3 Umsetzung von: Kohärenz in Deutschland (ressortübergreifend) | 7 |
| 1.3.1 Standards, Leitlinien, Initiativen CSR | 5 |
| 1.3.2 Einsatz in deutschen Gremien für verbesserte menschenrechtspolitische Kohärenz | 8 |
| 1.4 Umsetzung von: Kohärenz International | 14 |
| 1.4.1 Weiterentwicklung Wirtschaft und MR | 3 |
| 1.4.2 Einsatz in internationalen Gremien für verbesserte menschenrechtspolitische Kohärenz | 0 |
| 1.4.3 Internationale entwicklungspolitische Fördermaßnahmen an Menschenrechten orientiert | 1 |
| 1.4.4 Einsatz bei IFIs für Ausrichtung operativer Arbeit und Leitlinien an Menschenrechten | 31 |
| 1.4.5 Einsatz bei OECD DAC für Ausrichtung von Leitlinien an Menschenrechten | 3 |
| 1.4.6 Einsatz bei EU für verbesserte Umsetzung menschenrechtlicher Leitlinien des EU-Rates | 0 |
| 1.4.7 Einsatz für European Instrument for Democracy and Human Rights (EIDHR) | 0 |
| 1.4.8 Unterstützung der Operationalisierung menschenrechtlicher Orientierung der EU-EZ | 0 |
| 1.4.9 Unterstützung der Konkretisierung und Umsetzung des Rechts auf Entwicklung bei VN | 0 |

| | |
|---|----|
| 1.4.10 Unterstützung der Arbeit der VN-Sonderberichterstatter*innen | 0 |
| 1.4.11 Einbringen in Verhandlungen über eine VN-Erklärung zur MR-Bildung und in die zweite Phase des Weltprogramms zur Menschenrechtsbildung | 0 |
| 1.4.12 Intensivierter Austausch mit anderen Gebern zum Thema LSBTI | 0 |
| 1.5 Umsetzung von: Monitoring des Konzepts | 1 |
| 1.5.1 Entwicklung eines Monitoringsystems | 11 |
| 1.6 Umsetzung von: Konditionale Mittelvergabe | 19 |
| 1.6.1 Förderung von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten durch Budgethilfe | 0 |
| 1.6.2 Berücksichtigung der internen Governance-Bewertung des BMZ | 9 |
| 1.6.3 Anwendung von Budgethilfe nur in jenen Ländern mit positiver Entwicklungsorientierung und ausreichendem Governance-Niveau sowie stabilen makroökonomischen Bedingungen und einem ausreichend transparenten öffentlichen Finanzwesen | 0 |
| 1.6.4 Konditionaler Einsatz von Budgethilfe | 3 |
| 1.6.5 Konditionalität nach gravierenden Menschenrechtsverletzungen | 27 |
| 1.7 Umsetzung von: Politikdialog | 34 |
| 1.7.1 Nutzung des Politikdialogs zur Budgethilfe | 9 |
| 1.7.2 Menschenrechte als gemeinsame rechtliche Verpflichtung | 3 |
| 1.7.3 Bürgerlich-politische und wsk-Rechte | 10 |
| 1.7.4 Versachlichung des Politikdialogs | 4 |
| 1.7.5 Regelmäßige Auswertung des Politikdialogs | 1 |
| 1.8 Querschnittsverankerung MRA in Strategien | 0 |
| 1.8.1 Bei der Gestaltung deutscher entwicklungspolitischer Fördermaßnahmen werden alle Politiken, Pläne und Programme, zum Beispiel Sektorstrategien, stärker an Menschenrechten orientiert | 41 |
| 1.9 Umsetzung von: Querschnittsverankerung des MRA in Vorhaben | 53 |
| 1.9.1 Rechte junger Menschen | 0 |
| 1.9.2 Staatliche Akteure als Pflichtentragende | 0 |
| 1.9.3 Zusammenarbeit rechenschaftspflichtiger Institutionen | 0 |
| 1.9.4 Zusammenarbeit Zivilgesellschaft und Medien | 0 |
| 1.9.5 Staatliche Regulierung der Wirtschaft | 3 |
| 1.9.6 Menschenrechtsorientierung in sozialen Sektoren | 0 |
| 1.9.7 Kulturelle Sensibilität bei der Durchführung | 0 |
| 1.9.8 Verwirklichung Recht auf angemessene Unterkunft | 0 |
| 1.9.9 Verwirklichung der Rechte diskriminierter Gruppen | 2 |
| 1.9.10 <i>Free Prior Informed Consent</i> für EZ-Maßnahmen | 0 |
| 1.9.11 Verwirklichung Rechte LSBTI | 0 |
| 1.9.12 Partizipation von Menschen mit Behinderung | 0 |
| 1.9.13 Inklusive Ansätze sektorübergreifend gefördert | 0 |

| | |
|---|----|
| 1.9.14 Selbstvertretungsstrukturen von Menschen mit Behinderung fördern | 0 |
| 1.10 Umsetzung von: Spezifische Menschenrechtsvorhaben | 68 |
| 1.10.1 Kompetenzentwicklung Pflichtentragende | 0 |
| 1.10.2 Kompetenzentwicklung Rechteinhabende | 0 |
| 1.10.3 Advocacy-Arbeit | 0 |
| 1.10.4 Strukturelle Stärkung der Zivilgesellschaft | 0 |
| 1.10.5 Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Menschenrechtsgruppen | 0 |
| 1.10.6 Verbesserung der gesetzlichen menschenrechtlichen Rahmenbedingungen | 1 |
| 1.10.7 Förderung menschenrechtlicher NGOs | 0 |
| 1.10.8 Rechtsstaatlichkeit und Gewerkschaften | 0 |
| 1.10.9 Förderung regionaler Menschenrechtsakteure | 0 |
| 1.10.10 Förderung von innovativen regionalen Netzwerken | 0 |
| 1.11 Umsetzung von: Verfahren und Prozesse BMZ/DO | 26 |
| 1.11.1 Selbstverpflichtungen DEG und KfW | 2 |
| 1.11.2 Leitfäden und Instrumente überarbeitet | 16 |
| 1.11.3 Aktive Beteiligung der betroffenen Bevölkerung | 7 |
| 1.11.4 Strukturelle Ursachen von Konflikten PCA | 1 |
| 1.11.5 Beschwerdemechanismus | 22 |
| 1.11.6 Strategien/Instrumente Projektmanagement | 9 |
| 1.12 Umsetzung von: Vulnerable Gruppen | 26 |
| 1.12.1 Deutschland unterstützt die Umsetzung der Resolution 1325 | 0 |
| 1.12.2 Förderung von Frauenrechten in Partnerländern | 0 |
| 1.12.3 Förderung von jungen Menschen | 0 |
| 1.12.4 Gezielte Unterstützung von LSBTI durch Maßnahmen in den Bereichen Gesundheit, Menschenrechtsschutz, Advocacy-Arbeit insbesondere durch zivilgesellschaftliche Organisationen | 2 |
| 1.12.5 Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderung in allen Sektoren | 0 |

1.2 Dokumentenanalysen

Zur Beantwortung der Evaluierungsfragen 1 und 3 wurden unter anderem Dokumentenanalysen durchgeführt. Die Datenerhebung zur Evaluierungsfrage 1.1. erfolgte, indem die aktuellsten Strategiedokumente zu menschenrechtsbasierter EZ der multilateralen und bilateralen Entwicklungspartner des OECD DAC identifiziert wurden. Die weitere Analyse fokussierte auf den Vergleich mit 30 bilateralen Entwicklungspartnern, für die Ergebnisse repräsentativ sind (siehe Abschnitt 4.1 im Hauptbericht). Bei der Beantwortung von Evaluierungsfrage 1.2. (siehe Abschnitt 4.2 im Hauptbericht) wurden die seit 2011 auf VN-Ebene verabschiedeten menschenrechtsrelevanten und länderübergreifenden Hard-law- und Soft-law-Vorgaben (Vertragsrecht, Konferenz-Abschlussdokumente, Resolutionen der VN-Generalversammlung und des VN-Menschenrechtsrates, Allgemeine Bemerkungen der VN-Menschenrechtsorgane) berücksichtigt. Ergänzend wurden auch Stellungnahmen der VN-Sonderberichterstatter*innen sowie Berichte von Nichtregierungsorganisationen, die sich auf globaler Ebene mit Menschenrechtsfragen oder entwicklungspolitischen

Themen befassen, herangezogen. Nicht in die Auswertung miteinbezogen wurden regionale Völkerrechtsquellen und primär auf nationale oder regionale Entwicklungen bezogene Berichte, da das Menschenrechtskonzept kontextübergreifende strategische Vorgaben macht und somit vor allem globale Trends berücksichtigen sollte. Um vergleichbare Aussagen zur Menschenrechtssituation über Partnerländer hinweg treffen zu können, wurden zudem standardisierte quantitative Indikatoren für die Bewertung der Menschenrechtslage herangezogen. Diese Sekundärdaten wurden teilweise durch Inhaltsanalysen von Dokumenten erhoben, zum Beispiel Menschenrechtsberichten von Amnesty International.

Die Dokumentenanalysen lieferten auch Belege für die Untersuchung ausgewählter Handlungsfelder im Rahmen der Beantwortung von Evaluierungsfrage 3. Die Thematisierung von Menschenrechten im Politikdialog wurde durch eine Analyse von 38 Protokollen der bilateralen Regierungsverhandlungen zwischen Deutschland und 13 ausgewählten Partnerländern unterstützt (siehe Abschnitt 5.2.2 im Hauptbericht). Die Grundgesamtheit der Analyse bildeten alle Protokolle im Untersuchungszeitraum von 2011 bis 2019.

Da für den Zeitraum von 2011 bis 2014 bereits Analysen vorlagen, wählte das Evaluierungsteam Partnerländer aus einer reduzierten Grundgesamtheit von 2015 bis 2019 aus. Diese Auswahl erfolgte kriterienbasiert mit dem Ziel, eine große Bandbreite an Länderkontexten abzudecken und so die Generalisierbarkeit der Ergebnisse zu erhöhen.

Zunächst berücksichtigte die Auswahl ausschließlich Partnerländer mit einem bilateralen Länderprogramm mit drei Schwerpunktsektoren. Weitere Kriterien bildeten eine größtmögliche Variation der Menschenrechtssituation in Partnerländern, der repräsentierten Regionen und der Schwerpunktsektoren. Ergänzend wurden noch Partnerländer ausgewählt, in denen die Menschenrechtsbewertung positiv beziehungsweise negativ ausfällt und ein expliziter Governance-Schwerpunkt existiert. Dadurch konnte für den potenziell verzerrenden Einfluss von Governance-Schwerpunktprogrammen kontrolliert werden: Menschenrechte werden in Ländern mit einem Governance-Schwerpunktprogramm vermutlich häufiger thematisiert.

Die Umsetzung der Querschnittsverankerung des Menschenrechtsansatzes (MRA) in Sektor- und Länderstrategien des BMZ (siehe Abschnitt 5.2.4 im Hauptbericht) wurde unter anderem auf Basis der Analyse aller Sektor- und Länderstrategiedokumente im Untersuchungszeitraum 2011 bis 2019 durchgeführt. Insgesamt schließt die Analyse 35 Länder- und 24 Sektorstrategien ein.

Dokumente, die für die Umsetzung eines Handlungsfelds verantwortliche Personen vorab oder im Nachgang zu Interviews zulieferten sind Teil der Analyse. Dies gilt für das Handlungsfeld „Verfahren und Prozesse“ (siehe Abschnitt 5.2.1 im Hauptbericht) sowie „Wissen und Wissensmanagement“ (siehe Abschnitt 5.2.12 im Hauptbericht). Da es sich hierbei um interne Dokumente handelt, wählte das Evaluierungsteam die Dokumente auf Basis der Hinweise von Interviewpartner*innen aus. Es wird davon ausgegangen, dass die in Interviews genannten Dokumente die Grundgesamtheit darstellen, da an der Umsetzung beteiligte Akteure Dokumente zulieferten, um ihre Umsetzung der Handlungsfelder zu belegen.

1.3 Onlinebefragung

Für die Triangulation der Daten zum internationalen Kontext des Menschenrechtskonzepts (Evaluierungsfrage 1) und zur Umsetzung einzelner Handlungsfelder (Evaluierungsfrage 3) wurde eine standardisierte Befragung unter Nationalen Menschenrechtsinstitutionen (NMRI) durchgeführt. Das übergeordnete Ziel der Befragung war, Rückmeldungen aus allen EZ-berechtigten Ländern², insbesondere den Partnerländern der deutschen EZ, zu erfragen und dadurch – auch im Sinne des menschenrechtsbasierten Evaluierungsansatzes – Perspektiven der NMRI des globalen Südens in der Bewertung der Relevanz und der Umsetzung des deutschen MRA zu berücksichtigen. Insgesamt gibt es 124 NMRI weltweit, davon sind 79 NMRI in EZ-

² Diese Länder wurden durch das OECD DAC für den Zeitraum 2018 bis 2020 festgelegt. Sie sind über die Internetseite des BMZ unter folgendem Link abrufbar: https://www.bmz.de/de/zentrales_downloadarchiv/Ministerium/ODA/DAC_Laenderliste_Berichtsjahre_2018_2020.pdf.

berechtigten Ländern. Diese stellen die Grundgesamtheit dar und wurden zur Teilnahme an der Befragung eingeladen.³

NMRI sind von den VN mandatiert, Regierungen dabei zu unterstützen, völkerrechtliche Normen im nationalen Bereich umzusetzen sowie Menschenrechte zu schützen und aktiv zu fördern, beispielsweise über die Einrichtung von Beschwerdestellen oder Informationskampagnen. Die Arbeit der NMRI basiert auf den Pariser Prinzipien, einem international anerkannten Standard, entlang dessen die Akkreditierung von NMRI durchgeführt wird. Inwiefern NMRI diese Prinzipien erfüllen, wird vom Dachverband der Nationalen Menschenrechtsinstitutionen – der Global Alliance of National Human Rights Institutions (GANHRI) – regelmäßig in einem Peer-Review-Verfahren überprüft und veröffentlicht. Von den 79 NMRI in EZ-berechtigten Ländern haben 65 % (n = 51) ein A-Ranking, das heißt, sie erfüllen alle Pariser Prinzipien, und 32 % (n = 25) ein B-Ranking, das heißt, sie erfüllen nur einige der Prinzipien. Drei der 79 NMRI haben keinen Akkreditierungsstatus. Sie nahmen nicht an der Befragung teil.

Aufgrund des sensiblen Themas wurde auf eine Pflicht zur Beantwortung von Fragen verzichtet. Alle teilweise oder vollständig ausgefüllten Fragebögen wurden in der Auswertung berücksichtigt. Daraus ergibt sich eine Antwortrate von 35 % (für alle Fragebögen, die analysiert wurden) beziehungsweise 26 % (für abgeschlossene Fragebögen). 21 der 28 teilnehmenden NMRI erfüllen alle Pariser Prinzipien (A-Ranking). Sieben NMRI erfüllen nur eingeschränkt die Prinzipien (B-Ranking). Dies bedeutet, dass GANHRI im Peer-Review-Verfahren Bedenken in Hinblick auf die Unabhängigkeit, das Mandat oder die Kapazitäten der betroffenen NMRI geäußert hat. Diese Einschränkungen werden von der Evaluierung in Kauf genommen, da die Teilnahme am Akkreditierungsverfahren in einem positiven Zusammenhang mit der institutionellen Effektivität und Autonomie von NMRI steht (Lacatus, 2016). 24 der 28 teilnehmenden NMRI stammen aus Partnerländern der deutschen EZ. Eine Rücklaufquote von 35 % ist für diese Art von Befragung üblich (Kämpf, 2018).

Für die Befragung wurde ein softwaregestützter Onlinefragebogen an alle NMRI versandt. Der Fragebogen enthielt geschlossene und hybride Fragen. Hybride Fragen bieten neben vorgegebenen Antwortkategorien auch offene Antwortmöglichkeiten. Die Befragung war in Englisch, Französisch und Spanisch verfügbar. Inhaltlich erfolgte die Befragung entlang von drei Blöcken: Der erste Block diente der Abfrage allgemeiner Informationen zur jeweiligen NMRI, der zweite Block enthielt Fragen zur menschenrechtlichen Situation im Land, der dritte Block befragte die NMRI zu Menschenrechten in der EZ. In diesem letzten Block waren spezielle Fragen zum menschenrechtlichen Engagement Deutschlands verortet.

1.4 Qualitative und quantitative Inhaltsanalyse

Eine quantitative und qualitative Inhaltsanalyse von Planungsdokumenten bilateraler EZ-Vorhaben untersuchte die Umsetzung des Handlungsfelds „Querschnittsverankerung des MRA in Vorhaben“ im Rahmen der Evaluierungsfrage 3. Die Operationalisierung der Querschnittsverankerung des MRA erfolgt durch die Definition von neun Dimensionen, die sich im BMZ-Menschenrechtskonzept (BMZ, 2011), dem BMZ-Menschenrechtsleitfaden (BMZ, 2013) und entsprechenden internen Vorgaben zur Programmerstellung (Dok. 40–43) wiederfinden. Diese neun Dimensionen spiegeln Maßnahmen zur Integration einzelner menschenrechtlicher Prinzipien und Standards, zum Beispiel Partizipation von Rechteinhabenden.⁴

Die Inhaltsanalyse klassifizierte Planungsdokumente von bilateralen EZ-Vorhaben auf der Basis manuell kodierter Textstellen für jede der neun Dimensionen des MRA in zwei Kategorien: Entweder tritt die Dimension auf oder sie tritt nicht auf. Für die Auswertung gilt die Annahme, dass je mehr Dimensionen des MRA

³ Die Einladung zur Teilnahme sowie der Fragebogen selbst wurden über interne Mailinglisten des DIMR versandt. Das Evaluierungsteam hatte dadurch zwar keine direkte Möglichkeit der Kontaktaufnahme mit den NMRI, hat so aber sichergestellt, dass die Einladungen an aktuelle und richtige Mailempfänger*innen zugestellt werden konnten.

⁴ Die Dimensionen zur Operationalisierung der Querschnittsverankerung des MRA sind im Detail im Kodierleitfaden in Abschnitt 4.1.6 beschrieben.

in einem Planungsdokument auftreten, desto stärker ist die Querschnittsverankerung des MRA in einem Vorhaben.⁵

Für Planungsdokumente bilateraler EZ-Vorhaben ist eine Darstellung der querschnittlichen Integration des MRA durch den entsprechenden BMZ-Leitfaden von 2013 sowie BMZ-interne Vorgaben zur Programmerstellung verbindlich festgelegt. Deswegen eignen sie sich als Datengrundlage, um den Grad der Umsetzung der Querschnittsverankerung des deutschen MRA zu untersuchen.⁶ Die Grundgesamtheit für die Inhaltsanalyse waren alle Planungsdokumente bilateraler EZ-Vorhaben, die die Durchführungsorganisationen zwischen dem 1. Dezember 2014 und dem 31. Dezember 2019 an das BMZ versandt hatten.

Da die KfW und die GIZ aufgrund der hohen Anzahl von Vorhaben nicht alle Dokumente zuliefern konnten, wurde eine repräsentative Zufallsstichprobe aus der Grundgesamtheit der Dokumente gezogen. Die Aussagen über die Querschnittsverankerung menschenrechtlicher Standards und Prinzipien in der Grundgesamtheit können anhand der Stichprobenwerte mit einer Fehlerspanne von 5 % für das 95 %-Konfidenzintervall getroffen werden. Die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB) und der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) konnten alle Planungsdokumente zuliefern. Die Analyse basierte auf insgesamt 761 Planungsdokumenten, von denen 37 von der BGR, 348 von der GIZ, 299 von der KfW und 77 von der PTB stammen.

Die Evaluierung wendete eine Kombination von Handkodierung und computergestütztem Verfahren der Inhaltsanalyse an. Für die Handkodierung wurde ein vierköpfiges Kodierer*innenteam rekrutiert, vorab durch das Evaluierungsteam geschult und während des Kodierungsprozesses bei Bedarf angeleitet. Die Kodier- und Analyseeinheit bildete das ganze Dokument und nicht einzelne Texteinheiten innerhalb des Dokuments. Um die Handkodierung für ein jeweiliges Dokument nachvollziehbar zu machen, markierten Kodierer*innen allerdings Textstellen innerhalb des Planungsdokuments. Die computergestützte Inhaltsanalyse basiert auf der qualitativen Handkodierung. Das computergestützte Verfahren ermöglichte es, die große Anzahl an Dokumenten zu analysieren und somit repräsentative, über Dokumente hinweg vergleichbare Aussagen über die Grundgesamtheit zu treffen.⁷ Die Inhaltsanalyse wurde in vier dezidierten Analyseschritten durchgeführt:

1. Zunächst erstellte das Evaluierungsteam einen Kodierleitfaden, der die neun Dimensionen der Querschnittsintegration definiert sowie Indikatoren zur Erkennung der Dimensionen für die qualitative Kodierung festlegt. Im Kodierleitfaden enthalten waren Textbeispiele. Mittels dieser wurden die Fähigkeiten der Kodierer*innen geschärft, qualitative Bewertungen zu treffen, ob ein Merkmal des MRA in einem Planungsdokument integriert ist oder nicht. Anmerkungen und Beispiele aus der Probekodierung von einem Planungsdokument durch das Evaluierungsteam und die Fachplaner*innen beziehungsweise Sektorexpert*innen der Durchführungsorganisationen flossen dabei im Sinne eines partizipativen Prozesses ein.⁸
2. Danach wurde eine Zufallsstichprobe von 105 Planungsdokumenten, der sogenannte Trainingsdatensatz, manuell mithilfe der Analysesoftware MAXQDA und anhand des Kodierleitfadens kodiert. Der Kodierleitfaden wurde im Prozess nicht mehr verändert; qualitative Bewertungen der Kodierer*innen wurden allerdings während des Kodierungsprozesses in einem Protokoll festgehalten und flossen bei der Auswertung der Analyse in die Bewertung des Handlungsfelds ein.

⁵ Dies impliziert die Annahme, dass Planungsdokumente von Programmen eine Grundvoraussetzung für die Umsetzung des MRA bilden, da „[!]anguage reflects ingrained perceptions, concepts, attitudes, and decisionmaking patterns. The shift from a basic needs approach to a human rights approach requires a change in language to reflect this paradigm shift“ (Jonsson, 2003, S. 21).

⁶ Projektfortschrittskontrollen oder Projektevaluierungen werden für diese Untersuchung nicht herangezogen, weil sie die Querschnittsverankerung in Vorhaben, die Menschenrechte weder als Haupt- noch als Nebenziel fördern, zumeist nicht berücksichtigen.

⁷ Projektdokumente sind durch die kommentierten Gliederungen aus internen Vorgaben zu einem gewissen Grad standardisiert, das heißt, Sprache und Inhalte sind vergleichbar und auch mit begrenztem menschenrechtlichem Fachwissen intersubjektiv nachvollziehbar. Aufgrund der Standardisierung können die Elemente des MRA über Projektdokumente hinweg einheitlich definiert, operationalisiert und kodiert werden.

⁸ Der Kodierleitfaden findet sich in gekürzter Form in Abschnitt 4.1.

3. Auf den Trainingsdatensatz aufbauend wurden alle 761 verfügbaren Planungsdokumente mithilfe der Analysesoftware R ausgewertet. Die Analyse stellt einen Lernprozess (im Sinne des *machine learning*) dar, in dem ein Computerprogramm Zusammenhänge zwischen der verwendeten Sprache (dem Wortprofil) eines manuell kodierten Dokuments und dem Auftreten eines Elements des MRA herstellt. Das Ergebnis des Lernprozesses ist ein statistisches Modell, das anhand des Wortprofils vorhersagt, ob Merkmale des MRA in einem jeweiligen Dokument querschnittlich verankert sind oder nicht. Es wurden elf Modelle für jedes Element des MRA programmiert. Jedes Modell wurde in iterativen Kreuzvalidierungsverfahren optimiert (*tuning*) sowie in Hinblick auf seine Güte geprüft. Diese Verfahren basieren auf einer Neuschätzung der Modellparameter auf einem Teiltrainingsdatensatz über wiederholte Zufallsstichprobenziehungen aus dem Trainingsset (*k-fold cross-validation*) oder der Auslassung einer Beobachtung nach der anderen (*leave-one-out crossvalidation*). Dies stellt sicher, dass ein Modell nicht nur für ein bestimmtes Trainingsset valide ist (*overfitting*), sondern Vorhersagen für die Grundgesamtheit aller Dokumente machen kann. Das Ziel der Kreuzvalidierung ist, eine Überanpassung des Modells zu vermeiden, also generalisierbare Vorhersagen zu treffen, und gleichzeitig die Zahl fehlerhafter Kodierungen über die Neuschätzung der Parameter zu minimieren.⁹
4. In einem vierten Schritt erfolgte dann eine qualitative Ex-post-Validierung, bei der 24 bereits computergestützt analysierte Planungsdokumente erneut manuell kodiert wurden. Krippendorffs Alpha gibt die Abweichung der Ergebnisse für jedes der elf Modelle über einen Vergleich der manuellen und der computergestützten Kodierung in dem Validierungsdatensatz von 24 Planungsdokumenten an. Die Ergebnisse des Modells mit dem höchsten Krippendorffs Alpha-Wert wurden berücksichtigt.¹⁰

1.5 Portfolioanalyse

Die Portfolioanalyse diente der Abbildung spezifischer Menschenrechtsvorhaben und Vorhaben zur Stärkung strukturell benachteiligter Gruppen im Portfolio des BMZ. Sie trägt so zur Untersuchung der Umsetzung der entsprechenden Handlungsfelder des Menschenrechtskonzepts bei.

Die Datengrundlage für die vorliegende Portfolioanalyse bildeten inflationsbereinigte Auszahlungen von Official Development Assistance (ODA) durch das BMZ in US-Dollar, die aus dem Creditor Reporting System (CRS) des OECD DAC stammen und in Euro umgerechnet wurden.¹¹ Für den gewählten Untersuchungszeitraum von 2007 bis 2017 lagen vollständige Informationen nicht nur zu Förderbereichen, Auszahlungen, Partnerländern und -regionen sowie Umsetzungsorganisationen vor, sondern auch zu Projekttiteln (in Kurz- und Langform). Die Analyseeinheit sind Vorhabensjahre. Dadurch können mögliche Unterschiede in der Auszahlung von Mitteln für spezifische Menschenrechtsvorhaben vor der Verabschiedung des Menschenrechtskonzepts des BMZ (2007–2011) und danach (2012–2017) sichtbar gemacht werden.

⁹ Dies wird in der Machine-learning-Sprache auch als Trade-off zwischen der Maximierung der Flexibilität eines Modells und seiner Genauigkeit bezeichnet.

¹⁰ Die computergestützte Inhaltsanalyse ist replizierbar (Früh, 2017; Grimmer und Stewart, 2013) und könnte somit in Zukunft für die Überprüfung neu veröffentlichter Projektdokumente verwendet werden (unter der Voraussetzung, dass diese ein ähnliches Format und eine ähnliche Sprache verwenden). Dies bietet Chancen für ein systematisches Monitoring der Querschnittsverankerung des MRA in Vorhaben.

¹¹ CRS wurde als Datenquelle für die Portfolioanalyse ausgewählt, da hierin weitestgehend einheitliche und qualitätsgeprüfte Daten für den gesamten Untersuchungszeitraum vorlagen. Diese Daten entsprechen den offiziellen ODA-Meldungen Deutschlands an das OECD DAC. Auf Basis dieser Daten wird beispielsweise die sogenannte ODA-Quote Deutschlands berechnet. Alternativ wäre auch eine Analyse von Daten aus Projektmanagementdatenbanken des BMZ oder der Durchführungsorganisationen möglich gewesen. Während diese Datenbanken im Vergleich zu CRS-Daten umfangreichere Informationen beinhalten (beispielsweise seit 2019 eine Menschenrechtskennung, die jedoch bisher kaum vergeben wird), gibt es doch eine Reihe von Nachteilen, aufgrund derer sie für die vorliegende übergreifende Portfolioanalyse nicht genutzt wurden. So existierte zum Zeitpunkt der Datenerhebung keine einheitliche Datenbank für alle Haushaltstitel. Zudem werden die Daten der BMZ-Datenbank im Übermittlungsprozess an die OECD vom Statistischen Bundesamt konsolidiert und geprüft.

Da spezifische Menschenrechtsvorhaben über keine eigene Kennung im CRS verfügen, erfolgte ihre Identifizierung in einem ersten Schritt über die Eingrenzung relevanter Förderbereiche. Das entsprechende Screening ergibt, dass sich spezifische Menschenrechtsvorhaben vor allem unter folgenden BMZ-Förderbereichen (CRS Purpose Codes) finden:

- durchgehend in den Förderbereichen 15160 (Menschenrechte), 15170 (Organisationen und Institutionen zur Förderung der Gleichberechtigung der Frau), 15180 (Überwindung der Gewalt gegenüber Frauen und Mädchen) und 16064 (Abfederung der sozialen Folgen von HIV/AIDS);
- in größerer Zahl in den Förderbereichen 15130 (Förderung von Recht und Gerichtswesen) und 15150 (Demokratische Teilhabe und Zivilgesellschaft);
- in geringerer Zahl in den Förderbereichen 15151 (Wahlen) und 16010 (Soziale Sicherung).¹²

Vorhaben mit Fokus auf strukturell benachteiligte Bevölkerungsgruppen finden sich potenziell auch in sämtlichen sonstigen Förderbereichen. Allerdings wird im Rahmen der Untersuchung von Vorhaben zur Stärkung dieser Gruppen zunächst auf Vorhaben mit den zuvor genannten Förderbereichen der spezifischen Menschenrechtsvorhaben zurückgegriffen. Dem liegt die Annahme zugrunde, dass es sich hierbei um Vorhaben handelt, in denen benachteiligte Gruppen strukturell im menschenrechtlichen Sinne gefördert werden. Vorhaben in anderen Förderbereichen stärken strukturell benachteiligte Gruppe im Sinne der Querschnittsverankerung des MRA und werden in der entsprechenden Analyse des Handlungsfelds berücksichtigt.

Für die Portfolioanalyse werden folglich zunächst alle Vorhaben in den Förderbereichen 15160, 15170, 15180 und 16064 herangezogen. Diese werden ergänzt durch die Identifizierung spezifischer Menschenrechtsvorhaben in den Förderbereichen 15130, 15150, 15151 und 16010 auf Basis des Projekttitels (Kurz- und Langfassung).

Die Identifizierung der Vorhaben zur Förderung strukturell benachteiligter Bevölkerungsgruppen im Gesamtportfolio des BMZ erfolgte mittels Schlagwortsuche in den Projekttiteln (Kurz- und Langfassung). Grundlage bildet eine über mehrere Testläufe iterativ entwickelte Liste von insgesamt 78 Schlagwörtern (englisch und deutsch) zur Identifizierung von Kindern, Jugendlichen, Frauen, alten Menschen, Menschen mit Behinderung, Analphabet*innen, Menschen mit HIV/AIDS, sexuellen und ethnischen Minderheiten, Indigenen, (Binnen-)Geflüchteten und Wanderarbeiter*innen.¹³ Abschließend wurde im Datensatz der ausgewählten spezifischen Vorhaben zwischen drei Vorhabentypen unterschieden, auf die in den Ergebnisabschnitten 5.2.5 und 5.2.8 im Hauptbericht näher eingegangen wird. Dies erfolgte auf Basis des Textverständnisses von Projekttiteln und -beschreibungen aus dem CRS. In Zweifelsfällen wurde die Information zur Implementierungsorganisation (Channel; bilateral/staatlich, multilateral/VN, nichtstaatlich/NGO, Wissenschaft) hinzugezogen. Einige Vorhaben waren allerdings keinem Vorhabentyp eindeutig zuordenbar und wurden als solche gekennzeichnet.

1.6 Allokationsanalyse

Die Allokationsanalyse diente der Untersuchung des Handlungsfelds „Konditionale Mittelvergabe“. Die multivariate statistische Analyse untersuchte, wie sich EZ-Allokationsmuster über Zeit und Länder hinweg abhängig von der Menschenrechtssituation eines Landes (und anderer Faktoren, für die statistisch kontrolliert wurde) verändert haben. Der Datensatz für die Analyse umfasste 136 ODA-empfangsberechtigte Länder im

¹² Es gibt Förderbereiche mit Vorhaben zur Förderung von Politik und Verwaltung, die eine Stärkung des Staates als Pflichtentragenden in menschenrechtsrelevanten Sektoren erfordern. Diese werden jedoch, ebenso wie die Vielzahl an menschenrechtsrelevanten Förderbereichen, die der Umsetzung von wsk-Rechten dienen, für die Erstellung des Datensatzes für die Portfolioanalyse menschenrechtsspezifischer Vorhaben nicht berücksichtigt. Das hier verfolgte Vorgehen weist Ähnlichkeiten zur Vorgehensweise in den vierten Förderbereichsevaluierungen kirchlicher Entwicklungsträger auf, die einen Schwerpunkt auf Menschenrechtsaktivitäten legten. So wurde hierbei beispielsweise zwischen Menschenrechtsvorhaben, die überwiegend dem Sektor Staat und Zivilgesellschaft (CRS Sector Code 151) zugeordnet werden können, und Vorhaben mit Menschenrechtsbezug unterschieden. Letztere nehmen keinen direkten Bezug auf Menschenrechtsinstrumente (Raab et al., 2018; Stahl et al., 2018).

¹³ Kontextabhängig benachteiligte Gruppen wurden mittels der Schlagwortsuche wahrscheinlich nicht erfasst.

Beobachtungszeitraum zwischen 2005 und 2017.¹⁴ Die Analyseeinheit war das Land-Jahr. Folgende Variablen wurden in den Analysen berücksichtigt:

- Die zu erklärende Variable in der Analyse waren sogenannte länderprogrammierbare deutsche ODA-Zusagen (*commitments*) des BMZ (*country-programmable aid, CPA*).¹⁵ Es wurden die Gesamtzusagen des BMZ und die Zusagen nach den Implementierungskanälen (bilateral, multilateral, nichtstaatlich) disaggregiert betrachtet. Außerdem wurden in weiteren Analysen ausschließlich Budgethilfeszusagen in Abhängigkeit von menschenrechtlichen Einflussfaktoren betrachtet. Alle ODA-Daten stammten aus dem CRS des OECD DAC und waren zum Untersuchungszeitpunkt bis einschließlich 2017 verfügbar (OECD DAC, 2020).
- Die erklärenden Variablen in der Analyse waren die generelle Menschenrechtssituation in einem Land sowie gravierende Menschenrechtsverletzungen beziehungsweise -verbesserungen im Vergleich zum globalen Durchschnittswert im Untersuchungszeitraum. Zur Messung von Menschenrechten wurden die Daten des Cingranelli-Richards (CIRI) Human Rights Data Project verwendet (Cingranelli et al., 2018). Die Analyse verwendete den ordinalen Physical-integrity-Index aus der CIRI-Datenbank und seine Subindikatoren (Schutz vor politischer Verfolgung, Folter, Inhaftierung und außergerichtlicher Tötung).¹⁶ Der Physical-integrity-Index wird gegenüber anderen verfügbaren Messinstrumenten bevorzugt, weil jährliche Bewertungen der Menschenrechtssituation für alle Länder im Untersuchungszeitraum und disaggregiert nach Subindikatoren vorliegen. Zudem ist der Physical-integrity-Index transparenter als andere auf Experteneinschätzungen beruhende Menschenrechtsindikatoren (zum Beispiel von Freedom House), da Bewertungen auf der Kodierung von der Öffentlichkeit zugänglichen Menschenrechtsberichten von Amnesty International und dem US State Department, das heißt einer zivilgesellschaftlichen und einer staatlichen Institution, beruhen. Das verwendete Kodierschema (*Codebook*) ist ebenfalls einsehbar und stellt Kodierungsbeispiele bereit. Höhere Indexwerte repräsentieren einen besseren Menschenrechtsschutz durch die Regierung.¹⁷ In der Analyse wurde immer das Menschenrechtsniveau im vorherigen Jahr abgebildet (*lagging*), da Anpassungen der ODA-Zusagen oft zeitversetzt (angenommen wird ein Jahr) zu bestimmten Ereignissen im Partnerland angepasst werden.¹⁸
- Die jeweiligen Indikatoren für gravierende Verletzungen beziehungsweise Verbesserungen in der Menschenrechtssituation sind dichotom und basieren auf dem Indikator für die allgemeine Menschenrechtssi-

¹⁴ Als ODA-Länder gelten jene Länder, die einen CRS-Ländercode besitzen und nach Klassifikation der Weltbank nicht zu den *high-income countries* gehören (BIP pro Kopf > 12.375 USD) (OECD, 2017).

¹⁵ Der Vorteil von CPA ist, dass sämtliche Flüsse außerhalb der Einflussmöglichkeiten des Empfängers darin nicht enthalten sind, zum Beispiel Humanitäre Hilfe, Importsubventionen und nationale Ausgaben für Flüchtlinge und Bildungsarbeit im Entwicklungsbereich. Die CPA-Flüsse messen demnach diejenigen ODA-Mittel, mit denen das Empfängerland auch tatsächlich planen kann (Reinsberg, 2015). Es werden zudem die CPA-Zusagen anstelle der Auszahlung betrachtet, da der Fokus der Analyse auf dem Entscheidungsprozess im Geberland/beim BMZ liegt. CPA-Auszahlungen hingegen bilden die vom Empfänger tatsächlich erhaltenen Mittel ab und können auch durch Verzögerungen im Prozess und lokale Kapazitätsprobleme beeinflusst werden, sodass sie ein weniger präzises Maß zur Messung von Gebermotivationen darstellen (Carey, 2007; Neumayer, 2003; Nielsen, 2014).

¹⁶ Da der aggregierte Index aus vier Komponenten besteht, ist er annähernd normalverteilt, sodass wir ihn als kontinuierliche Variable verwenden.

¹⁷ In unseren Sensitivitätsanalysen testen wir die Robustheit der Ergebnisse für weitere gängige Menschenrechtsindikatoren: den Empowerment-Index des CIRI Human Rights Data Project, der eher die *wsk-Rechte* abdeckt, allerdings nur für einen kurzen Zeitraum verfügbar ist; den Political-Rights- and Civil-Liberties-Index des Freedom House (Freedom House, 2020); die Daten der Political Terror Scale (PTS), die die Ausübung illegitimer staatlicher Gewalt auf der Basis von Menschenrechtsberichten verschiedener Organisationen abbildet (Wood und Gibney, 2010); und die Daten des Fariss-Index, der ein kombinierter Indikator aus PTS- und CIRI-Daten ist, diese aber an sich veränderte Menschenrechtsstandards anpasst (Fariss, 2014).

¹⁸ Für die CRS-Meldung definiert das BMZ Zusagen (*commitments*) als Mittel, die zum Zeitpunkt des Projektbeginns für Vorhaben vorgesehen sind. Allerdings korrespondiert dies nicht mit dem Moment der politischen Entscheidung des BMZ, Mittel gemeinsam mit einem Partnerland in Vorhaben zu investieren. Diese werden im Rahmen von Regierungsverhandlungen zugesagt (Regierungszusage). Zwischen Regierungsverhandlungen und Projektbeginn können mehrere Jahre vergehen, sodass die Zusage im CRS nur sehr unpräzise den eigentlichen Zeitpunkt der politischen Entscheidung widerspiegelt. Um diesem Umstand gerecht zu werden, wurden einerseits verzögerte Werte für den Menschenrechtskontext verwendet. Andererseits wurden Modelle auch auf Basis von Daten aus der BMZ-Projektbank MeMFIS gerechnet, in der ebenfalls Zusagen zum Zeitpunkt der Regierungsverhandlungen enthalten sind. Die Ergebnisse sind robust für diese Spezifikation.

tuation. Sie nehmen den Wert 1 an, wenn die Menschenrechtssituation eine Standardabweichung unter beziehungsweise über dem durchschnittlichen Menschenrechtsniveau im Untersuchungszeitraum liegt; andernfalls ist der Wert 0.

- Der Zusammenhang zwischen der Menschenrechtssituation und der ODA-Allokation könnte kontextabhängig variieren. Um zu untersuchen, ob Menschenrechte nur unter bestimmten strategischen Bedingungen im Zusammenhang mit ODA-Zusagen stehen, werden zusätzlich Modelle mit Interaktionstermen zwischen dem CIRI-Index und (1) geopolitischen, (2) bürokratischen sowie (3) wirtschaftlichen Einflussfaktoren geschätzt.
- Die Analysen kontrollierten statistisch für den Einfluss von anderen bekannten Einflussfaktoren auf EZ-Zusagen, um den Einfluss der Menschenrechtssituation isoliert zu betrachten (Carey, 2007; Dietrich und Murdie, 2017; Esarey und DeMeritt, 2017; Neumayer, 2003; Nielsen, 2014).

Für die Analyse wurde ein zweistufiges Verfahren verwendet. Dabei wurde ein erstes Modell spezifiziert, das die Selektion von Empfängerländern separat modellierte, da einige Länder im Datensatz in keinem Jahr ODA-Zusagen durch das BMZ erhalten haben (Gatekeeping Stage).¹⁹ Die abhängige Variable ist dichotom und gibt an, ob ein Land Zusagen erhält oder nicht. In einem zweiten Schritt wurde dann im reduzierten Datensatz der Länder, die in mindestens einem Jahr ODA-Zusagen durch das BMZ erhielten, ein lineares Regressionsmodell geschätzt. In allen Modellen wurden robuste Standardfehler berechnet, die auf Empfängerländerebene geclustert sind. Dadurch war es möglich, eine potenzielle Autokorrelation in den Fehlern zu adressieren, die als Resultat der Verwendung von Paneldaten auftreten.

¹⁹ Eine Einbeziehung der Länder, die in keinem Jahr des Untersuchungszeitraums ODA erhalten haben, ist in einem einstufigen Modell problematisch, weil die zu erklärende Variable ODA links-zensiert, das heißt nicht intervallskaliert ist. Gängige Schätzmethoden können dann zu verfälschten Ergebnissen führen.

2. ERGEBNISSE II: ALLOKATIONSANALYSE

Tabelle 2 Übersichtsstatistiken der Variablen der Allokationsanalyse

| Variable | Anzahl | MW | SD | Min | Max |
|---|--------|-------|-------|--------|---------|
| ODA-Zusagen ²⁰ | 1605 | 21,26 | 34,56 | 0,00 | 410,43 |
| zwischenstaatliche ODA ²¹ | 1904 | 1,56 | 8,93 | 0,00 | 171,91 |
| Bypass-ODA über NGOs | 1904 | 2,98 | 5,31 | 0,00 | 49,70 |
| Bypass-ODA über MOs | 1904 | 1,60 | 10,95 | 0,00 | 296,86 |
| CIRI-Index: Menschenrechtsniveau | 1839 | 4,37 | 2,20 | 0,00 | 8,00 |
| CIRI: starker Menschenrechtsschutz | 1704 | 0,06 | 0,25 | 0,00 | 1,00 |
| CIRI: gravierende Menschenrechtsverletzungen | 1704 | 0,06 | 0,24 | 0,00 | 1,00 |
| PTS-Index: Menschenrechtsniveau | 1812 | 3,13 | 1,05 | 1,00 | 5,00 |
| PTS: starker Menschenrechtsschutz | 1668 | 0,14 | 0,35 | 0,00 | 1,00 |
| PTS: gravierende Menschenrechtsverletzungen | 1668 | 0,14 | 0,34 | 0,00 | 1,00 |
| Fariss-Index: Menschenrechtsniveau | 1721 | 0,006 | 1,40 | -3,15 | 4,29 |
| Fariss: starker Menschenrechtsschutz | 1721 | 0,150 | 0,36 | 0,00 | 1,00 |
| Fariss: gravierende Menschenrechtsverletzungen | 1721 | 0,100 | 0,30 | 0,00 | 1,00 |
| Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf | 1660 | 7,73 | 1,01 | 5,37 | 9,61 |
| Bevölkerung | 1713 | 15,67 | 2,15 | 9,20 | 21,04 |
| Außenhandel | 1584 | 4,29 | 0,61 | -1,79 | 5,74 |
| Demokratie | 1479 | 2,64 | 5,84 | -10,00 | 10,00 |
| Korruptionskontrolle | 1714 | -0,55 | 0,60 | -1,87 | 1,28 |
| Konflikt | 1768 | 0,32 | 0,47 | 0,00 | 1,00 |
| VN-Sicherheitsratsmitglied | 1664 | 0,05 | 0,22 | 0,00 | 1,00 |
| ratifizierte VN-Menschenrechtskonventionen (Anzahl) | 1677 | 0,67 | 0,22 | 0,00 | 1,00 |
| deutsche Exporte (ln) | 1653 | -5,75 | 1,20 | -10,93 | 1,30 |
| Exporte/BIP (%) | 1633 | 16,21 | 10,86 | 0,52 | 75,77 |
| Auslandsdirektinvestitionen/BIP (%) | 1435 | 28,18 | 94,43 | 0,01 | 1308,60 |
| humanitäre Migration (ln) | 1904 | 4,66 | 3,22 | 0,00 | 13,25 |
| Geflüchtete (ln) | 1904 | 4,25 | 3,09 | 0,00 | 13,12 |
| Distanz (ln) | 1834 | 8,73 | 0,57 | 7,09 | 9,72 |
| Vorwahljahr | 1768 | 0,20 | 0,40 | 0,00 | 1,00 |
| (Nach-)Wahljahr(e) | 1904 | 0,44 | 0,50 | 0,00 | 1,00 |
| bilaterales Länderprogramm (A-Land) | 1904 | 0,32 | 0,47 | 0,00 | 1,00 |
| fokussierte Zusammenarbeit (B-Land) | 1904 | 0,25 | 0,43 | 0,00 | 1,00 |
| bilaterale EZ (A- oder B-Land) | 1904 | 0,57 | 0,50 | 0,00 | 1,00 |

²⁰ Nur Zusagen für *country-programmable aid* (CPA).

²¹ Gesamt ODA-Zusagen einschließlich CPA.

Tabelle 3 Ergebnisse zu Abbildung 3a (linkes Diagramm) im Hauptbericht

| | CIRI-Index | | PTS-Index | | Fariss-Index | |
|---|------------|--------|-----------|--------|--------------|--------|
| Wahrscheinlichkeit ODA-Zusagen (Gatekeeping Stage) | | | | | | |
| Menschenrechtsniveau | -0,03 | (0,07) | 0,30*** | (0,11) | 0,23 | (0,15) |
| ODA-Gatekeeping [t-1] | 0,86*** | (0,28) | 0,84*** | (0,29) | 0,68*** | (0,18) |
| BIP pro Kopf | -0,18** | (0,09) | -0,22** | (0,09) | -0,30*** | (0,10) |
| Bevölkerung | 0,33*** | (0,10) | 0,41*** | (0,10) | 0,43*** | (0,10) |
| Außenhandel | 0,06 | (0,14) | -0,03 | (0,15) | 0,11 | (0,21) |
| Demokratie | 0,02 | (0,02) | 0,01 | (0,01) | 0,01 | (0,01) |
| Korruptionskontrolle | -0,18 | (0,17) | -0,27 | (0,17) | -0,18 | (0,17) |
| Konflikt | -0,05 | (0,16) | -0,02 | (0,17) | -0,00 | (0,20) |
| VN-Sicherheitsrat | -0,31 | (0,34) | -0,25 | (0,36) | -0,11 | (0,39) |
| VN-Konventionen | 0,65 | (0,62) | 0,85 | (0,62) | 1,14* | (0,59) |
| Volumen ODA-Zusagen | | | | | | |
| Menschenrechtsniveau | 0,019 | (0,02) | 0,02 | (0,04) | 0,05 | (0,05) |
| OPA-Zusagen [t-1] | 0,63*** | (0,04) | 0,63*** | (0,04) | 0,63*** | (0,04) |
| BIP pro Kopf | -0,22*** | (0,03) | -0,22*** | (0,04) | -0,24*** | (0,04) |
| Bevölkerung | 0,19*** | (0,04) | 0,19*** | (0,03) | 0,25*** | (0,05) |
| Außenhandel | 0,05 | (0,04) | 0,05 | (0,04) | 0,05 | (0,05) |
| Demokratie | 0,01* | (0,01) | 0,01** | (0,01) | 0,01** | (0,01) |
| Korruptionskontrolle | 0,13** | (0,06) | 0,13* | (0,07) | 0,06 | (0,08) |
| Konflikt | 0,09 | (0,06) | 0,08 | (0,05) | 0,08 | (0,07) |
| VN-Sicherheitsrat | 0,05 | (0,07) | 0,05 | (0,07) | 0,02 | (0,07) |
| VN-Konventionen | 0,62*** | (0,18) | 0,64*** | (0,18) | 0,81*** | (0,21) |
| Jahr-Effekte | Ja | | Ja | | Ja | |
| Land-Effekte | Nein | | Nein | | Nein | |
| Beobachtungen (Stufe 1) | 1255 | | 1258 | | 1257 | |
| Beobachtungen (Stufe 2) | 1194 | | 1196 | | 1196 | |
| Pseudo-R2 | 0,72 | | 0,72 | | 0,72 | |
| Adjusted-R2 | 0,27 | | 0,27 | | 0,27 | |

Anmerkung: Maximum-Likelihood-Schätzung von Zweistufenmodellen mit robusten Standardfehlern geclustert auf Länder. Signifikanzniveaus: * $p < 0,1$, ** $p < 0,05$, *** $p < 0,01$.

Tabelle 4 Ergebnisse zu Abbildung 3b (rechtes Diagramm) im Hauptbericht

| | CIRI-Index | | PTS-Index | | Fariss-Index | |
|---|------------|--------|-----------|--------|--------------|--------|
| Wahrscheinlichkeit ODA-Zusagen (Gatekeeping Stage) | | | | | | |
| starker Menschenrechtsschutz | 0,36 | (0,44) | 0,14 | (0,31) | 0,05 | (0,18) |
| gravierende Menschenrechtsverletzungen | -0,23 | (0,36) | 0,26 | (0,29) | -0,26 | (0,19) |
| Menschenrechtsniveau | -0,00 | (0,07) | 0,30* | (0,16) | 0,24 | (0,15) |
| VN-Konventionen | 0,61 | (0,62) | 0,83 | (0,64) | 0,83 | (0,64) |
| Volumen ODA-Zusagen | | | | | | |
| starker Menschenrechtsschutz | 0,02 | (0,10) | -0,12* | (0,07) | -0,07 | (0,07) |
| gravierende Menschenrechtsverletzungen | -0,03 | (0,13) | -0,04 | (0,07) | -0,19** | (0,08) |
| Menschenrechtsniveau | 0,02 | (0,02) | 0,01 | (0,04) | 0,00 | (0,04) |
| VN-Konventionen | 0,62*** | (0,17) | 0,65*** | (0,17) | 0,66*** | (0,18) |
| Jahr-Effekte | Ja | | Ja | | Ja | |
| Kontrollvariablen | Ja | | Ja | | Ja | |
| Beobachtungen (Stufe 1) | 1253 | | 1256 | | 1258 | |
| Beobachtungen (Stufe 2) | 1192 | | 1195 | | 1196 | |
| Pseudo-R2 | 0,72 | | 0,72 | | 0,72 | |
| Adjusted-R2 | 0,28 | | 0,27 | | 0,27 | |

Anmerkung: Die Vergleichsgruppe in allen Modellen ist durchschnittlicher Menschenrechtsschutz. Die Modelle nutzen alle verfügbaren Kontrollvariablen. Maximum-Likelihood-Schätzung von Zweistufenmodellen mit robusten Standardfehlern geclustert auf Länder. Signifikanzniveaus: * $p < 0,1$, ** $p < 0,05$, *** $p < 0,01$.

Tabelle 5 Zusammenhang ODA und CIRI-Subindikatoren

| | Verfolgung | | Folter | | Inhaftierung | | politische Morde | |
|---|------------|--------|--------|--------|--------------|--------|------------------|--------|
| Wahrscheinlichkeit ODA-Zusagen (Gatekeeping Stage) | | | | | | | | |
| milde Verletzung | -0,29 | (0,23) | -0,28* | (0,17) | 0,22 | (0,32) | 0,40 | (0,25) |
| keine Verletzung | -0,58** | (0,23) | 0,44 | (0,45) | 0,27 | (0,34) | 0,55* | (0,30) |
| Volumen ODA-Zusagen | | | | | | | | |
| milde Verletzung | 0,07 | (0,08) | -0,03 | (0,03) | -0,02 | (0,09) | 0,13* | (0,07) |
| keine Verletzung | 0,03 | (0,08) | -0,19 | (0,13) | 0,09 | (0,09) | 0,13 | (0,10) |
| Kontrollvariablen | Ja | | Ja | | Ja | | Ja | |
| Jahr-Effekte | Ja | | Ja | | Ja | | Ja | |
| Beobachtungen (Stufe 1) | 1258 | | 1258 | | 1258 | | 1065 | |
| Beobachtungen (Stufe 2) | 1196 | | 1196 | | 1196 | | 1014 | |

Anmerkung: Die Vergleichsgruppe in allen Modellen sind starke Verletzungen der jeweiligen Menschenrechte. Die Modelle nutzen alle verfügbaren Kontrollvariablen. Maximum-Likelihood-Schätzung von Zweistufenmodellen mit robusten Standardfehlern geclustert auf Länder. Signifikanzniveaus: * $p < 0,1$, ** $p < 0,05$, *** $p < 0,01$.

Tabelle 6 Zusammenhang ODA und Menschenrechte in Ländern mit bilateralem Programm (A)

| | CIRI-Index | | PTS-Index | | Fariss-Index | |
|---|------------|---------|-----------|--------|--------------|--------|
| Wahrscheinlichkeit ODA-Zusagen (Gatekeeping Stage) | | | | | | |
| Menschenrechtsniveau | -0,03 | (0,07) | 0,09 | (0,11) | 0,13 | (0,15) |
| Interaktionsterm | 0,08 | (0,08) | 0,23 | (0,17) | 0,10 | (0,13) |
| A-Länder | 0,68 | (0,42) | 0,25 | (0,65) | 0,96*** | (0,27) |
| Volumen ODA-Zusagen | | | | | | |
| Menschenrechtsniveau | -0,01 | (0,025) | -0,04 | (0,05) | -0,05 | (0,04) |
| Interaktionsterm | 0,08*** | (0,027) | 0,22*** | (0,06) | 0,21*** | (0,05) |
| A-Länder | 0,23* | (0,138) | -0,11 | (0,20) | 0,61*** | (0,09) |
| Jahr-Effekte | Ja | | Ja | | Ja | |
| Länder-Effekte | Nein | | Nein | | Nein | |
| Beobachtungen (Stufe 1) | 1361 | | 1361 | | 1364 | |
| Beobachtungen (Stufe 2) | 1289 | | 1289 | | 1291 | |
| Pseudo-R2 | 0,30 | | 0,30 | | 0,30 | |
| Adjusted-R2 | 0,73 | | 0,73 | | 0,73 | |

Anmerkung: Maximum-Likelihood-Schätzung von Zweistufenmodellen mit robusten Standardfehlern geclustert auf Länder. Alle Modelle enthalten Basiskontrollvariablen, die hier aus Platzgründen nicht gezeigt werden. Signifikanzniveaus: * $p < 0,1$, ** $p < 0,05$, *** $p < 0,01$.

Tabelle 7 Zusammenhang ODA und Menschenrechte in Ländern mit fokussierter regionaler oder thematischer Zusammenarbeit (B)

| | CIRI-Index | | PTS-Index | | Fariss-Index | |
|---|------------|--------|-----------|--------|--------------|--------|
| Wahrscheinlichkeit ODA-Zusagen (Gatekeeping Stage) | | | | | | |
| Menschenrechtsniveau | 0,01 | (0,06) | 0,31*** | (0,11) | 0,24* | (0,14) |
| Interaktionsterm | 0,03 | (0,10) | 0,05 | (0,20) | 0,17 | (0,20) |
| B-Länder | 0,35 | (0,50) | 0,40 | (0,67) | 0,58*** | (0,18) |
| Volumen ODA-Zusagen | | | | | | |
| Menschenrechtsniveau | 0,03 | (0,02) | 0,02 | (0,04) | 0,01 | (0,04) |
| Interaktionsterm | -0,02 | (0,02) | 0,00 | (0,06) | -0,02 | (0,05) |
| B-Länder | 0,04 | (0,10) | -0,05 | (0,17) | -0,05 | (0,06) |
| Jahr-Effekte | Ja | | Ja | | Ja | |
| Länder-Effekte | Nein | | Nein | | Nein | |
| Beobachtungen (Stufe 1) | 1361 | | 1361 | | 1364 | |
| Beobachtungen (Stufe 2) | 1289 | | 1289 | | 1291 | |
| Pseudo-R2 | 0,28 | | 0,28 | | 0,28 | |
| Adjusted-R2 | 0,72 | | 0,72 | | 0,72 | |

Anmerkung: Maximum-Likelihood-Schätzung von Zweistufenmodellen mit robusten Standardfehlern geclustert auf Länder. Alle Modelle enthalten Basiskontrollvariablen, die hier aus Platzgründen nicht gezeigt werden. Signifikanzniveaus: * $p < 0,1$, ** $p < 0,05$, *** $p < 0,01$.

Tabelle 8 Zusammenhang ODA und Menschenrechte in Partnerländern (A und B)

| | CIRI-Index | | PTS-Index | | Fariss-Index | |
|---|------------|--------|-----------|--------|--------------|--------|
| Wahrscheinlichkeit ODA-Zusagen (Gatekeeping Stage) | | | | | | |
| Menschenrechtsniveau | -0,03 | (0,07) | 0,07 | (0,11) | 0,08 | (0,14) |
| Interaktionsterm | 0,03 | (0,08) | 0,12 | (0,14) | 0,12 | (0,15) |
| A- und B-Länder | 1,22*** | (0,41) | 0,95* | (0,49) | 1,33*** | (0,21) |
| Volumen ODA-Zusagen | | | | | | |
| Menschenrechtsniveau | -0,01 | (0,04) | -0,04 | (0,06) | -0,04 | (0,05) |
| Interaktionsterm | 0,05 | (0,03) | 0,17** | (0,07) | 0,15** | (0,06) |
| A- und B-Länder | -0,01 | (0,04) | -0,04 | (0,06) | -0,04 | (0,05) |
| Jahr-Effekte | Ja | | Ja | | Ja | |
| Länder-Effekte | Nein | | Nein | | Nein | |
| Beobachtungen (Stufe 1) | 1361 | | 1361 | | 1364 | |
| Beobachtungen (Stufe 2) | 1289 | | 1289 | | 1291 | |
| Pseudo-R2 | 0,34 | | 0,33 | | 0,33 | |
| Adjusted-R2 | 0,73 | | 0,73 | | 0,73 | |

Anmerkung: Maximum-Likelihood-Schätzung von Zweistufenmodellen mit robusten Standardfehlern geclustert auf Länder. Alle Modelle enthalten Basiskontrollvariablen, die hier aus Platzgründen nicht gezeigt werden. Signifikanzniveaus: * $p < 0,1$, ** $p < 0,05$, *** $p < 0,01$.

Tabelle 9 Zusammenhang ODA und Menschenrechte in Abhängigkeit von deutschen Exporten

| | CIRI-Index | | PTS-Index | | Fariss-Index | |
|---|------------|--------|-----------|--------|--------------|--------|
| Wahrscheinlichkeit ODA-Zusagen (Gatekeeping Stage) | | | | | | |
| Menschenrechtsniveau | 0,05 | (0,25) | 0,46 | (0,36) | 0,96** | (0,40) |
| Interaktionsterm | 0,01 | (0,04) | 0,03 | (0,06) | 0,11* | (0,06) |
| Deutsche Exporte | -0,05 | (0,23) | -0,11 | (0,21) | -0,04 | (0,10) |
| Volumen ODA-Zusagen | | | | | | |
| Menschenrechtsniveau | 0,07 | (0,08) | 0,10 | (0,20) | 0,15 | (0,20) |
| Interaktionsterm | 0,01 | (0,01) | 0,01 | (0,03) | 0,02 | (0,03) |
| Deutsche Exporte | 0,05 | (0,06) | 0,04 | (0,10) | 0,09** | (0,04) |
| Jahr-Effekte | Ja | | Ja | | Ja | |
| Länder-Effekte | Nein | | Nein | | Nein | |
| Beobachtungen (Stufe 1) | 1264 | | 1264 | | 1267 | |
| Beobachtungen (Stufe 2) | 1200 | | 1200 | | 1202 | |
| Pseudo-R2 | 0,29 | | 0,28 | | 0,29 | |
| Adjusted-R2 | 0,70 | | 0,70 | | 0,70 | |

Anmerkung: Maximum-Likelihood-Schätzung von Zweistufenmodellen mit robusten Standardfehlern geclustert auf Länder. Alle Modelle enthalten Basiskontrollvariablen, die hier aus Platzgründen nicht gezeigt werden. Signifikanzniveaus: * $p < 0,1$, ** $p < 0,05$, *** $p < 0,01$.

Tabelle 10 Zusammenhang ODA und Menschenrechte in Abhängigkeit von deutschen Exporten/BIP

| | CIRI-Index | | PTS-Index | | Fariss-Index | |
|---|------------|--------|-----------|--------|--------------|--------|
| Wahrscheinlichkeit ODA-Zusagen (Gatekeeping Stage) | | | | | | |
| Menschenrechtsniveau | 0,03 | (0,11) | 0,16 | (0,13) | 0,29 | (0,20) |
| Interaktionsterm | 0,00 | (0,00) | 0,01* | (0,01) | 0,00 | (0,01) |
| Exporte/BIP (%) | -0,04 | (0,02) | -0,08** | (0,03) | -0,04*** | (0,01) |
| Volumen ODA-Zusagen | | | | | | |
| Menschenrechtsniveau | 0,02 | (0,02) | 0,05 | (0,06) | 0,02 | (0,06) |
| Interaktionsterm | 0,00 | (0,00) | -0,00 | (0,00) | -0,00 | (0,00) |
| Exporte/BIP (%) | -0,01 | (0,01) | -0,00 | (0,01) | -0,01** | (0,01) |
| Jahr-Effekte | Ja | | Ja | | Ja | |
| Länder-Effekte | Nein | | Nein | | Nein | |
| Beobachtungen (Stufe 1) | 1151 | | 1150 | | 1152 | |
| Beobachtungen (Stufe 2) | 1181 | | 1181 | | 1182 | |
| Pseudo-R2 | 0,31 | | 0,31 | | 0,33 | |
| Adjusted-R2 | 0,71 | | 0,71 | | 0,71 | |

Anmerkung: Maximum-Likelihood-Schätzung von Zweistufenmodellen mit robusten Standardfehlern geclustert auf Länder. Alle Modelle enthalten Basiskontrollvariablen, die hier aus Platzgründen nicht gezeigt werden. Signifikanzniveaus: * $p < 0,1$, ** $p < 0,05$, *** $p < 0,01$.

Tabelle 11 Zusammenhang ODA und Menschenrechte in Abhängigkeit von Auslandsdirektinvestitionen/BIP

| | CIRI-Index | | PTS-Index | | Fariss-Index | |
|---|------------|--------|-----------|---------|--------------|--------|
| Wahrscheinlichkeit ODA-Zusagen (Gatekeeping Stage) | | | | | | |
| Menschenrechtsniveau | 0,02 | (0,08) | 0,45*** | (0,127) | 0,48*** | (0,14) |
| Interaktionsterm | -0,00 | (0,00) | -0,01 | (0,01) | -0,01*** | (0,00) |
| ADI/BIP (%) | -0,00 | (0,01) | 0,02 | (0,02) | -0,00 | (0,01) |
| Volumen ODA-Zusagen | | | | | | |
| Menschenrechtsniveau | 0,03** | (0,02) | 0,06 | (0,05) | 0,19*** | (0,06) |
| Interaktionsterm | -0,00** | (0,00) | -0,00 | (0,00) | -0,01*** | (0,00) |
| ADI/BIP (%) | 0,01*** | (0,00) | 0,01 | (0,01) | 0,00** | (0,00) |
| Jahr-Effekte | Ja | | Ja | | Ja | |
| Länder-Effekte | Nein | | Nein | | Nein | |
| Beobachtungen (Stufe 1) | 1219 | | 1219 | | 1221 | |
| Beobachtungen (Stufe 2) | 1154 | | 1154 | | 1155 | |
| Pseudo-R2 | 0,28 | | 0,28 | | 0,29 | |
| Adjusted-R2 | 0,72 | | 0,72 | | 0,72 | |

Anmerkung: Maximum-Likelihood-Schätzung von Zweistufenmodellen mit robusten Standardfehlern geclustert auf Länder. Alle Modelle enthalten Basiskontrollvariablen, die hier aus Platzgründen nicht gezeigt werden. Signifikanzniveaus: * $p < 0,1$, ** $p < 0,05$, *** $p < 0,01$.

Tabelle 12 Zusammenhang ODA und Menschenrechte in Abhängigkeit von humanitärer Migration aus Partnerland nach Deutschland

| | CIRI-Index | | PTS-Index | | Fariss-Index | |
|---|------------|--------|-----------|--------|--------------|--------|
| Wahrscheinlichkeit ODA-Zusagen (Gatekeeping Stage) | | | | | | |
| Menschenrechtsniveau | -0,07 | (0,10) | 0,12 | (0,21) | 0,07 | (0,20) |
| Interaktionsterm | 0,02 | (0,01) | 0,03 | (0,03) | 0,05* | (0,03) |
| humanitäre Migration | -0,06 | (0,08) | -0,06 | (0,12) | 0,03 | (0,03) |
| Volumen ODA-Zusagen | | | | | | |
| Menschenrechtsniveau | -0,07** | (0,03) | -0,06 | (0,07) | -0,08 | (0,05) |
| Interaktionsterm | 0,02*** | (0,01) | 0,03** | (0,01) | 0,03*** | (0,01) |
| humanitäre Migration | -0,05** | (0,03) | -0,05 | (0,04) | 0,03** | (0,01) |
| Jahr-Effekte | Ja | | Ja | | Ja | |
| Länder-Effekte | Nein | | Nein | | Nein | |
| Beobachtungen (Stufe 1) | 1361 | | 1361 | | 1364 | |
| Beobachtungen (Stufe 2) | 1289 | | 1289 | | 1291 | |
| Pseudo-R2 | 0,27 | | 0,27 | | 0,27 | |
| Adjusted-R2 | 0,72 | | 0,72 | | 0,72 | |

Anmerkung: Maximum-Likelihood-Schätzung von Zweistufenmodellen mit robusten Standardfehlern geclustert auf Länder. Alle Modelle enthalten Basiskontrollvariablen, die hier aus Platzgründen nicht gezeigt werden. Signifikanzniveau: * $p < 0,1$, ** $p < 0,05$, *** $p < 0,01$.

Tabelle 13 Zusammenhang ODA und Menschenrechte in Abhängigkeit von Geflüchteten aus Partnerland in Deutschland

| | CIRI-Index | | PTS-Index | | Fariss-Index | |
|---|------------|--------|-----------|--------|--------------|--------|
| Wahrscheinlichkeit ODA-Zusagen (Gatekeeping Stage) | | | | | | |
| Menschenrechtsniveau | -0,09 | (0,10) | 0,08 | (0,20) | 0,06 | (0,20) |
| Interaktionsterm | 0,03** | (0,01) | 0,04 | (0,03) | 0,05** | (0,30) |
| Geflüchtete | -0,07 | (0,07) | -0,08 | (0,12) | 0,05 | (0,40) |
| Volumen ODA-Zusagen | | | | | | |
| Menschenrechtsniveau | -0,07** | (0,03) | -0,08 | (0,07) | -0,10* | (0,05) |
| Interaktionsterm | 0,02*** | (0,01) | 0,03** | (0,01) | 0,04*** | (0,01) |
| Geflüchtete | -0,06** | (0,02) | -0,07* | (0,04) | 0,03** | (0,01) |
| Jahr-Effekte | Ja | | Ja | | Ja | |
| Länder-Effekte | Nein | | Nein | | Nein | |
| Beobachtungen (Stufe 1) | 1361 | | 1361 | | 1364 | |
| Beobachtungen (Stufe 2) | 1289 | | 1289 | | 1291 | |
| Pseudo-R2 | 0,27 | | 0,27 | | 0,28 | |
| Adjusted-R2 | 0,72 | | 0,72 | | 0,72 | |

Anmerkung: Maximum-Likelihood-Schätzung von Zweistufenmodellen mit robusten Standardfehlern geclustert auf Länder. Alle Modelle enthalten Basiskontrollvariablen, die hier aus Platzgründen nicht gezeigt werden. Signifikanzniveau: * $p < 0,1$, ** $p < 0,05$, *** $p < 0,01$.

Tabelle 14 Zusammenhang ODA und Menschenrechte in Abhängigkeit von geografischer Distanz zwischen Partnerland und Deutschland

| | CIRI-Index | | PTS-Index | | Fariss-Index | |
|---|------------|--------|-----------|--------|--------------|--------|
| Wahrscheinlichkeit ODA-Zusagen (Gatekeeping Stage) | | | | | | |
| Menschenrechtsniveau | 0,16 | (0,64) | 1,24 | (1,29) | 1,79 | (1,43) |
| Interaktionsterm | -0,02 | (0,07) | -0,11 | (0,15) | -0,17 | (0,16) |
| Distanz (ln) | 0,07 | (0,40) | 0,34 | (0,55) | -0,20 | (0,19) |
| Volumen ODA-Zusagen | | | | | | |
| Menschenrechtsniveau | 0,15 | (0,20) | 0,20 | (0,46) | 0,50 | (0,49) |
| Interaktionsterm | -0,02 | (0,02) | -0,02 | (0,05) | -0,05 | (0,06) |
| Distanz (ln) | -0,03 | (0,11) | -0,04 | (0,18) | -0,12* | (0,06) |
| Jahr-Effekte | Ja | | Ja | | Ja | |
| Länder-Effekte | Nein | | Nein | | Nein | |
| Beobachtungen (Stufe 1) | 1333 | | 1335 | | 1336 | |
| Beobachtungen (Stufe 2) | 1262 | | 1264 | | 1264 | |
| Pseudo-R2 | 0,27 | | 0,27 | | 0,28 | |
| Adjusted-R2 | 0,72 | | 0,72 | | 0,72 | |

Anmerkung: Maximum-Likelihood-Schätzung von Zweistufenmodellen mit robusten Standardfehlern geclustert auf Länder. Alle Modelle enthalten Basiskontrollvariablen, die hier aus Platzgründen nicht gezeigt werden. Signifikanzniveaus: * $p < 0,1$, ** $p < 0,05$, *** $p < 0,01$.

Tabelle 15 Zusammenhang ODA und Menschenrechte in Abhängigkeit von Mitgliedschaft im VN-Sicherheitsrat

| | CIRI-Index | | PTS-Index | | Fariss-Index | |
|---|------------|--------|-----------|--------|--------------|--------|
| Wahrscheinlichkeit ODA-Zusagen (Gatekeeping Stage) | | | | | | |
| Menschenrechtsniveau | 0,04 | (0,06) | 0,32*** | (0,11) | 0,28** | (0,14) |
| Interaktionsterm | -0,13 | (0,10) | 0,18 | (0,32) | 0,19 | (0,32) |
| Sicherheitsratsmitglied | 0,32 | (0,57) | -0,66 | (0,87) | -0,12 | (0,46) |
| Volumen ODA-Zusagen | | | | | | |
| Menschenrechtsniveau | -0,01 | (0,03) | 0,04 | (0,05) | 0,01 | (0,09) |
| Interaktionsterm | 0,01 | (0,03) | -0,01 | (0,08) | -0,02 | (0,06) |
| Sicherheitsratsmitglied | -0,06 | (0,13) | 0,01 | (0,23) | -0,02 | (0,08) |
| Jahr-Effekte | Ja | | Ja | | Ja | |
| Länder-Effekte | Ja | | Ja | | Ja | |
| Beobachtungen (Stufe 1) | 1307 | | 1309 | | 1310 | |
| Beobachtungen (Stufe 2) | 1236 | | 1238 | | 1238 | |
| Pseudo-R2 | 0,28 | | 0,27 | | 0,28 | |
| Adjusted-R2 | 0,40 | | 0,40 | | 0,40 | |

Anmerkung: Maximum-Likelihood-Schätzung von Zweistufenmodellen mit robusten Standardfehlern geclustert auf Länder. Alle Modelle enthalten Basiskontrollvariablen, die hier aus Platzgründen nicht gezeigt werden. Signifikanzniveaus: * $p < 0,1$, ** $p < 0,05$, *** $p < 0,01$.

Tabelle 16 Zusammenhang ODA und Menschenrechte in Abhängigkeit vom Abstimmungsverhalten in VN-Generalversammlung

| | CIRI-Index | | PTS-Index | | Fariss-Index | |
|---|------------|--------|-----------|--------|--------------|--------|
| Wahrscheinlichkeit ODA-Zusagen (Gatekeeping Stage) | | | | | | |
| Menschenrechtsniveau | 0,021 | (0,20) | 0,16 | (0,28) | 0,26 | (0,35) |
| Interaktionsterm | -0,00 | (0,01) | 0,05 | (0,16) | -0,01 | (0,19) |
| Präferenzabweichung | -0,45 | (0,51) | -0,63 | (0,58) | -0,50** | (0,20) |
| Volumen ODA-Zusagen | | | | | | |
| Menschenrechtsniveau | 0,05 | (0,06) | 0,11 | (0,12) | 0,07 | (0,12) |
| Interaktionsterm | -0,01 | (0,04) | -0,02 | (0,08) | -0,00 | (0,07) |
| Präferenzabweichung | -0,13 | (0,17) | -0,10 | (0,24) | -0,17** | (0,07) |
| Jahr-Effekte | Ja | | Ja | | Ja | |
| Länder-Effekte | Nein | | Nein | | Nein | |
| Beobachtungen (Stufe 1) | 1151 | | 115 | | 1153 | |
| Beobachtungen (Stufe 2) | 1093 | | 1092 | | 1094 | |
| Pseudo-R2 | 0,28 | | 0,28 | | 0,28 | |
| Adjusted-R2 | 0,72 | | 0,72 | | 0,72 | |

Anmerkung: Maximum-Likelihood-Schätzung von Zweistufenmodellen mit robusten Standardfehlern geclustert auf Länder. Alle Modelle enthalten Basiskontrollvariablen, die hier aus Platzgründen nicht gezeigt werden. Signifikanzniveau: * $p < 0,1$, ** $p < 0,05$, *** $p < 0,01$.

Tabelle 17 Zusammenhang ODA und Menschenrechte in Abhängigkeit von Wahlen (Jahr vor nationalen Wahlen)

| | CIRI-Index | | PTS-Index | | Fariss-Index | |
|---|------------|--------|-----------|--------|--------------|--------|
| Wahrscheinlichkeit ODA-Zusagen (Gatekeeping Stage) | | | | | | |
| Menschenrechtsniveau | 0,00 | (0,07) | 0,31** | (0,12) | 0,26* | (0,15) |
| Interaktionsterm | 0,12 | (0,08) | 0,06 | (0,15) | 0,14 | (0,14) |
| Vorwahljahr | -0,66* | (0,40) | -0,14 | (0,46) | -0,12 | (0,13) |
| Volumen ODA-Zusagen | | | | | | |
| Menschenrechtsniveau | -0,03 | (0,03) | 0,03 | (0,05) | -0,01 | (0,09) |
| Interaktionsterm | 0,05 | (0,03) | 0,14** | (0,06) | 0,11** | (0,05) |
| Vorwahljahr | -0,21 | (0,14) | -0,42** | (0,19) | 0,01 | (0,05) |
| Jahr-Effekte | Ja | | Ja | | Ja | |
| Länder-Effekte | Ja | | Ja | | Ja | |
| Beobachtungen (Stufe 1) | 1361 | | 1361 | | 1364 | |
| Beobachtungen (Stufe 2) | 1289 | | 1289 | | 1291 | |
| Pseudo-R2 | 0,27 | | 0,27 | | 0,27 | |
| Adjusted-R2 | 0,40 | | 0,40 | | 0,34 | |

Anmerkung: Maximum-Likelihood-Schätzung von Zweistufenmodellen mit robusten Standardfehlern geclustert auf Länder. Alle Modelle enthalten Basiskontrollvariablen, die hier aus Platzgründen nicht gezeigt werden. Signifikanzniveau: * $p < 0,1$, ** $p < 0,05$, *** $p < 0,01$.

Tabelle 18 Zusammenhang ODA und Menschenrechte in Abhängigkeit von Wahlen (im Jahr der Wahl und danach)

| | CIRI-Index | | PTS-Index | | Fariss-Index | |
|---|------------|--------|-----------|--------|--------------|--------|
| Wahrscheinlichkeit ODA-Zusagen (Gatekeeping Stage) | | | | | | |
| Menschenrechtsniveau | 0,05 | (0,10) | 0,28** | (0,12) | 0,31** | (0,12) |
| Interaktionsterm | -0,03 | (0,09) | 0,05 | (0,16) | -0,06 | (0,14) |
| (Nach-)Wahljahr(e) | 0,21 | (0,48) | -0,17 | (0,52) | -0,00 | (0,14) |
| Volumen ODA-Zusagen | | | | | | |
| Menschenrechtsniveau | -0,01 | (0,03) | 0,08 | (0,05) | 0,02 | (0,09) |
| Interaktionsterm | -0,01 | (0,02) | -0,03 | (0,04) | -0,01 | (0,04) |
| (Nach-)Wahljahr(e) | 0,05 | (0,08) | 0,11 | (0,14) | 0,01 | (0,04) |
| Jahr-Effekte | Ja | | Ja | | Ja | |
| Länder-Effekte | Ja | | Ja | | Ja | |
| Beobachtungen (Stufe 1) | 1361 | | 1361 | | 136 | |
| Beobachtungen (Stufe 2) | 1289 | | 1289 | | 129 | |
| Pseudo-R2 | 0,27 | | 0,27 | | 0,27 | |
| Adjusted-R2 | 0,40 | | 0,40 | | 0,40 | |

Anmerkung: Maximum-Likelihood-Schätzung von Zweistufenmodellen mit robusten Standardfehlern geclustert auf Länder. Alle Modelle enthalten Basiskontrollvariablen, die hier aus Platzgründen nicht gezeigt werden. Signifikanzniveaus: * $p < 0,1$, ** $p < 0,05$, *** $p < 0,01$.

Tabelle 19 Befunde für Regressionen der Bypassing-ODA mit Menschenrechten

| | CIRI-Index | | PTS-Index | | Fariss-Index | |
|--|------------|---------|-----------|---------|--------------|---------|
| Wahrscheinlichkeit bilaterale ODA-Zusagen (Gatekeeping Stage) | | | | | | |
| Menschenrechtsniveau | -0,01 | (0,052) | 0,196* | -0,108 | 0,020 | (0,099) |
| BIP pro Kopf | -0,24** | (0,102) | -0,235** | (0,101) | -0,237** | (0,103) |
| Bevölkerung | -0,16** | (0,08) | -0,10 | (0,06) | -0,15** | (0,07) |
| Außenhandel | -0,13 | (0,18) | -0,18 | (0,18) | -0,12 | (0,18) |
| Demokratie | 0,01 | (0,016) | 0,00 | (0,02) | 0,00 | (0,02) |
| Korruptionskontrolle | 0,41** | (0,17) | 0,31* | (0,16) | 0,40** | (0,19) |
| Konflikt | -0,16 | (0,20) | -0,10 | (0,20) | -0,14 | (0,20) |
| ODA-Gatekeeping [t-1] | 0,54** | (0,24) | 0,53** | (0,23) | 0,54** | (0,23) |
| Volumen bilaterale ODA-Zusagen | | | | | | |
| MR-Niveau | -0,03 | (0,05) | -0,01 | -0,09 | -0,07 | (0,09) |
| BIP pro Kopf | -0,05 | (0,10) | -0,05 | -0,07 | -0,05 | (0,07) |
| Bevölkerung | -0,14*** | (0,050) | -0,13*** | -0,05 | -0,15*** | (0,05) |
| Außenhandel | -0,01 | (0,12) | -0,04 | -0,11 | -0,01 | (0,12) |
| Demokratie | 0,00 | (0,02) | -0,00 | -0,01 | -0,00 | (0,01) |
| Korruptionskontrolle | -0,09 | (0,12) | -0,10 | -0,12 | -0,05 | (0,13) |
| Konflikt | -0,14 | (0,15) | -0,12 | -0,14 | -0,13 | (0,15) |
| ODA-Volumen [t-1] | -0,04 | (0,04) | -0,05 | -0,04 | -0,05 | (0,04) |

| | CIRI-Index | | PTS-Index | | Fariss-Index | |
|-------------------------|------------|--|-----------|--|--------------|--|
| Beobachtungen (Stufe 1) | 1361 | | 1361 | | 1364 | |
| Beobachtungen (Stufe 2) | 113 | | 113 | | 113 | |
| Pseudo-R2 (Stufe 1) | 0,65 | | 0,65 | | 0,65 | |
| Adjusted-R2 (Stufe 2) | 0,59 | | 0,59 | | 0,59 | |

Wahrscheinlichkeit Bypass-ODA-Zusagen via NGOs (Gatekeeping Stage)

| ODA-Gatekeeping | | | | | | |
|-----------------------|----------|--------|----------|--------|----------|--------|
| Menschenrechtsniveau | -0,02 | (0,06) | -0,11 | -0,09 | -0,08 | (0,11) |
| BIP pro Kopf | -0,21*** | (0,06) | -0,21*** | (0,07) | -0,21*** | (0,06) |
| Bevölkerung | 0,26*** | (0,07) | 0,25*** | (0,06) | 0,25*** | (0,07) |
| Außenhandel | -0,11 | (0,15) | -0,11 | (0,15) | -0,12 | (0,15) |
| Demokratie | 0,03** | (0,01) | 0,03** | (0,01) | 0,03** | (0,01) |
| Korruptionskontrolle | -0,10 | (0,13) | -0,05 | (0,13) | -0,06 | (0,13) |
| Konflikt | -0,03 | (0,14) | -0,06 | (0,14) | -0,07 | (0,14) |
| ODA-Gatekeeping [t-1] | 0,94*** | (0,20) | 0,93*** | (0,20) | 0,95*** | (0,20) |

Volumen Bypass-ODA-Zusagen via NGOs

| | | | | | | |
|----------------------|---------|--------|----------|--------|---------|--------|
| Menschenrechtsniveau | 0,02 | (0,02) | -0,08*** | -0,03 | -0,09** | (0,04) |
| BIP pro Kopf | -0,07** | (0,03) | -0,07** | -0,03 | -0,07** | (0,03) |
| Bevölkerung | 0,17*** | (0,03) | 0,16*** | -0,02 | 0,15*** | (0,03) |
| Außenhandel | -0,07* | (0,04) | -0,06* | -0,04 | -0,06 | (0,04) |
| Demokratie | 0,02*** | (0,00) | 0,02*** | -0,00 | 0,02*** | (0,00) |
| Korruptionskontrolle | -0,04 | (0,05) | -0,01 | -0,05 | -0,00 | (0,06) |
| Konflikt | 0,01 | (0,05) | -0,01 | -0,05 | -0,02 | (0,05) |
| ODA-Volumen [t-1] | 0,46*** | (0,04) | 0,45*** | -0,041 | 0,45*** | (0,04) |

| | | | | | | |
|-------------------------|------|--|------|--|------|--|
| Beobachtungen (Stufe 1) | 1361 | | 1361 | | 1364 | |
| Beobachtungen (Stufe 2) | 1078 | | 1078 | | 1080 | |
| Pseudo-R2 (Stufe 1) | 0,42 | | 0,42 | | 0,42 | |
| Adjusted-R2 (Stufe 2) | 0,56 | | 0,57 | | 0,57 | |
| Bypass-ODA via MOs | | | | | | |

Wahrscheinlichkeit Bypass-ODA-Zusagen via multilaterale Organisationen (Gatekeeping Stage)

| | | | | | | |
|-----------------------|----------|--------|----------|--------|----------|--------|
| Menschenrechtsniveau | -0,03 | (0,04) | -0,21*** | -0,07 | -0,24*** | (0,08) |
| BIP pro Kopf | -0,27*** | (0,07) | -0,27*** | (0,07) | -0,28*** | (0,07) |
| Bevölkerung | -0,03 | (0,06) | -0,06 | (0,05) | -0,10* | (0,06) |
| Außenhandel | -0,25** | (0,12) | -0,22* | (0,11) | -0,21* | (0,11) |
| Demokratie | 0,00 | (0,01) | 0,00 | (0,01) | 0,00 | (0,01) |
| Korruptionskontrolle | -0,22* | (0,13) | -0,14 | (0,13) | -0,11 | (0,14) |
| Konflikt | 0,19* | (0,01) | 0,15 | (0,10) | 0,10 | (0,10) |
| ODA-Gatekeeping [t-1] | 1,12*** | (0,11) | 1,08*** | (0,11) | 1,08*** | (0,11) |

Volumen Bypass-ODA-Zusagen via multilaterale Organisationen

| | | | | | | |
|----------------------|-------|--------|----------|-------|----------|--------|
| Menschenrechtsniveau | -0,03 | (0,03) | -0,17*** | -0,06 | -0,19*** | (0,07) |
|----------------------|-------|--------|----------|-------|----------|--------|

| | CIRI-Index | | PTS-Index | | Fariss-Index | |
|-------------------------|------------|--------|-----------|-------|--------------|--------|
| BIP pro Kopf | -0,03 | (0,07) | -0,03 | -0,08 | -0,04 | (0,08) |
| Bevölkerung | 0,04 | (0,04) | 0,02 | -0,05 | -0,01 | (0,05) |
| Außenhandel | -0,03 | (0,04) | -0,03 | -0,03 | -0,02 | (0,03) |
| Demokratie | -0,00 | (0,01) | 0,00 | -0,01 | 0,00 | (0,01) |
| Korruptionskontrolle | -0,22* | (0,12) | -0,13 | -0,12 | -0,10 | (0,12) |
| Konflikt | 0,09 | (0,10) | 0,04 | -0,09 | -0,00 | (0,10) |
| ODA-Volumen [t-1] | 0,40*** | (0,07) | 0,39*** | -0,07 | 0,39*** | (0,07) |
| Beobachtungen (Stufe 1) | 1361 | | 1361 | | 1364 | |
| Beobachtungen (Stufe 2) | 360 | | 359 | | 360 | |
| Pseudo-R2 | 0,31 | | 0,31 | | 0,32 | |
| Adjusted-R2 | 0,39 | | 0,41 | | 0,40 | |

Anmerkung: Alle Modelle kontrollieren zusätzlich für einen linearen Jahrestrend sowie die gesamte deutsche CPA im betreffenden Jahr. Maximum-Likelihood-Schätzung von Zweistufenmodellen – separat für jeden Allokationskanal – mit robusten Standardfehlern geclustert auf Länder. Signifikanzniveaus: * $p < 0,1$, ** $p < 0,05$, *** $p < 0,01$.

Tabelle 20 Menschenrechtsindikatoren und Wahrscheinlichkeit Budgethilfeszusagen

| | CIRI-Index | | PTS-Index | | Fariss-Index | |
|----------------------|------------|--------|-----------|--------|--------------|--------|
| Menschenrechtsniveau | 0,44*** | (0,15) | 0,36** | (0,15) | 0,52*** | (0,20) |
| BIP pro Kopf | -1,05*** | (0,22) | -0,99*** | (0,22) | -1,00*** | (0,23) |
| Bevölkerung | 0,63*** | (0,16) | 0,38*** | (0,13) | 0,49*** | (0,14) |
| Außenhandel | 0,12 | (0,33) | 0,09 | (0,34) | 0,08 | (0,35) |
| Demokratie | -0,02 | (0,03) | 0,01 | (0,03) | 0,01 | (0,03) |
| Korruptionskontrolle | 1,62*** | (0,32) | 1,36*** | (0,29) | 1,33*** | (0,29) |
| Konflikt | 0,59 | (0,39) | 0,19 | (0,33) | 0,29 | (0,35) |
| 1[GBS > 0] [t-1] | 0,26 | (0,39) | 0,42 | (0,44) | 0,36 | (0,45) |
| Jahres-Effekte | Ja | | Ja | | Ja | |
| Beobachtungen | 740 | | 739 | | 740 | |
| Pseudo-R2 | 0,44 | | 0,39 | | 0,40 | |

Anmerkung: Probit-Modelle mit robusten Standardfehlern geclustert auf Länder. Der effektive Beobachtungszeitraum ist hier 2008–2014 (keine GBS-Zusagen in anderen Jahren). Signifikanzniveaus: * $p < 0,1$, ** $p < 0,05$, *** $p < 0,01$.

Tabelle 21 Menschenrechtsindikatoren und Wahrscheinlichkeit Budgethilfeszusagen (reduziertes N: Länder, die mindestens einmal im Untersuchungszeitraum Budgethilfe erhalten haben)

| | CIRI-Index | | PTS-Index | | Fariss-Index | |
|----------------------|------------|--------|-----------|--------|--------------|--------|
| Menschenrechtsniveau | 0,60** | (0,24) | 0,48 | (0,45) | 0,07 | (0,40) |
| BIP pro Kopf | -1,47*** | (0,37) | -1,31*** | (0,41) | -1,28*** | (0,42) |
| Bevölkerung | 0,47 | (0,45) | 0,21 | (0,17) | 0,14 | (0,20) |
| Außenhandel | 2,15*** | (0,66) | 1,63** | (0,69) | 1,66** | (0,70) |

| | | | | | | |
|----------------------|----------|--------|----------|--------|----------|--------|
| Demokratie | -0,03 | (0,07) | 0,04 | (0,04) | 0,05 | (0,04) |
| Korruptionskontrolle | 1,58** | (0,77) | 0,95 | (0,60) | 1,14* | (0,61) |
| Konflikt | 1,36*** | (0,37) | 0,80*** | (0,28) | 0,73** | (0,29) |
| 1[GBS > 0] [t-1] | -1,47*** | (0,41) | -1,21*** | (0,40) | -1,17*** | (0,37) |
| Jahres-Effekte | Ja | | Ja | | Ja | |
| Beobachtungen | 97 | | 97 | | 97 | |
| Pseudo-R2 | 0,57 | | 0,54 | | 0,53 | |

Anmerkung: Probit-Modelle mit robusten Standardfehlern geclustert auf Länder. Der effektive Beobachtungszeitraum ist hier 2008–2014 (keine GBS-Zusagen in anderen Jahren). Signifikanzniveaus: * $p < 0,1$, ** $p < 0,05$, *** $p < 0,01$.

3. ERGEBNISSE III: SPEZIFISCHE MENSCHENRECHTSVORHABEN

Tabelle 22 BMZ-ODA-Auszahlungen für spezifische Menschenrechtsvorhaben 2007–2017

| | Mio. € | Anteil |
|--|--------|------------------------|
| A (Zivilgesellschaft + Rechteinhabende) | 171,60 | 49,91 % |
| B (Pflichtenträgende) | 111,14 | 32,32 % |
| C (vulnerable Gruppen) | 183,05 | 53,24 % |
| N (nicht zuordenbar) | 13,86 | 4,03 % |
| Summe | 479,65 | 139,49 % ²² |
| Ausgaben für alle spezifischen Menschenrechtsvorhaben mit dem Purpose Code 15160 | 343,85 | 100 % |

Tabelle 23 Absolute BMZ-ODA für spezifische Menschenrechtsvorhaben nach Channel in Millionen Euro (inflationsbereinigt)

| Jahr | Durchführungsorganisationen | | zivilgesellschaftliche Organisationen | | Sonstige | | Gesamt | | Anteil an ODA gesamt |
|--------|-----------------------------|--------|---------------------------------------|--------|----------|--------|--------|--------|----------------------|
| | Mio. € | Anteil | Mio. € | Anteil | Mio. € | Anteil | Mio. € | Anteil | Anteil |
| 2007 | 20,61 | 67 % | 7,01 | 23 % | 3,19 | 10 % | 30,81 | 100 % | 1,81 % |
| 2008 | 22,89 | 56 % | 14,07 | 34 % | 4,03 | 10 % | 40,99 | 100 % | 1,23 % |
| 2009 | 26,82 | 57 % | 14,65 | 31 % | 5,76 | 12 % | 47,24 | 100 % | 1,50 % |
| 2010 | 32,20 | 58 % | 17,18 | 31 % | 6,13 | 11 % | 55,50 | 100 % | 1,53 % |
| 2011 | 38,49 | 67 % | 16,48 | 29 % | 2,59 | 5 % | 57,56 | 100 % | 1,64 % |
| 2012 | 60,18 | 75 % | 18,22 | 23 % | 1,51 | 2 % | 79,92 | 100 % | 1,89 % |
| 2013 | 44,94 | 70 % | 17,43 | 27 % | 1,54 | 2 % | 63,91 | 100 % | 1,77 % |
| 2014 | 43,81 | 67 % | 17,58 | 27 % | 3,81 | 6 % | 65,20 | 100 % | 1,49 % |
| 2015 | 49,94 | 66 % | 22,55 | 30 % | 3,66 | 5 % | 76,15 | 100 % | 1,67 % |
| 2016 | 52,68 | 64 % | 26,52 | 32 % | 2,96 | 4 % | 82,15 | 100 % | 1,44 % |
| 2017 | 54,19 | 63 % | 26,75 | 31 % | 4,77 | 6 % | 85,71 | 100 % | 1,50 % |
| Gesamt | 446,73 | 65 % | 198,44 | 29 % | 39,95 | 6 % | 685,12 | 100 % | |

²² Vorhaben können mehreren Kategorien zugeordnet werden. Dementsprechend können Vorhaben in dieser Tabelle mehrmals enthalten sein. Daher liegt der Prozentanteil der Summe der Mittel aller Kategorien über 100 %.

Tabelle 24 Absolute Anzahl der BMZ-Finanzierungsbeiträge für spezifische Menschenrechtsvorhaben nach Channel

| Jahr | Durchführungs- organisationen | | zivilgesellschaftliche Organisationen | | Sonstige | | Gesamt | |
|---------------|----------------------------------|--------|--|--------|----------|--------|--------|--------|
| | N | Anteil | N | Anteil | N | Anteil | N | Anteil |
| 2007 | 58 | 30 % | 120 | 62 % | 16 | 8 % | 194 | 100 % |
| 2008 | 54 | 26 % | 144 | 70 % | 7 | 3 % | 205 | 100 % |
| 2009 | 80 | 33 % | 156 | 64 % | 7 | 3 % | 243 | 100 % |
| 2010 | 75 | 30 % | 168 | 67 % | 7 | 3 % | 250 | 100 % |
| 2011 | 79 | 28 % | 198 | 70 % | 6 | 2 % | 283 | 100 % |
| 2012 | 55 | 20 % | 218 | 78 % | 5 | 2 % | 278 | 100 % |
| 2013 | 51 | 17 % | 237 | 81 % | 6 | 2 % | 294 | 100 % |
| 2014 | 53 | 17 % | 246 | 80 % | 9 | 3 % | 308 | 100 % |
| 2015 | 53 | 17 % | 250 | 80 % | 10 | 3 % | 313 | 100 % |
| 2016 | 57 | 16 % | 287 | 81 % | 9 | 3 % | 353 | 100 % |
| 2017 | 48 | 13 % | 309 | 82 % | 21 | 6 % | 378 | 100 % |
| Gesamt | 663 | 21 % | 2333 | 75 % | 103 | 3 % | 3099 | 100 % |

Tabelle 25 Absolute Ausgaben für spezifische Menschenrechtsvorhaben 2012–2017 nach Purpose Codes/Förderbereichsschlüssel in Millionen Euro (inflationsbereinigt)

| Förderbereichsschlüssel | Mio. € | Anteil |
|---|--------|---------|
| Human Rights | 162,12 | 35,79 % |
| Legal and Judicial Development | 96,08 | 21,21 % |
| Social Protection | 68,69 | 15,16 % |
| Democratic Participation and Civil Society | 62,69 | 13,84 % |
| Women's Equality Organisations and Institutions | 62,45 | 13,79 % |
| Ending Violence Against Women and Girls | 0,36 | 0,08 % |
| Elections | 0,34 | 0,07 % |
| Social Mitigation of HIV/AIDS | 0,30 | 0,07 % |
| Summe | 453,03 | 100 % |

4. ERGEBNISSE IV: QUERSCHNITTSVERANKERUNG DES MENSCHENRECHTSANSATZES IN VORHABEN

4.1 Kodierleitfaden für die qualitative Inhaltsanalyse der Projektplanungsdokumente

4.1.1 Messtheorie

Die Dimensionen des MRA werden auf Nominalskalenniveau gemessen: Entweder eine Dimension wird beobachtet, das heißt im Projektdokument erwähnt, oder nicht. Das Auftreten einer Dimension trägt zur Querschnittsverankerung des MRA bei. Letztere variiert somit je nach Auftreten beziehungsweise Nichtauftreten der einzelnen Merkmale im Projektplanungsdokument. Zur Messung der Querschnittsverankerung des MRA wird für jedes Dokument das nicht gewichtete arithmetische Mittel aus den Werten der einzelnen Dimensionen des MRA gebildet.

4.1.2 Kodiereinheit

Die Kodiereinheit ist das Projektplanungsdokument. Die Autorenschaft der Dokumente liegt bei den Vorhabensverantwortlichen der koordinierenden beziehungsweise der vom BMZ beauftragten staatlichen Durchführungsorganisation (BGR, GIZ, KfW oder PTB). Kodierer*innen entscheiden, ob eine Dimension des MRA durch die im Dokument beschriebenen Maßnahmen in der Projektkonzeption verankert ist oder nicht.

Unterschiedliche Dimensionen können an denselben Textstellen, das heißt innerhalb eines Absatzes oder sogar Satzes, im Dokument auftauchen. Beispielsweise würde folgender Satz aus einem Dokument, die Dimensionen 3 („Zivilgesellschaftliche Organisationen stärken, Menschenrechte einzufordern und staatliche Politiken diesbezüglich zu überwachen“) und 4 („zum Empowerment von strukturell benachteiligten Gruppen beitragen“) aufweisen: [...] ²³

Eine Dimension tritt auf, sobald sie explizit in einem Dokument berücksichtigt wird. Die Häufigkeit der Erwähnungen spielt dabei keine Rolle. Allerdings sollten alle Textstellen, an denen eine Dimension auftritt, mithilfe der Kodierungssoftware MAXQDA kodiert werden. Im Abschnitt 4.1.5 werden die Kodierungsregeln genauer ausgeführt.

4.1.3 Benötigtes Material und Dateien für die Kodierung

- zu kodierende Projektdokumente (Stichprobe, die durch das Evaluierungsteam des DEval zugeteilt wird und bereits in MAXQDA eingelesen ist)
- Kodierleitfaden
- MAXQDA-Software
- MAXQDA-Datei mit Codebaum und Dokumenten²⁴

²³ Auszüge aus Modulvorschlägen, die beispielhaft als direkte Zitate im Kodierleitfaden angeführt wurden, sind für den rein internen Gebrauch. Die Textstellen sollten den Kodierer*innen als Ankerbeispiele zur Veranschaulichung der Kodiervorgaben und Definitionen dienen. Aufgrund von Datenschutzbestimmungen wurden diese Auszüge im hier abgedruckten Kodierleitfaden gelöscht.

²⁴ Jede*r Kodierer*in bekommt vom Evaluierungsteam eine MAXQDA-Projekt-Datei bereitgestellt, in der bereits die zu kodierenden Dokumente abgelegt sind und der Codebaum vorgegeben ist. Kodierer*innen können keine Änderungen am Codebaum vornehmen und keine neuen Dokumente importieren.

- Excel-Tabelle zur Eintragung der Metadaten, der Werte für die Verankerung von Dimensionen und des Kodierungsprotokolls (Notizen mit generellen Beobachtungen, gegebenenfalls weiteren Merkmalen und Unklarheiten)

4.1.4 Kodierungsprozess

Im Folgenden wird kurz der Kodierungsprozess für die Kodierung eines Projektdokuments beschrieben. Dieser Prozess sollte für jedes Dokument wiederholt werden. Falls es zu Unklarheiten im Prozess kommt, sollte sich die*der Kodierer*in an das Evaluierungsteam wenden.

1. Das zugewiesene Projektdokument wird in MAXQDA kodiert.
2. Metadaten (meist von ersten Seiten ersichtlich) werden in die Excel-Datei eingefügt. Jede Zeile in der Excel-Datei stellt ein Projektdokument dar, die Spalten sind die einzelnen Variablen (das heißt Metadaten, Dimensionen des MRA, Kodierungsprotokoll/Notizen).
3. Die Werte für die Dimensionen werden auf der Basis der MAXQDA-Kodierung in entsprechende Spalten der Excel-Datei eingetragen. Die Ausprägung dieser Variablen ist binär, also entweder 0 oder 1.
4. Hat das Dokument menschenrechtliche Sprache? Wenn ja, 1 in der Spalte „menschenrechtliche Sprache“ eintragen.
5. Kodierungsprotokoll: Diese Spalte in der Excel-Tabelle sollte während des gesamten Kodierungsprozesses befüllt werden.
6. Abschließend sollten die Tabelle noch einmal generell bereinigt und die zusammenfassenden Beobachtungen in das Kodierungsprotokoll eingefügt werden.

4.1.5 Kodierungsregeln

Allgemein sind für die Kodierung eines Projektdokuments inklusive Kodierungsprotokoll etwa 60 Minuten vorgesehen.

1. Kodierungseinheiten (Dimensionen) sind semantisch und nicht formal definiert.

Im Abschnitt 01.6 wird jede Dimension der Querschnittsverankerung des MRA definiert und mit einer Indikatorenliste versehen. Die Indikatorenliste gibt „Ankerbeispiele“, hat aber keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Kodierer*innen sollen über die Liste hinaus und mithilfe der Definitionen Dimensionen identifizieren, indem sie ihre Sprachkenntnisse nutzen und eine logische Verbindung zwischen Definition, Beispielen und zu kodierendem Text ziehen. Dies bezeichnet man auch als semantische Vollständigkeit, die über die Indikatoren hinaus von Kodierer*innen inhaltliche Analogieschlüsse erfordert, um eine Dimension und ihre Ausprägung im Text zu erkennen (Früh, 2017, S. 84). Kodierungen, die über die Definition hinaus gehen, sind nicht erlaubt (siehe Regel 2). Kategorien, das heißt Dimensionen des MRA, ihre jeweilige Definition und dazugehörige Indikatoren, werden nicht von Kodierer*innen angepasst oder erweitert. Dies würde das Messinstrument verändern und zuvor aus der Codierung gewonnene Daten wären nicht mehr vergleichbar.

2. Kodierer*innen nutzen nur Informationen, die im zu kodierenden Dokument enthalten sind.

Kodierer*innen nutzen bei der Kodierung keine anderen Quellen (zum Beispiel Projektevaluierungen, vorhabenbezogenes Vorwissen aus eigener Projekterfahrung oder Interviewmaterial) als das zu kodierende Dokument. Diese Regel steht nicht im Widerspruch zu Regel 1, da sich semantische Analogieschlüsse weiterhin am Text des Dokuments orientieren müssen. Die Markierung von Textstellen in MAXQDA sowie Notizen während oder im Anschluss an den Kodierungsprozess helfen (siehe Regel 8: Kodierungsprotokoll), Analogieschlüsse nachzuvollziehen. In Ausnahmefällen können Kodierer*innen andere Quellen hinzuziehen, um Informationen aus dem Programmdokument im Kodierungsprozess zu verifizieren, zum Beispiel Informationen über die Identität eines bestimmten kontextspezifischen Akteurs (Name einer Organisation) oder den Inhalt von Regierungspolitiken (*policies*) im Partnerland. So ein Ausnahmefall tritt ein, wenn ein Merkmal der Querschnittsverankerung nicht eindeutig identifiziert beziehungsweise ausgeschlossen werden kann, weil kontext- oder fachspezifische Informationen über genannte Akteure, Politiken (*policies*) oder

Ähnliches fehlen. Bei der Recherche sollten nur vertrauenswürdige Quellen genutzt werden. Die Quelle muss im Kodierungsprotokoll (siehe Regel 8) benannt werden.

3. Kodierer*innen kodieren nur Informationen, die sich auf das im Dokument konzipierte Projekt beziehen.

Meist sind in den Projektdokumenten Informationen über das Vorgängervorhaben sowie weitere Programme der Durchführungsorganisation, anderer Entwicklungspartner im Partnerland und gegebenenfalls in der weiteren Region enthalten. Diese Informationen sind für die Kodierung zunächst irrelevant, da ausschließlich das Vorhaben, auf das sich das Dokument bezieht, die Analyseeinheit darstellt. Daher sollten Informationen über mögliche Merkmale anderer Vorhaben von der Kodierung ausgeschlossen werden.

4. Die Ausprägung der auf der Kodierung basierenden Variablen im Projektdokument ist binär.

Dokumente werden in MAXQDA kodiert. Hier sollen Codes immer dann für eine Textstelle vergeben werden, wenn eine Dimension identifiziert wird. Das heißt, Maßnahmen zur Realisierung einer Dimension können mehrmals in einem Dokument auftreten und derselbe Code kann mehrmals vergeben werden. Von dieser Kodierung in MAXQDA werden Variablen abgeleitet – eine Variable für jede Dimension. Die Ausprägung dieser Variable ist binär. Sie hat den Wert 1, wenn eine Dimension mindestens einmal (bis unendlich) in einem Projektdokument kodiert wurde. Die Variable hat den Wert 0, wenn eine Dimension im gesamten Projektdokument nicht auftritt. Die Ausprägung der Variablen wird in einer separaten Excel-Tabelle im Anschluss an die Kodierung festgehalten. Variablen stehen in einzelnen Spalten.

5. Es gibt keine Doppelkodierung derselben Wortsequenz.

Es können mehrere Dimensionen in derselben Aktivität eines Vorhabens beinhaltet, gegebenenfalls sogar im selben Absatz oder Satz genannt werden. Allerdings sind Dimensionen voneinander trennscharf, das heißt, es sollte nicht zu Doppelkodierungen derselben Wortsequenz kommen, sondern eine Wortsequenz soll nur einer Dimension zugeordnet werden. Eine Wortsequenz kann ein oder mehrere Wörter bezeichnen. Falls zwei oder mehr Dimensionen in einem Satz auftreten, sollte in MAXQDA nur die Wortsequenz kodiert werden, die sich auf das jeweilige Merkmal bezieht. Dabei darf es zu Überlappungen der markierten Wortsequenzen kommen. Bei Unsicherheiten über die Zuordnung einer Wortsequenz zu einem Merkmal sollte keine Doppelkodierung vorgenommen, sondern Rücksprache mit dem Evaluierungsteam gehalten werden.

6. Ausschlusskriterien sind Indikatoren untergeordnet und dienen nur als Entscheidungshilfe für Kodierer*innen.

Ausschlusskriterien werden zusätzlich für jede Dimension definiert, um Kodierer*innen bei der Entscheidung zu helfen, ob eine Textstelle kodiert werden soll oder nicht. Sie sind somit Negativbeispiele für Textstellen, die auf den ersten Blick als Maßnahme zur Querschnittsverankerung des MRA kodiert werden könnten, aber per Definition ausgeschlossen sind. Dies soll dazu beitragen, falschen Kodierungen vorzubeugen. Die Beispiele für das Ausschlusskriterium, die in Kapitel 6 für jede Dimension gegeben werden, haben ebenfalls den Anspruch auf semantische Vollständigkeit. Sie erfordern von Kodierer*innen Analogieschlüsse in Hinblick auf andere Ausprägungen im Text, die die Definition des jeweiligen Ausschlusskriteriums erfüllen.

7. Kodierer*innen arbeiten allein.

Das Kodierungsteam wird vor Beginn der Kodierung geschult und trifft sich nach dem Kodierungsprozess zu einem Datenabgleich (Debriefing). Bei Unsicherheiten beziehungsweise Unklarheiten in der Kodierungsanleitung, sollten Kodierer*innen ausschließlich das Evaluierungsteam kontaktieren, aber nicht bilateral mit anderen Kodierer*innen Absprachen treffen. Letztere könnten zu systematischen Verzerrungen der Kodierung führen.

8. Kodierer*innen führen für jedes Dokument ein Kodierungsprotokoll.

Das Protokoll beinhaltet kurze Notizen über die Beobachtungen, Unklarheiten und mögliche weitere Vorkommnisse während des Kodierungsprozesses für jedes Dokument. Das Protokoll wird in die entsprechenden Spalten im Excel-Dokument für jedes Dokument (in jede Zeile) eingetragen. Mögliche Punkte, auf die das Kodierungsprotokoll eingehen kann, sind:

- Sind Menschenrechte eher im Vorhabensprozess, das heißt durch die Umsetzung menschenrechtlicher Prinzipien und Standards in der Planung, der Durchführung und dem Monitoring von Vorhaben, oder aber in den Zielen eines Vorhabens verankert?
- Gab es Unklarheiten bei der Kodierung bestimmter Dimensionen?
- Gab es Unsicherheiten in Bezug auf Textstellen? Wenn ja, welche?
- Wurde menschenrechtliche Sprache stark verwendet oder gar nicht?
- Gibt es mögliche Vorhabensziele oder kontextspezifische Faktoren, die beobachtet wurden und mit einer tieferen Querschnittsverankerung von Menschenrechten im Konflikt stehen? Wenn ja, welche (zum Beispiel Sicherheitsaspekte und damit einhergehende Maßnahmen)?

Außerdem können Kodierer*innen angeben, ob sie weitere Dimensionen der Querschnittsverankerung des MRA – über die vorgegebenen Dimensionen hinaus – identifiziert haben. Diese Dimensionen können nicht in das Kodierschema und den Codebaum in MAXQDA aufgenommen werden, helfen aber bei der qualitativen Analyse. Bei der induktiven Ableitung neuer Dimensionen aus einem Dokument sind entsprechende Textstellen im Kodierungsprotokoll anzugeben.

Bei der Konsultation von externen Quellen für die Verifizierung von Informationen müssen die Quelle und der Grund für diesen Schritt im Kodierungsprotokoll angegeben werden (Regel 2).

4.1.6 Definitionen und Indikatoren

Definitionen und Indikatoren wurden aus den beispielhaft vorgeschlagenen Maßnahmen zur Umsetzung der Querschnittsverankerung des MRA innerhalb der einzelnen Schwerpunkte im Anhang des BMZ-Leitfadens von 2013 (BMZ, 2013, S. i–xxvii) sowie der internen Vorgabe zur Erstellung von Projektplanungsdokumenten abgeleitet. Weitere Indikatoren wurden aus den Projektdokumenten selbst abgeleitet, von denen bereits einige für die Entwicklung des Codebuchs gelesen wurden.

Allgemeine Definitionen

Rechteinhabende: Rechteinhabende sind alle Menschen im Sinne von „natürlichen Personen“. Dies schließt Personen aus, wenn sie in ihrer Rolle als Träger eines öffentlichen Amtes handeln. Hier sind sie pflichtentragend. Allerdings können Amtsträger in ihrer Rolle als staatliche Bedienstete oder als Bürger*innen auch gleichzeitig Rechteinhabende sein. Sie haben den gleichen und universellen Anspruch auf alle Rechte, die in den Menschenrechtspakten festgeschrieben sind und können diese von Pflichtentragenden (dem Staat) einfordern.

Pflichtentragende: Staatliche Amtsträger*innen und Organisationen sind für die Achtung, den Schutz und die Gewährleistung der Menschenrechte gegenüber der Bevölkerung verantwortlich und können dafür zur Rechenschaft gezogen werden, wenn ein Staat entsprechende Menschenrechtskonventionen unterzeichnet und ratifiziert hat.²⁵ Das heißt, der Staat darf die Rechte seiner Bürger*innen nicht missachten und muss ihre Erfüllung darüber hinaus aktiv fördern. Außerdem muss der Staat seine Bürger*innen vor Menschenrechtsverletzungen durch Dritte schützen. Bei (Semi-)Privatisierungen von staatlichen, die Kernelemente der Menschenrechte betreffenden Aufgaben ist der Staat für die Regulierung und die Förderung (Schutz und Gewährleistung) privater Akteure pflichtentragend. Unternehmen sind nicht primär pflichtentragend,

²⁵ Eine Mehrheit der Staaten hat das älteste Abkommen, den Zivil- und Sozialpakt, unterzeichnet und ratifiziert. Damit wird internationales Recht verbindlich für Staaten und muss auch im nationalen Recht verankert werden.

sondern werden vom Staat reguliert. Der Privatsektor trägt allerdings Verantwortung für die Einhaltung des nationalen Rechts, inklusive menschenrechtlicher Vorgaben.

Menschenrechtliche Standards: Sie beziehen sich auf die Verfügbarkeit, die Zugänglichkeit, die Qualität und die kulturelle Annehmbarkeit der Kernelemente der Menschenrechte. Zum Beispiel sollten Pflichten-tragende nicht nur die Sanitäranalgen in öffentlichen Schulen bereitstellen, sondern auch eine ausreichende Anzahl für alle Schüler*innen (Verfügbarkeit), barrierefreie Zugänge (Zugänglichkeit), eine regelmäßige Reinigung (Qualität) und geschlechtergetrennte Sanitäreinrichtungen in bestimmten Kontexten (kulturelle Annehmbarkeit) gewährleisten. Vorhaben sollen demnach nicht nur die Bereitstellung von Basisdienstleistungen und -gütern fördern, sondern auch zur Verwirklichung dieser Standards beitragen.

Menschenrechtliche Prinzipien: Diese Prinzipien sind Partizipation und Empowerment, Nichtdiskriminierung und Chancengleichheit sowie Transparenz und Rechenschaft. Sie sollen in den Prozessen und den Zielen von EZ-Vorhaben gewährleistet und gefördert werden.

Strukturell benachteiligte Personen(-gruppen): Dabei handelt es sich um Menschen, die aufgrund einer oder mehrerer bestimmter Eigenschaften gesellschaftlich, wirtschaftlich, geografisch und/oder politisch benachteiligt, diskriminiert und teilweise isoliert sind. Sie haben oft geringe oder keine Einflussmöglichkeiten auf gesellschaftliche und politische Entscheidungen und finden (deswegen) in diesen auch kaum Berücksichtigung. Benachteiligung ist kontextspezifisch. Die am häufigsten benachteiligten Personengruppen sind Analphabet*innen, Frauen, Behinderte, Jugendliche und Kinder, religiöse, ethnische oder linguistische Minderheiten, Indigene, Senior*innen, extrem Arme, HIV-infizierte oder an AIDS erkrankte Menschen, LSBTI, Geflüchtete und Binnenvertriebene, Nomaden beziehungsweise Personen, die mehr als einer dieser Gruppen angehören (Intersektionalität).

Querschnittsverankerung von Menschenrechten im Prozess versus in den Zielen: Menschenrechte können auf zwei Arten querschnittlich verankert werden. Für die Förderung von Partizipation – als eine Dimension der Querschnittsverankerung – werden daher Subcodes eingeführt. Zum einen kann Partizipation im Prozess des Vorhabens gewährleistet werden. Zum anderen können die Ziele eines Vorhabens, das heißt die Outputs, die Outcomes und die übergeordnete Wirkung, menschenrechtliche Prinzipien und Standards querschnittlich berücksichtigen. Partizipation im Prozess des Vorhabens (5a) bedeutet, dass Vorhaben in der Planung und der Durchführung Rechteinhabende einbeziehen. Partizipation als Ziel des Vorhabens (5b) deckt Maßnahmen ab, die zu einer stärkeren Beteiligung von Rechteinhabenden in politischen, gesellschaftlichen oder wirtschaftlichen Institutionen im Partnerland führen sollen, also Partizipation explizit als Outcome formulieren.

Weitere Bemerkungen

Akteursbezogene Zuordnung der Dimensionen: Die Dimensionen 1 bis 7 müssen eindeutig dem EZ-Vorhaben, auf das sich das Dokument bezieht, zuordenbar sein. Falls Deutschland generell als Akteur genannt wird, sind meist andere Vorhaben oder Akteure (zum Beispiel das Auswärtige Amt) gemeint. Initiativen der Partnerregierung oder anderer Entwicklungspartner, die nicht vom EZ-Vorhaben direkt gefördert werden, dürfen nicht den Dimensionen 1 bis 7 zugeordnet werden. Das heißt, sie können höchstens ein Indikator für Dimension 8 (Menschenrechtsslage im Partnerland) sein.

1. STAAT – RECHENSCHAFT UND TRANSPARENZ

Kapazitätsstärkung staatlicher Institutionen, um ihre Rechenschaftspflicht gegenüber der Bevölkerung zu erfüllen

| | |
|--------------------|--|
| Definition | <p>Maßnahmen, die Personal- und Organisationsentwicklung (Capacity Development) von staatlichen Institutionen (Gebietskörperschaften aller Ebenen) beinhalten mit dem Ziel,</p> <ul style="list-style-type: none"> · Bewusstsein über menschenrechtliche Pflichten (Menschenrechte achten, schützen und gewährleisten) bei Institutionen zu schaffen; · Transparenz über das Handeln dieser Institutionen zur Erfüllung ihrer menschenrechtlichen Pflichten zu fördern; oder · Mechanismen zur Rechenschaftslegung über menschenrechtliche Pflichten gegenüber der Bevölkerung einzuführen. |
| Indikatoren | <p>Ist erfüllt, wenn Vorhaben Maßnahmen zur personellen und strukturellen Kapazitätsstärkung staatlicher Institutionen durchführen, damit diese ihrer Rechenschaftspflicht über die Verwirklichung von Menschenrechten nachkommen. Maßnahmen lassen sich in folgende Bereiche einordnen:</p> <p>Förderung der Verankerung von Menschenrechtsstandards in nationalen Gesetzen, Vorschriften und betrieblichen Vereinbarungen, zum Beispiel</p> <ul style="list-style-type: none"> · Einführung von Chartas über die Rechte von Patienten und die Pflichten von Gesundheitsdienstleistern; · Stärkung des nationalen Rechtsrahmens durch Verankerung regionaler und internationaler Menschenrechtsstandards; · Förderung zur Teilnahme von Regierungen an bestehenden Berichtsmechanismen des internationalen und des regionalen Menschenrechtsschutzsystems; · Stärkung/gesetzliche Verankerung der Rechte von Nutzer*innen gegenüber Strom- und Wasserversorgungsunternehmen mit Fokus auf Transparenz und Rechenschaft über Dienstleistungserbringung. <p>Organisationsentwicklung von staatlichen Institutionen zur Stärkung der Transparenz und Rechenschaftslegung über Menschenrechte, zum Beispiel</p> <ul style="list-style-type: none"> · Förderung integrierter und effizienter staatlicher Verwaltungsstrukturen zur Umsetzung von Rahmenwerken, die Menschenrechtsgrundsätze enthalten im Bereich Ernährung und Landwirtschaft, wie der <i>FAO Voluntary Guidelines on the Responsible Governance of Tenure of Land, Fisheries and Forests in the Context of National Food Security</i>; · Unterstützung der Korruptionsprävention in der öffentlichen Verwaltung, um diskriminierungsfreien Zugang zu und Qualitätsstandard von Dienstleistungen zu gewährleisten; · Stärkung interner und unabhängiger externer Kontrollorgane für die Einhaltung menschenrechtlicher Standards im staatlichen Sicherheitssektor. <p>Kompetenzentwicklung staatlicher Akteure und ihrer Vertreter*innen (zum Beispiel private oder kirchliche Träger) für eine Verbesserung des Bewusstseins, der Transparenz und der Rechenschaftslegung über menschenrechtliche Pflichten, zum Beispiel</p> |

| | |
|------------------------------|--|
| | <ul style="list-style-type: none"> · Förderung staatlicher Initiativen zur Verbesserung der Qualität von Unterricht durch Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften und angemessene Bezahlung (Staat erfüllt Pflichten gegenüber Lehrer*innen als Rechteinhabenden und Lehrer*innen als Funktionär*innen des Staates erfüllen Pflichten gegenüber Schüler*innen als Rechteinhabenden); · Information und Aufklärung staatlicher Träger über menschenrechtliche Pflichten, zum Beispiel das Recht auf angemessene Unterkunft oder das Recht auf Freizügigkeit; · Orientierung der Beratung der Sicherheitskräfte (Polizei, Streitkräfte) zu Menschenrechten, zum Beispiel Menschenrechtsbildungsmaßnahmen; · Unterstützung von Sensibilisierungsmaßnahmen für Gesundheitspersonal über gendersensible, altersspezifische und kulturell angepasste Kommunikation; · (Stärkung staatlicher Kapazitäten zur) Durchführung von Fortbildungen für medizinisches Personal zu gesundheitsrelevanten Rechten, zum Beispiel sexuellen und reproduktiven Rechten und Implikationen für ihre Arbeit; · Aus-/Fortbildung von Anwält*innen und Richter*innen zur Einforderung des Rechts auf Nahrung durch Bevölkerung von staatlichen Verantwortlichen; · Förderung der Integration von Menschenrechtsbildung in Schulcurricula und der Lehrer*innenausbildung, zum Beispiel zu sexuellen und reproduktiven Rechten und Menschenrechtsverletzungen, wie weiblicher Genitalverstümmelung und anderen schädlichen Praktiken; · Beratung staatlicher Akteure zu angemessenen Budgetallokationen für die Bereitstellung und die Verbesserung sozialer Basisdienstleistungen für alle Rechteinhabenden zur Verwirklichung menschenrechtlicher Standards. <p>Auch erfüllt, wenn solche Maßnahmen bei staatlich mandatierten Organisationen, zum Beispiel externen Dienstleister*innen, durchgeführt werden</p> |
| Beispiel²⁶ | [...] |
| Ausschlusskriterien | <p>Ist nicht erfüllt, wenn Maßnahmen nur</p> <ul style="list-style-type: none"> · die Kapazitäten staatlicher Institutionen zur Erbringung von Dienstleistungen stärken, aber menschenrechtliche Standards nicht berücksichtigen, zum Beispiel, weil Dienstleistungen nicht zur Erfüllung der Kernelemente der Menschenrechte relevant sind oder Aspekte der Verfügbarkeit, des gleichberechtigten Zugangs, der Qualität und der Kontextangepasstheit nicht berücksichtigt werden; · die Rechenschaftslegung und die Transparenz staatlicher Akteure über Pflichten außerhalb der menschenrechtlichen Pflichten stärken, zum Beispiel Garantie des Wettbewerbes aller Unternehmen in einem Wirtschaftssektor. <p>Oben genannte Maßnahmen bei privatwirtschaftlichen Unternehmen sollten ausgeschlossen werden.</p> |

²⁶ Auszüge aus Modulvorschlägen, die beispielhaft als direkte Zitate im Kodierleitfaden angeführt wurden, sind für den rein internen Gebrauch. Die Textstellen sollten den Kodierer*innen als Ankerbeispiele zur Veranschaulichung der Kodiervorgaben und Definitionen dienen. Aufgrund von Datenschutzbestimmungen wurden diese Auszüge im hier abgedruckten Kodierleitfaden gelöscht.

2. STAAT – MENSCHENRECHTSSCHUTZFUNKTION**Unterstützung staatlicher Institutionen in ihrer Aufsichts- und Regulierungsfunktion, um menschenrechtliche Standards zu gewährleisten**

| | |
|--------------------|---|
| Definition | Maßnahmen, die Personal- und Organisationsentwicklung von staatlichen Institutionen (aller Ebenen) für die Beaufsichtigung und die Regulierung von privaten Unternehmen oder anderen gesellschaftlichen und politischen Akteuren, zum Beispiel Kirchen oder traditionellen Autoritäten, beinhalten mit dem Ziel, Menschenrechte vor Beeinträchtigungen durch Dritte zu schützen |
| Indikatoren | <p>Ist erfüllt, wenn das Vorhaben Maßnahmen plant, die staatliche Akteure personell oder strukturell in ihrer Aufsichts- und Regulierungsfunktion zur Verwirklichung ihrer menschenrechtlichen Schutzpflicht unterstützen. Hierzu zählen folgende Typen von Maßnahmen:</p> <p>Aufbau von Schutzsystemen, zum Beispiel</p> <ul style="list-style-type: none"> · Unterstützung beim Aufbau von Schutzsystemen für besonders von Krisen und Konflikten betroffenen Gruppen (zum Beispiel Kinder und Jugendliche); · Orientierung der Beratung von staatlichen Institutionen zur Verurteilung von Gewaltverbrechen an den Menschenrechten in Bezug auf die Opfer (zum Beispiel Wiedergutmachung, Anerkennung geschlechterspezifischer Formen der Gewalt) und die Täter*innen (zum Beispiel faires Verfahren für alle, Menschenrechte im Resozialisierungsprozess). Dies können, müssen aber nicht zwangsläufig Akteure aus dem staatlichen Justizapparat sein, sondern auch aus der Exekutive und der Legislative; · Förderung von Maßnahmen zum Abbau von Kinderarbeit, Zwangsarbeit und gesundheitsgefährdenden Arbeitsbedingungen (zum Beispiel durch Pestizideinsatz) im Rahmen von Vorhaben der Landwirtschaftsentwicklung; · Förderung von Schutzmaßnahmen für diejenigen, die im Erwerbsleben mit Schad- und Giftstoffen konfrontiert werden, zum Beispiel in der Abfallentsorgung oder -verwertung (häufig Frauen, Kinder und Jugendliche); · Unterstützung einer menschenrechtskonformen und menschenrechtsschützenden Wirtschaftsgesetzgebung. <p>Sensibilisierung und personelle oder strukturelle Kapazitätsstärkung von staatlichen Behörden zur besseren Kontrolle und Regulierung, zum Beispiel</p> <ul style="list-style-type: none"> · Stärkung der Aufsichts- und Regulierungsfunktion staatlicher Stellen, um private Bildungsanbieter*innen wie Privatschulen oder kirchliche Schulträger in Hinblick auf Verfügbarkeit, diskriminierungsfreie Zugänglichkeit, Erschwinglichkeit, Annehmbarkeit und Anpassungsfähigkeit ihrer Bildungsangebote zu kontrollieren; · Stärkung der Aufsichts- und Regulierungsfunktion des Staates, um private Dienstleister*innen in Hinblick auf Verfügbarkeit, diskriminierungsfreie Zugänglichkeit, Annehmbarkeit und Qualität der Gesundheitsdienstleistungen zu kontrollieren; · Stärkung der Aufsichts- und Regulierungsfunktion staatlicher Einrichtungen in Bezug auf staatliche wie nichtstaatliche Wasser- und Sanitärversorgungsunternehmen zur besseren Verfügbarkeit, Erschwinglichkeit und Qualität von Trinkwasser sowie zur diskriminierungsfreien Zugänglichkeit zu Wasser- und Sanitäreinrichtungen; Schaffung von Anreizmechanismen (zum Beispiel über |

| | |
|----------------------------|---|
| | <p>steuerliche Anerkennung) für nichtstaatliche Akteure in diesen Bereichen, insbesondere in unterversorgten Gebieten;</p> <ul style="list-style-type: none"> · Stärkung der staatlichen Aufsichts- und Regulierungsfunktion im Energiesektor zur Kontrolle von Energieproduzent*innen, -anlagenbetreiber*innen sowie -versorger*innen in Hinblick auf Achtung menschenrechtlicher Mindeststandards sowie Sicherung der Verfügbarkeit und der Erschwinglichkeit von Energie; · Stärkung staatlicher Monitoringsysteme, insbesondere auch für Armutsgebiete im Bereich Wasser- und Sanitärversorgung sowie Abfallmanagement; · Stärkung der staatlichen Aufsichts- und Regulierungsfunktion von Umweltbehörden, unter anderem in Hinblick auf Unternehmen und ihrer menschenrechtlichen Verantwortung; · Stärkung staatlicher Fähigkeiten zur Überwachung und Durchsetzung menschenrechtskonformer und -fördernder Regelwerke gegenüber Unternehmen; · Beratungsmaßnahmen von zuständigen Regulierungs- und Aufsichtsbehörden, um Vorgaben zu Qualität, kontextspezifischer Ausgestaltung und armutsorientierter Tarifgestaltung zu machen. |
| Beispiel | [...] |
| Ausschlusskriterien | <p>Ausgeschlossen werden sollten Maßnahmen, die</p> <ul style="list-style-type: none"> · die staatliche Kontroll- und Regulierungsfunktion nicht in Hinblick auf Menschenrechtsschutz stärken, zum Beispiel Maßnahmen zur Finanzmarktregulierung oder Vorhaben mit dem Ziel, den informellen Sektor zu regulieren oder zu formalisieren, ohne dabei explizit Sozial- und Arbeitsrechte zu stärken; · ausschließlich direkt mit dem Privatsektor oder anderen nichtstaatlichen Akteuren zusammenarbeiten; · direkt diese privaten Akteure in Hinblick auf Menschenrechte regulieren oder kontrollieren, aber nicht indirekt die Regulierung und die Kontrolle durch die Befähigung staatlicher Akteure zum Ziel haben. |

3. ZIVILGESELLSCHAFT – WATCHDOG-FUNKTION

Kapazitätsstärkung zivilgesellschaftlicher Organisationen, um Menschenrechte einzufordern und staatliche Politiken diesbezüglich zu überwachen

| | |
|--------------------|--|
| Definition | <p>Maßnahmen, die Personal- und Organisationsentwicklung (Capacity Development) von zivilgesellschaftlichen Akteuren beinhalten, einschließlich der Medien, lokaler Gruppierungen und Berufsgenossenschaften, Gewerkschaften und Selbstvertretungsstrukturen, mit dem Ziel, dass diese in einen Dialog mit staatlichen Stellen über Menschenrechte treten, Menschenrechte einfordern oder staatliche Politiken diesbezüglich effektiver überwachen können</p> |
| Indikatoren | <p>Ist erfüllt, wenn das Vorhaben plant Maßnahmen zur personellen und strukturellen Kapazitätsstärkung zivilgesellschaftlicher Akteure durchzuführen, <i>damit</i> diese Akteure effektiver Menschenrechte einfordern und deren Einhaltung überwachen. Hierzu zählen folgende Arten von Maßnahmen:</p> <p>Stärkung der zivilgesellschaftlichen Advocacy- und Sensibilisierungsfunktion, zum Beispiel durch</p> <ul style="list-style-type: none"> · Förderung gemeindebasierter Medien, zum Beispiel Bürgerradios, unter anderem als Instrument der Menschenrechtsbildung; |

- Stärkung von lokalen Gesundheitskomitees und Advocacy-NGOs, vor allem beim Einfordern von Rechenschaftslegung in Bezug auf Patientenrechte;
- Stärkung von institutionellen Strukturen von Elektrizitäts- und Wassernutzer*innengruppen, insbesondere bezüglich des Einforderns von Rechenschaftslegung und Transparenz.

Stärkung zivilgesellschaftlicher Überwachung/Monitoring beispielsweise durch

- Einbindung und Stärkung zivilgesellschaftlicher Organisationen und gegebenenfalls nationaler Menschenrechtsinstitutionen im Monitoring öffentlicher Finanzen und Politiken für eine stärkere Ausrichtung an Menschenrechten;
- Förderung von zivilgesellschaftlichen Monitoringsystemen, insbesondere auch für Armutsgebiete im Bereich Wasser- und Sanitärversorgung sowie Abfallmanagement;
- Stärkung von zivilgesellschaftlichen Menschenrechtsorganisationen und nationalen Menschenrechtsinstitutionen bei der Wahrnehmung ihrer Kontrollfunktion, zum Beispiel beim Erstellen von Alternativberichten über die Menschenrechtssituation oder Journalistentrainings im Investigativbereich;
- Förderung von zivilgesellschaftlichem Monitoring bei Klimafinanzierungsinstrumenten;
- Erarbeitung und Monitoring gendersensibler Ernährungssicherungsstrategien mit aktiver Beteiligung zivilgesellschaftlicher Organisationen und gefährdeter Personengruppen.

Stärkung von zivilgesellschaftlicher Interessenvertretung und -einforderung gegenüber staatlichen und privatwirtschaftlichen Akteuren, zum Beispiel

- Kapazitäts- und Ressourcenstärkung von Selbstvertretungsinitiativen benachteiligter Personengruppen oder zivilgesellschaftlicher Organisationen in der Stadt- und Kommunalentwicklung;
- Förderung zivilgesellschaftlicher Organisationen zur Interessenvertretung der Opfer von Menschenrechtsverletzungen und ihren Angehörigen im Kontext von bewaffneten Konflikten;
- Stärkung von Schüler*innen- und Elternräten sowie Lehrer*innengewerkschaften, um ihre jeweiligen Rechte von den Pflichtenträgenden im Bildungssektor einzufordern;
- Stärkung der Organisationen von Landarbeiter*innen- sowie Kleinbäuerinnen und Kleinbauern zur Interessenvertretung und Einforderung von Rechten;
- Orientierung von Klimaanpassungsmaßnahmen an menschenrechtlichen Standards und Prinzipien, unter anderem Stärkung von Interessenvertretungen von besonders vom Klimawandel betroffenen Personengruppen wie Binnenvertriebenen;
- Stärkung von Arbeitnehmer*innenvertretungen im sozialen Dialog.

Beispiel

[...]

Ausschlusskriterien

Ausgeschlossen werden Maßnahmen, die

- zivilgesellschaftliche Akteure bei der Erbringung von (Basis-) Dienstleistungen fördern (sie werden hier also nicht kodiert). Diese Vorhaben können teilweise im Gegensatz zu einem menschenrechtsbasierten EZ-Ansatz stehen, da die Zivilgesellschaft hier nicht Rechte (zum Beispiel Recht auf Basisdienstleistungen

wie adäquaten Zugang zu ausreichender, qualitätsgesicherter Wasser- und Sanitärversorgung) von Pflichtentragenden einfordert, sondern staatliche Pflichten übernimmt. Im Falle begrenzter Ressourcen kann dies sogar zu einer Schwächung ihrer Advocacy- und Monitoring-Funktion führen.

- sich gezielt an Unternehmen richten; der Privatsektor ist ein gesonderter Akteur in der Trias mit Zivilgesellschaft und Staat.
- direkt marginalisierte und vulnerable Individuen oder Personengruppen ohne organisationalen Überbau fördern; sie sollten unter Merkmal 4 (Empowerment) kodiert werden.
- zivilgesellschaftliche Akteure in den Prozess der Planung, der Durchführung und des Monitorings des Vorhabens einbeziehen oder zum Ziel haben, die Partizipation von Zivilgesellschaft in staatlichen Entscheidungsprozessen zu institutionalisieren, sie aber nicht explizit in ihrer Advocacy- und Watchdog-Funktion gegenüber dem Staat fördern; sie werden unter Merkmal 5 (Partizipation von Rechteinhabenden) kodiert.

4. EMPOWERMENT

Empowerment und Aufklärung über Rechte, insbesondere von Menschen, die sich in vulnerablen Situationen befinden oder von Diskriminierung betroffen sind

Definition

Maßnahmen, die über Unterstützungsleistungen wie **Aufklärung** über Rechte, **Beratungsleistungen** und **Kompetenzentwicklung** sowie **Verbesserungen im Zugang zu Ressourcen** und **strukturellen Rahmenbedingungen** (rechtlich, politisch, gesellschaftlich, ökonomisch) darauf abzielen, **strukturell benachteiligte Menschen(-gruppen)** in den Stand zu versetzen, ein mündiges, selbstbestimmtes Leben zu führen und **ihre Belange persönlich wie politisch zu artikulieren und zu vertreten**. Oft sollen Maßnahmen zu Veränderungen der Rollenwahrnehmung führen, das heißt bei den marginalisierten Rechteinhabenden Bewusstsein über Rechte schaffen und sie befähigen, diese von pflichtentragenden Akteuren aktiv einzufordern. *Diese Maßnahmen adressieren strukturell benachteiligte Menschen direkt oder haben zum Ziel, die strukturellen Rahmenbedingungen für mehr Chancengleichheit und Zugang zu Rechten zu schaffen.*

Indikatoren

Ist erfüllt, wenn Vorhaben, plant Maßnahmen zum Empowerment von strukturell Benachteiligten durchzuführen. Dies wird umgesetzt durch folgende Interventionstypen:

Aufklärung, Sensibilisierung und Beratung von Rechteinhabenden, zum Beispiel durch

- Förderung des Wissens über Rechte und das Rechtssystem für benachteiligte Gruppen, einschließlich der Förderung ihrer Fähigkeiten, das Rechtssystem zu nutzen;
- Rechtsberatungsdienste für Frauen, um schädliche Praktiken wie Genitalverstümmelung oder Frühheirat anzuzeigen;
- Stärkung der Beratungsangebote für benachteiligte Personengruppen beim Übergang in angrenzende Bildungsbereiche, in die Berufsbildung sowie in den Arbeitsmarkt;

- Sensibilisierung über gesundheitsschädliche traditionelle Praktiken wie weibliche Genitalverstümmelung, unter besonderer Berücksichtigung der Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen, insbesondere der Mädchen;
- Unterstützung von Maßnahmen zur Hygieneerziehung für Kinder und Jugendliche;
- Förderung von Aufklärungsmaßnahmen und Hygieneerziehung zur Befähigung benachteiligter Gruppen, wasserbezogene Krankheiten zu verhindern, zum Beispiel in Schulen oder über Wasserkioske.

Kompetenzentwicklung durch

- gezielte Stärkung von Personen, die nur begrenzten Zugang zu Bildung haben, zum Beispiel sprachliche Minderheiten, Nomaden, Mädchen, Menschen mit Behinderung, Geflüchtete, arbeitende Kinder;
- Unterstützung von (Bildungs-)Maßnahmen zur gezielten Mädchen- und Frauenförderung, um geschlechterspezifischen Menschenrechtsverletzungen wie Zwangs- und Frühehe oder Genitalverstümmelung vorzubeugen;
- Förderung außerschulischer Bildungsangebote und Formen des informellen Lernens zur Befähigung von Menschen, die keinen Zugang zum formalen Bildungssystem haben;
- Förderung innovativer Unterrichtsformen, die Kinder als Tragende von Rechten fördern;
- Stärkung der Verhandlungs- und Dialogkompetenzen benachteiligter Bevölkerungsgruppen, zum Beispiel bei Wasser- und Landnutzungskonflikten.

Förderung des Zugangs zu und des Erwerbs von Ressourcen, zum Beispiel Informationen, Bildung, Mobilitätsinfrastruktur, Kredite, durch

- Verbesserung des Zugangs zu Informations- und Kommunikationstechnologie insbesondere für arme und benachteiligte Personengruppen im Telekommunikationssektor, zum Beispiel durch Förderung des Internetzugangs in Schulen, Schaffung von Gemeinde- und Jugendzentren mit kostenfreiem Internetzugang;
- Förderung der Mobilität benachteiligter Gruppen durch Ausbau von sicheren und erschwinglichen öffentlichen Verkehrsmitteln, inklusive Bahnhöfen/Busstationen etc., unter besonderer Berücksichtigung des Schutzes von Frauen und Kindern sowie Ausbau und Schutz von barrierefreien Bahnhöfen/Busstationen, Fuß- und Fahrradwegen und Straßenüberquerungen;
- Verbesserung erschwinglicher Energie-, Wasser- und Sanitärversorgung für arme und benachteiligte Bevölkerungsgruppen in bisher un- oder unterversorgten Gebieten (vor allem periurbane, informelle Gebiete) durch spezifische Versorgungsansätze, die etwa spezielle Finanzierungsmöglichkeiten für Armutsgebiete mit dem Einsatz kostengünstiger Technologien und sicherer Zugänglichkeit (zum Beispiel Wasserkioske, Zapfstellen, öffentliche Toilettenanlagen) verbinden;
- Unterstützung von Schutzmaßnahmen für Frauen und Mädchen vor geschlechterspezifischer Gewalt in oder auf dem Weg zu Bildungseinrichtungen, um ihnen den Zugang zu Bildung zu ermöglichen;
- Unterstützung bei der Einführung gynäkologischer Notversorgung und Maßnahmen gegen schädliche traditionelle Praktiken wie Genitalverstümmelung zum Empowerment von Frauen und Mädchen;

- Förderung des Erwerbs von Landtiteln durch Frauen, junge Menschen (unter besonderer Berücksichtigung von Waisenkindern), indigene oder von Umsiedlung bedrohte Menschen;
- Unterstützung beim diskriminierungsfreien Zugang zu beruflicher Bildung, Arbeitsmarkt und produktiven Ressourcen wie Land und Finanzdienstleistungen.

Strukturelle Maßnahmen zur Verbesserung der Chancengleichheit und des Status benachteiligter Gruppen, beispielsweise

- Beratung zur gesetzlichen Regelung des Zugangs zum Richter*innenamt für unterrepräsentierte Gruppen;
- Beratung zur Einrichtung von Jugend- und Frauenausschüssen in kommunalen Parlamenten und Gemeindeverwaltungen zur besseren Repräsentation und Berücksichtigung von Themen, die marginalisierte Personengruppen betreffen;
- Beratung zu Reformen zum Abbau diskriminierender Verwaltungspraktiken und -vorschriften sowie Gesetze, zum Beispiel Ausschluss von Frauen vom Erwerb von Landtiteln oder im Einwohnermeldewesen sowie Diskriminierung im Steuerrecht;
- Förderung der gezielten Rekrutierung von Minderheiten und Frauen im Sicherheitssektor;
- Beratung zum Abbau diskriminierender Verwaltungsvorschriften im staatlichen Bildungssystem, zum Beispiel Ausschluss von Menschen ohne Identitätsdokumente;
- Unterstützung der Einführung von gendersensiblen Organisationsstrukturen im öffentlichen Dienst, zum Beispiel Anpassung der Arbeitszeitregelungen und Bereitstellung von Kinderbetreuung;
- Unterstützung bewusstseinsbildender Maßnahmen gegen die Stigmatisierung bestimmter Personen, zum Beispiel ethnischer Minderheiten oder Menschen mit Behinderung oder HIV/AIDS;
- Beratung der Partner zur Gewährleistung der Barrierefreiheit öffentlicher Gebäude;
- Beratung zur gezielten Förderung benachteiligter Gruppen im öffentlichen Dienst, zum Beispiel zu Personalentwicklungsmaßnahmen;
- Förderung der integrativen Vorschul-/Früherziehung („Inklusion“) und anderer bewusstseinsbildender Maßnahmen zum Abbau gesellschaftlicher Stigmatisierung von Menschen mit Behinderung;
- Förderung des mehrsprachigen Unterrichts und der Berücksichtigung kultureller Diversität in Curricula und bei Lehrkräften.

Beispiel

[...]

Ausschlusskriterien

Bedürfnisorientierte Maßnahmen, die Güter oder Dienstleistungen für Rechteinhabende, insbesondere marginalisierte Gruppen, bereitstellen beziehungsweise Pflichtentragende bei der Bereitstellung unterstützen, erfüllen das Merkmal nicht, außer sie haben explizit Empowerment oder Aufklärung über Rechte zum Ziel beziehungsweise sind gepaart mit bewusstseins-schaffenden Maßnahmen. Zum Beispiel erfüllt ein Cash-Transfer-Programm für arme, von alleinstehenden Frauen geführte Haushalte nicht das Merkmal. Im Gegensatz dazu würde ein Cash-Transfer-Programm für arme, von alleinstehenden Frauen geführte Haushalte, das gepaart wird mit Aufklärung zu Frauenrechten, Beratung zur rechtlichen Verpflichtung von Kindesvätern, Unterhalt zu leisten, oder Kompetenzentwicklung, um staatliche Fördermittel zu beantragen, das MRA-Merkmal erfüllen.

5. RECHTEINHABENDE – PARTIZIPATION

Förderung der Partizipation, insbesondere von Gruppen, die von Diskriminierung betroffen sind, und ihrer Selbstvertretungsorganisationen (zum Beispiel Kinder und Jugendliche, Frauen, Menschen mit Behinderung, ethnische Minderheiten, indigene Völker, sexuelle Minderheiten)

Dieses Merkmal kann auf zwei Arten in einem Vorhaben implementiert werden, wobei beide Arten der Ausprägung im selben Vorhaben auftreten können. Zum einen kann Partizipation im Vorhabensprozess selbst erfolgen. Das heißt, dass Zielgruppen, insbesondere strukturell benachteiligte Menschen, in die Planung, die Durchführung und/oder das Monitoring des EZ-Vorhabens eingebunden sind. Zum anderen kann die Förderung von Partizipation auch ein explizites Vorhabensziel sein. Hierbei ist dann nicht entscheidend, ob Rechteinhabende am Vorhaben selbst teilgehabt haben, sondern es sollen Mechanismen zur aktiven Einbindung von Rechteinhabenden in gesellschaftliche, wirtschaftliche oder politische Entscheidungsprozesse außerhalb des Vorhabens und über dessen Dauer hinaus etabliert werden. Falls die Entscheidung zwischen Partizipation im Prozess und Partizipation als Ziel nicht auf der Basis des vorliegenden Projektdokuments gemacht werden kann, sollten Textstellen der übergeordneten Kategorie Partizipation zugeordnet werden. Wenn immer die Unterscheidung in Prozess- und Zielebene gemacht werden kann, werden nur die Subcodes vergeben.²⁷

5a. Partizipation im Vorhabensprozess

| | |
|--------------------|---|
| Definition | Rechteinhabende werden in die Planung , die Durchführung und/oder das Monitoring des Vorhabens aktiv einbezogen , insbesondere diskriminierte Gruppen oder ihre Selbstvertretungsorganisationen (SVOs). |
| Indikatoren | <p>Ist erfüllt, wenn das Vorhaben Rechteinhabende, die von dem Vorhaben betroffen sind, aktiv einbezieht, mit besonderem Fokus auf strukturell benachteiligte Rechteinhabende und ihre Vertretungsstrukturen, zum Beispiel durch</p> <ul style="list-style-type: none"> · Förderung arbeits- statt maschinenintensiven Straßenbaus und Beschäftigung benachteiligter Personengruppen; · Finanzierung von Maßnahmen, deren Planung, Durchführung und Monitoring rechteinhabenden Zielgruppen, zum Beispiel Dorfgemeinschaften, Arbeitnehmer*innen oder Vereinigungen von Kleinbauern beziehungsweise -bäuerinnen, überlassen werden; · gezielte Einbeziehung von Frauen, Kindern und Jugendlichen sowie benachteiligten Gruppen in Vorhaben zur Krisenprävention und Friedensentwicklung; · Nutzer*innenbefragungen zu Vorhaben und Einbeziehung der geäußerten Vorschläge bei Maßnahmen, die eine Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen zum Ziel haben; · Erarbeitung und Monitoring gendersensibler Ernährungssicherungsstrategien mit aktiver Beteiligung zivilgesellschaftlicher Organisationen und gefährdeter Personengruppen; · Integration traditioneller Heilpraktiken und traditioneller Medizin in Maßnahmen im Gesundheitsbereich; · Anerkennung traditioneller Formen der Streitbeilegung unter Beachtung internationaler menschenrechtlicher Standards in Vorhaben im Justizsektor. |

²⁷ MAXQDA summiert die Subcodes und den übergeordneten Code in Frequenzanalysen für die übergeordnete Kategorie auf. Deshalb sollte entweder *nur* der entsprechende Subcode oder *nur* der übergeordnete Code (falls Zuordnung zu Subcodes nicht möglich ist) vergeben werden.

| | |
|----------------------------|--|
| Beispiel | [...] |
| Ausschlusskriterien | <p>Nicht erfüllt, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> · Maßnahme bereits privilegierte Akteure einbezieht beziehungsweise Akteure konsultiert, aber Ergebnisse des Konsultationsprozesses nicht in die Planung und die Durchführung der Maßnahme einfließen; · ausschließlich die Zustimmung für ein Vorhaben durch die betroffene Bevölkerung eingeholt wird, weil es bei Merkmal 5a um die aktive Einbeziehung geht. Falls Partizipation im Vorhabensprozess ausschließlich die Einholung der Zustimmung für eine Maßnahme von der durch sie betroffenen Bevölkerung ist (<i>Free Prior Informed Consent</i>), um das Risiko von Menschenrechtsverletzungen zu mindern, <i>wird nicht hier, sondern unter Merkmal 7 kodiert</i>. |

5b. Partizipation als Ziel der Maßnahme

| | |
|----------------------------|---|
| Definition | Maßnahmen mit dem Ziel, Institutionen oder Mechanismen für die aktive Einbeziehung und die verbesserte Teilhabe und Repräsentation von Rechteinhabenden , insbesondere diskriminierten Gruppen oder ihren Selbstvertretungsorganisationen (SVOs), zu etablieren und zu fördern |
| Indikatoren | <p>Ist erfüllt, wenn Vorhaben Maßnahmen zur Förderung von Institutionen oder Mechanismen für die aktive Einbeziehung von (diskriminierten, vulnerablen) Rechteinhabenden über das Vorhaben hinaus durchführt, zum Beispiel durch</p> <ul style="list-style-type: none"> · Beratung zu partizipativer, menschenrechtsbasierter und gendersensibler Aufstellung kommunaler Finanzhaushalte (Bürger*innenhaushalte); · systematische Einbeziehung aller betroffenen Personengruppen, insbesondere von Frauen und jungen Menschen, in Entscheidungsprozesse zur Wasserpolitik; · Förderung von gleichberechtigter Beteiligung in Verhandlungen über Ressourcennutzung, zum Beispiel bei Land- oder Wassernutzungskonflikten; · Förderung und Umsetzung einer transparenten und partizipativen Gestaltung von Umweltschutz (insbesondere bei Nutzungskonflikten) sowie dessen armutsorientierte und gendersensible Ausrichtung; · Förderung von gesellschaftlichen Streitlösungsmechanismen und konflikt- und gendersensiblen Partizipationsmechanismen auf dezentraler Ebene; · Förderung des Zugangs zu Justiz, fairer Verfahren und des gleichen Schutzes vor dem Gesetz zur Einforderung des Rechts auf Nahrung durch die Bevölkerung; · Förderung von inklusiven und repräsentativen Multi-Stakeholder-Dialogforen mit Beteiligung von Rechteinhabenden zu wirtschafts- und sozialpolitischen Herausforderungen, zum Beispiel zur fairen Nutzenverteilung aus dem Rohstoffsektor oder Jugendbeschäftigungsförderung; · Förderung sozialpartnerschaftlicher Beziehungen zwischen Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen zu besserer Teilhabe von Arbeitnehmer*innen an unternehmerischen Entscheidungen. |
| Beispiel | [...] |
| Ausschlusskriterien | Nicht erfüllt, wenn Maßnahme Institutionen und Mechanismen zu Einbeziehung bereits privilegierter Akteure fördert beziehungsweise die Einbeziehung nicht mit einer besseren Berücksichtigung von Rechteinhabenden in den sie betreffenden Entscheidungsprozessen einhergeht |

Subcode sollte ebenfalls nicht vergeben werden, wenn Partizipation als instrumentell für das Vorhaben gesehen wird, aber nicht über den Rahmen des Vorhabens hinaus bestehen bleiben soll.

Maßnahmen, die die Partizipation von Rechteinhabende im Rahmen von Kontrollmechanismen fördern, werden hier nicht kodiert, sondern fallen unter Merkmal 6.

Falls zivilgesellschaftliche Organisationen und nicht Rechteinhabende in ihren Kapazitäten beziehungsweise in ihrer Dialog- und Interessenvertretungsfunktion gestärkt werden, hier nicht kodieren, sondern unter Merkmal 3 (Stärkung Zivilgesellschaft)

6. KONTROLL- UND BESCHWERDEMECHANISMEN FÜR RECHTEINHABENDE

Stärkung von Mechanismen der Beschwerde und der Kontrolle für die Bevölkerung, die auch für besonders benachteiligte soziale Gruppen zugänglich sind

| | |
|--------------------|---|
| Definition | Maßnahmen fördern die Einführung von für alle Bevölkerungsgruppen leicht zugänglichen Kontroll- und Beschwerdemechanismen zur Einforderung von Transparenz und Rechenschaft sowie Gewährleistung von Menschenrechten |
| Indikatoren | <p>Ist erfüllt, wenn Vorhaben Beschwerdemechanismen einrichten oder Maßnahmen planen, die die Beschwerde und die direkte Kontrolle von staatlichen und privatwirtschaftlichen Akteuren durch Rechteinhabende selbst zu fördern, zum Beispiel durch</p> <ul style="list-style-type: none"> · Einrichtung leicht zugänglicher, diskriminierungsfreier, konflikt- und gendersensibler Beschwerde- und Kontrollmechanismen auf dezentraler Ebene, zum Beispiel in Kommunalverwaltungen oder außerstaatlichen Kontexten wie Dorfgemeinschaften; · Einrichtung von Beschwerde- und Kontrollmechanismen für Nutzer*innen von Allgemeingütern (Wasser, Energie, Sanitäreanlagen, ...); · Förderung der Transparenz und Einrichtung von wirksamen und leicht zugänglichen Beschwerdemechanismen für negativ Betroffene von Infrastrukturausbaumaßnahmen; · Beratung zu partizipativer, menschenrechtsbasierter und gendersensibler Kontrolle kommunaler Finanzhaushalte (Kontrollmechanismen zur Überwachung kommunaler Fiskalpolitik durch Bürger*innen direkt); · Förderung des diskriminierungsfreien Zugangs zu Widerspruchsmöglichkeiten gegen Verwaltungsakte, zum Beispiel Steuerstreitigkeiten; · Stärkung beziehungsweise Einrichtung von wirksamen und leicht zugänglichen Beschwerdemechanismen für diejenigen, die von Umweltauswirkungen betroffen sind beziehungsweise sich durch Umweltschutzmaßnahmen in ihren Rechten verletzt sehen; · Förderung rechtsstaatlicher Prinzipien und Institutionen in Hinblick auf die Privatwirtschaft über die Verbesserung (außer-)gerichtlicher Beschwerdemechanismen, einschließlich Zugang zu Wiedergutmachung bei Menschenrechtsbeeinträchtigungen durch Unternehmen. |

| | |
|----------------------------|--|
| Beispiel | [...] |
| Ausschlusskriterien | Andere Formen der Institutionalisierung der Partizipation Rechteinhabender als die der Kontrolle und der Beschwerde werden unter Merkmal 5b kodiert. |

7. VORBEUGUNG MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN DURCH VORHABEN

Maßnahmen zur Vermeidung von durch Vorhaben verursachten oder beförderten menschenrechtlichen Risiken

| | |
|--------------------|---|
| Definition | Gezielte Maßnahmen innerhalb eines Vorhabens oder eines Maßnahmendesigns, die menschenrechtliche Risiken beziehungsweise Menschenrechtsverletzungen durch das geplante Vorhaben vorbeugen beziehungsweise sie verhindern. Im Zuge von Vorhaben sind häufige Risiken zum Beispiel Zwangsräumungen und -umsiedlungen ohne Entschädigung sowie die Benachteiligung bestimmter Gruppen, zum Beispiel durch Zugangsbarrieren und Bevorzugung einzelner Gruppen zum relativen Nachteil anderer. Außerdem besteht die Gefahr, dass Partizipationsrechte und Arbeitsrechte beeinträchtigt werden. |
| Indikatoren | <p>Ist erfüllt, wenn das Projektdokument menschenrechtliche Risiken prüft, analysiert und/oder reflektiert, das heißt Stellung dazu bezieht, ob durch das Vorhaben die Verfügbarkeit, die Zugänglichkeit, die Qualität und die kulturelle Angemessenheit der Kernelemente der Menschenrechte (Recht auf Wasser, Nahrung, Energie, Wohnen, saubere Umwelt, physische und psychologische Sicherheit, Bildung etc.) eingeschränkt werden könnten. Im Falle eines möglichen Auftretens von Risiken sollte diesen im Maßnahmendesign oder durch zusätzliche Maßnahmen beziehungsweise Aktivitäten innerhalb des Vorhabens vorbeugt werden. Maßnahmen(-designs) zur Risikovorbeugung und -verhinderung können sein:</p> <p>Prüfung von Vorhabenspartner*innen und Vorhaben in Bezug auf die Einhaltung menschenrechtlicher Standards und möglicher menschenrechtlicher Risiken im Rahmen der Vorhabensplanung, zum Beispiel</p> <ul style="list-style-type: none"> • Prüfung bei Kooperationen mit lokalen KKMU daraufhin, ob arbeitsrechtliche Standards eingehalten werden (zum Beispiel Verbot von Kinderarbeit, Recht auf Gewerkschaftsbildung); • Prüfung und Ausschöpfung aller Alternativen zu Umsiedlungen; • gezielte Förderung der Kernarbeitsnormen bei der Beauftragung von lokalen Bauvorhaben durch lokale Unternehmen, insbesondere zur Vermeidung von Kinderarbeit, Förderung des Arbeitsschutzes und von Arbeitnehmer*innenvertretungen; • Berücksichtigung und Vorbeugung von unterschiedlichen Auswirkungen von Maßnahmen, insbesondere in Bezug auf nicht intendierte negative Auswirkungen auf benachteiligte Personengruppen; • Umweltfolgenabschätzung bei Vorhaben mit möglichen negativen Auswirkungen auf Ökosysteme und deren Leistungen für Menschen, insbesondere im Bereich der Privatwirtschaftsförderung und der Zusammenarbeit mit Unternehmen. Bei der Umweltfolgenabschätzung sollen die Bedeutung von |

Biodiversität und Ökosystemleistungen für die Erreichung der Menschenrechte auf Gesundheit, Bildung, Wasser und Nahrung berücksichtigt werden;

- Prüfung und Berücksichtigung spezifischer Problemlagen von Kindern und Jugendlichen bei EZ-Maßnahmen, da Kinder unter 18 Jahren durch unterschiedliche Umwelt- und Schadstoffbelastungen besonders gefährdet sind und der wachsende Organismus verletzlicher für schädigende Einflüsse ist;
- Anwendung des Do-no-harm-Ansatzes²⁸ mit besonderer Berücksichtigung negativer Wirkungen des EZ-Vorhabens auf Menschenrechte.

Vermeidung von Zugangsbarrieren beziehungsweise negativer Wirkungen auf (benachteiligte) Personen durch zielgruppen- und kontextspezifisches Maßnahmendesign, zum Beispiel

- (kontextspezifisch) gendersensible und barrierefreie Bauweise bei Infrastrukturmaßnahmen (vor allem in der FZ, aber auch in TZ-Vorhaben im Wasserbereich), zum Beispiel getrennte Sanitäreinrichtungen in Schulen;
- Einführung kultursensibler und mehrsprachiger Kommunikationsstrategien und Informationsmaterialien im Kontext von Informations- und Aufklärungskampagnen durch ein Vorhaben;
- Unterstützung von Schutzvorrichtungen bei Vorhaben zum Bau von Verkehrs-, Wasser- und Abwasserinfrastruktur, zum Beispiel Fußgänger*innenüberquerungen und angemessene Straßenführung, Abdeckung von Brunnen oder Schacht-/Kanaldeckeln;
- Durchführung von Aufklärungs- und Bildungsmaßnahmen zum Schutz von Rechteinhabenden vor Umwelt- und Verkehrsrisiken im Kontext von Vorhaben in diesen Bereichen, zum Beispiel Verkehrserziehung von Kindern bei Straßenbaumaßnahmen;
- Entwicklung angepasster, gendersensibler Finanzdienstleistungen und Angebot finanzieller Grundbildung bei der Vergabe von Mikrokrediten im Rahmen des Vorhabens, um finanzieller Überlastung vorzubeugen.

Zustimmung der lokalen, betroffenen Bevölkerung für Vorhaben einholen, insbesondere

- durch Anwendung des Grundsatzes der freien, vorherigen, informierten Zustimmung (*Free Prior Informed Consent*) bei Maßnahmen, die indigene Völker betreffen;
- im Kontext von Ressourcenkonflikten; Betroffene sollten bei der Ressourcenplanung und -umverteilung sowie der Politikgestaltung einbezogen werden;
- durch Organisation von Multi-Stakeholder-Dialogen zwischen Privatwirtschaft, Zivilgesellschaft und Regierungsvertreter*innen sowie Investor*innen und lokalen Unternehmen bei Vorhaben zur Wirtschaftsentwicklung.

²⁸ Deutsche Übersetzung: „Richte keinen Schaden an“ wird zur konfliktensiblen Planung und Durchführung von Vorhaben der Humanitären Hilfe und der EZ angewandt.

| | |
|----------------------------|--|
| | <p>Kompensation oder Ausgleich bei Maßnahmen, die menschenrechtliche Standards verletzen (könnten), wenn Betroffene Entschädigungen nicht zustimmen, zum Beispiel</p> <ul style="list-style-type: none"> · Kompensationen bei Zwangsumsiedlung, zum Beispiel bei der Ausweitung von Schutzgebieten/Naturparks oder Stadtplanungsmaßnahmen; · angemessene Entschädigung oder Bereitstellung von (einkommensschaffenden) Alternativen bei Nutzungseinschränkung von natürlichen Ressourcen wie Holz, Wasser oder Weideflächen bei Umweltschutz- und Agrarentwicklungsmaßnahmen; · Kompensation zum Schutz der Trinkwasserversorgung bei Maßnahmen, die Trinkwasserstandards gefährden, zum Beispiel landwirtschaftliche Bewässerung für eine verbesserte Nahrungsmittelproduktion; · Weiterentwicklung von Dokumentations- und Legitimationsverfahren für informelle Landrechte bei Risiko von Zwangsumsiedlung; · Maßnahmen zur weitestgehenden Vermeidung beziehungsweise Verringerung von Schadstoffemissionen bei den Vorhaben fördern, die den Lebensraum (Luft, Wasser, Ökosysteme) von Menschen betreffen; · Förderung von Maßnahmen zur Konfliktlösung und zur Sicherstellung eines gerechten Interessenausgleichs bei Nutzungskonflikten von natürlichen Ressourcen und Land; · Stärkung landwirtschaftlicher Klein(st)betriebe bei Vorhaben zur Agrarentwicklung und Nahrungssicherung sowie zur Teilhabe von vulnerablen Personen in der Landwirtschaft, zum Beispiel über Zugang zu Beratungs- und Finanzdienstleistung. |
| Beispiel | [...] |
| Ausschlusskriterien | <p>In dieser Kategorie werden nur Maßnahmen kodiert, die in Verbindung mit der Risikoprüfung/-analyse des Vorhabens stehen. Maßnahmen, die zwar in eine der oben genannten Indikatorengruppen fallen, aber nicht zur Vorbeugung menschenrechtlicher Risiken im Vorhaben durchgeführt werden, sollten hier nicht kodiert werden. Diese Maßnahmen können meist einem anderen Merkmal zugeordnet werden, insbesondere wenn diese Maßnahmen über den Rahmen des Vorhabens hinausgehen und lokale Partner (Staat oder Zivilgesellschaft) fördern, Menschenrechtsverletzungen zu vermeiden.</p> |

8. MENSCHENRECHTSLAGE IM PARTNERLAND

Beschreibung der Menschenrechtsslage im Land des Vorhabens, einschließlich nationaler Gesetzgebung, Richtlinien, Strategien und Politikbemühungen sowie Menschenrechtspraktiken

| | |
|-------------------|---|
| Definition | <p>Beschreibung der gesetzlichen Rahmenbedingungen im Partnerland, zum Beispiel Ratifizierungsstand von für das Vorhaben relevanten Menschenrechtspakten und ihrer Verankerung in der nationalen Gesetzgebung und/oder der Menschenrechtspraktiken der Partnerregierung und anderer im Kontext des Vorhabens relevanter Akteure und/oder Analyse der Entwicklungssituation und -ziele des Partnerlandes unter menschenrechtlichen Gesichtspunkten und/oder Benennung von Menschenrechtsverletzungen durch staatliche oder nichtstaatliche Akteure</p> |
|-------------------|---|

| | |
|----------------------------|--|
| Indikatoren | Ist erfüllt, wenn zum Beispiel Entwicklungsdefizite unter <i>menschenrechtlichen Gesichtspunkten</i> beschrieben werden, zum Beispiel im Bereich der Infrastrukturentwicklung die unterschiedliche Verfügbarkeit, Zugänglichkeit, Qualität und kulturelle Anpasstheit der existierenden Infrastruktur (für bestimmte Gruppen) beleuchtet oder sich explizit auf die <i>menschenrechtlichen Verpflichtungen</i> der Regierung, Bildungs- und Gesundheitsinfrastruktur in allen Landesregionen auszubauen, bezogen wird. Menschenrechtliche Verpflichtungen (Standards und Prinzipien) werden durch Bezug auf die UN-Menschenrechtspakte oder entsprechende anerkannte regionale oder nationale Verpflichtungen definiert. |
| Beispiel | [...] |
| Ausschlusskriterien | Kontextanalysen, die keinen expliziten Bezug auf menschenrechtliche Standards oder Prinzipien und/oder die ihnen zugrunde liegenden rechtlichen Rahmenwerke nehmen, sondern ausschließlich sozioökonomische und ökologische Entwicklungsindikatoren nutzen, werden hier nicht kodiert. |

4.2 Weitere Ergebnisse

Tabelle 26 Querschnittsverankerung der Dimensionen des MRA nach Schwerpunkten

| Schwerpunkt | Mittel | Staat: Rechenschaft | Staat: Schutzfunktion | ZGO: Kontrollfunktion | Empowerment |
|------------------------|--------|---------------------|-----------------------|-----------------------|-------------|
| Governance | 3,5 | 60 % | 10 % | 55 % | 19 % |
| Frieden und Sicherheit | 3,3 | 14 % | 12 % | 19 % | 44 % |
| region. Konzentration | 3,2 | 33 % | 53 % | 13 % | 13 % |
| Gesundheit | 3,1 | 19 % | 0 % | 7 % | 63 % |
| Bildung | 3,1 | 16 % | 0 % | 0 % | 78 % |
| Wasser und Abfall | 3,0 | 20 % | 74 % | 10 % | 10 % |
| Landwirtschaft | 2,9 | 13 % | 0 % | 6 % | 45 % |
| Umwelt | 2,8 | 38 % | 18 % | 29 % | 7 % |
| alle Schwerpunkte | 2,6 | 22 % | 17 % | 13 % | 25 % |
| Gestaltungsspielraum | 2,5 | 9 % | 4 % | 17 % | 35 % |
| Energie | 1,8 | 20 % | 29 % | 0 % | 0 % |
| Transport | 1,7 | 0 % | 0 % | 0 % | 0 % |
| NaWi | 1,6 | 11 % | 8 % | 0 % | 17 % |

| Schwerpunkt | Partizipation | Beschwerdemechanismus | Risikovermeidung | Menschenrechtsslage | Perspektivwechsel |
|------------------------|---------------|-----------------------|------------------|---------------------|-------------------|
| Governance | 74 % | 8 % | 80 % | 41 % | 7 % |
| Frieden und Sicherheit | 74 % | 2 % | 95 % | 58 % | 7 % |
| region. Konzentration | 80 % | 0 % | 80 % | 40 % | 7 % |
| Gesundheit | 61 % | 2 % | 98 % | 54 % | 12 % |
| Bildung | 71 % | 2 % | 98 % | 47 % | 2 % |
| Wasser und Abfall | 55 % | 4 % | 82 % | 43 % | 0 % |

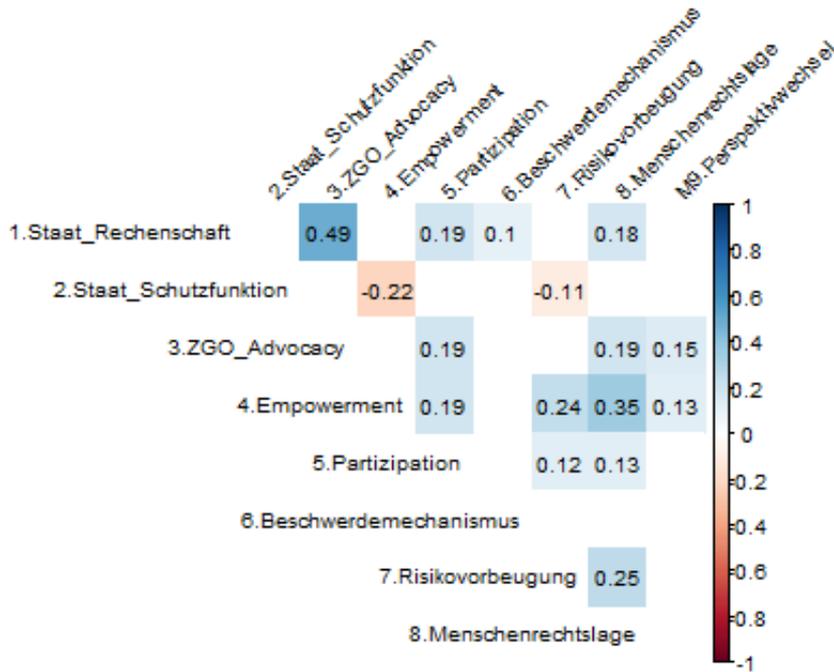
| | | | | | |
|-----------------------------|------|-----|-------|------|-----|
| Landwirtschaft | 76 % | 8 % | 93 % | 41 % | 5 % |
| Umwelt | 78 % | 8 % | 70 % | 33 % | 1 % |
| alle Schwerpunkte | 56 % | 4 % | 79 % | 37 % | 4 % |
| Gestaltungsspielraum | 54 % | 2 % | 85 % | 35 % | 4 % |
| Energie | 19 % | 2 % | 89 % | 23 % | 2 % |
| Transport | 67 % | 0 % | 100 % | 0 % | 0 % |
| NaWi | 39 % | 3 % | 55 % | 28 % | 3 % |

Tabelle 27 Anteil der in Dokumenten querschnittlich verankerten Dimensionen nach Durchführungsorganisation

| Dimension | alle | KI (95 %) | | BGR | GIZ | KI (95 %) | | KfW | KI (95 %) | | PTB |
|---------------------------------|-------------|------------------|------|------------|------------|------------------|------|------------|------------------|-------|------------|
| 1. Staat: Rechenschaft | 22 % | 19 % | 25 % | 19 % | 41 % | 36 % | 46 % | 2 % | 0 % | 4 % | 10 % |
| 2. Staat: Schutzfunktion | 17 % | 15 % | 20 % | 76 % | 11 % | 8 % | 14 % | 16 % | 12 % | 20 % | 18 % |
| 3. ZGO: Kontrollfunktion | 13 % | 10 % | 15 % | 16 % | 25 % | 20 % | 30 % | 1 % | 0 % | 2 % | 0 % |
| 4. Empowerment | 25 % | 22 % | 28 % | 3 % | 40 % | 35 % | 45 % | 17 % | 13 % | 21 % | 0 % |
| 5. Partizipation | 56 % | 53 % | 60 % | 57 % | 68 % | 63 % | 73 % | 49 % | 43 % | 55 % | 30 % |
| 6. Beschwerdemechanismus | 4 % | 3 % | 6 % | 0 % | 5 % | 3 % | 7 % | 5 % | 3 % | 7 % | 0 % |
| 7. Risikovorbeugung | 79 % | 76 % | 82 % | 8 % | 83 % | 79 % | 87 % | 99 % | 98 % | 100 % | 18 % |
| 8. Menschenrechtsslage | 37 % | 33 % | 40 % | 11 % | 55 % | 50 % | 60 % | 27 % | 22 % | 32 % | 3 % |
| 9. Perspektivwechsel | 4 % | 3 % | 5 % | 3 % | 7 % | 4 % | 10 % | 0 % | 0 % | 0 % | 5 % |
| Gesamt: Dokumente (n) | 761 | | | 37 | 348 | | | 299 | | | 77 |
| Mittelwert | 2,57 | | | 1,92 | 3,35 | | | 2,17 | | | 0,84 |
| Median (Mdn) | 2 | | | 2 | 3 | | | 2 | | | 1 |

Anmerkung: Das 95 %-Konfidenzintervall berechnet sich auf Basis der Stichprobe der Dokumente von GIZ und KfW. Für BGR und PTB wurde die Grundgesamtheit der Dokumente zugeliefert.

Abbildung 1 Gemeinsames Auftreten der Dimensionen des MRA (Korrelationsmatrix)

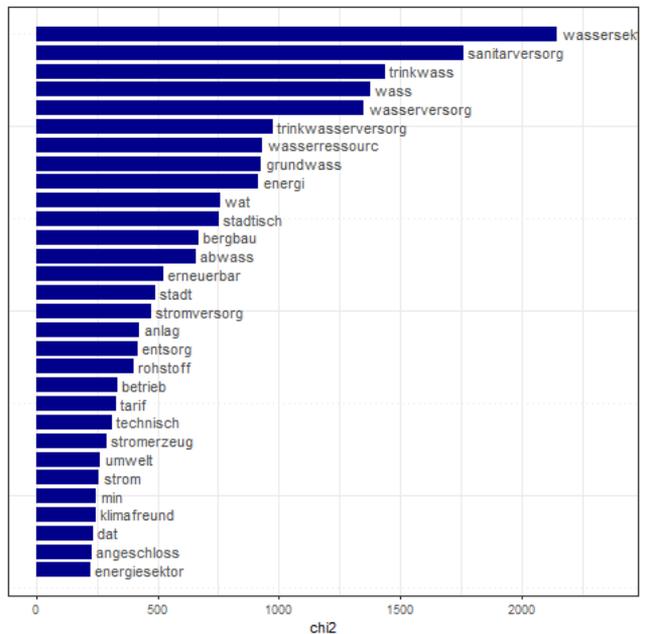
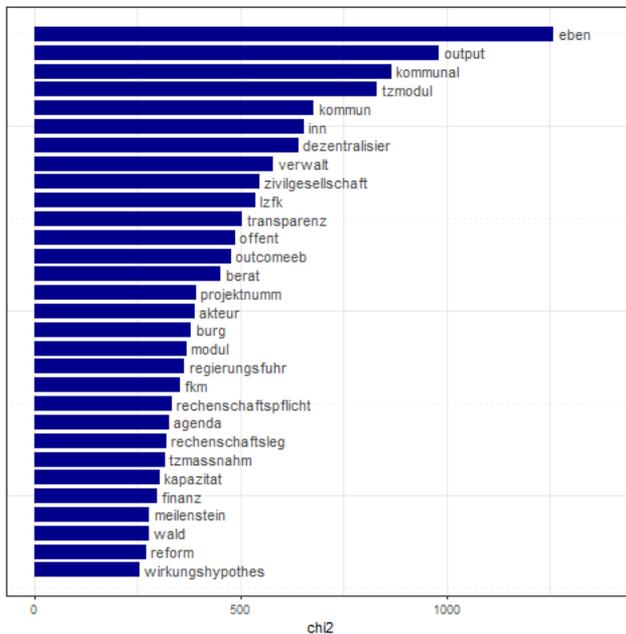


Anmerkung: Die Abbildung zeigt nur statistisch signifikante Korrelationen ($\alpha < 0,05$). Eine Korrelation ist stark, wenn sie größer als $\pm 0,7$, moderat, wenn sie größer als $\pm 0,5$, und schwach, wenn sie größer als $\pm 0,3$ ist.

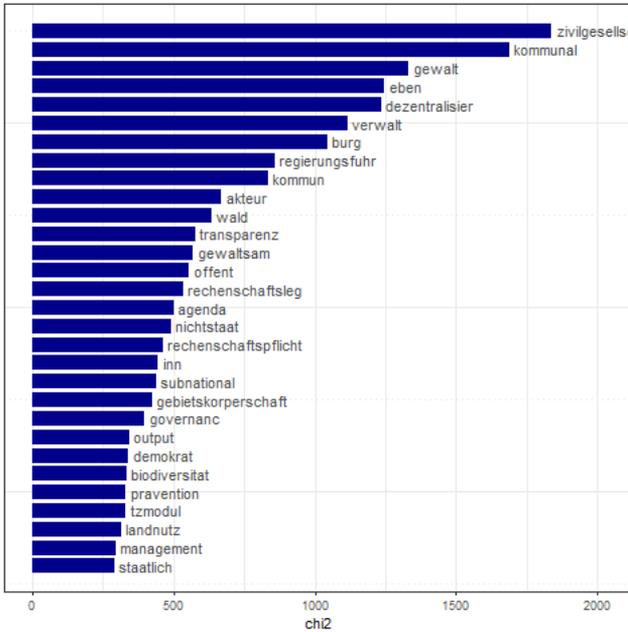
Abbildung 2 Charakteristische Wörter für die einzelnen Dimensionen des MRA

D1. Staat: Rechenschaft und Transparenz

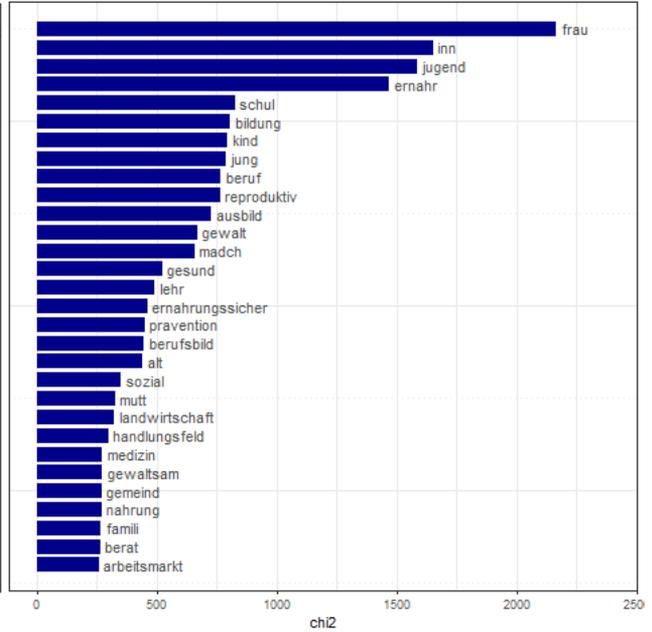
D2: Staat: Schutzfunktion



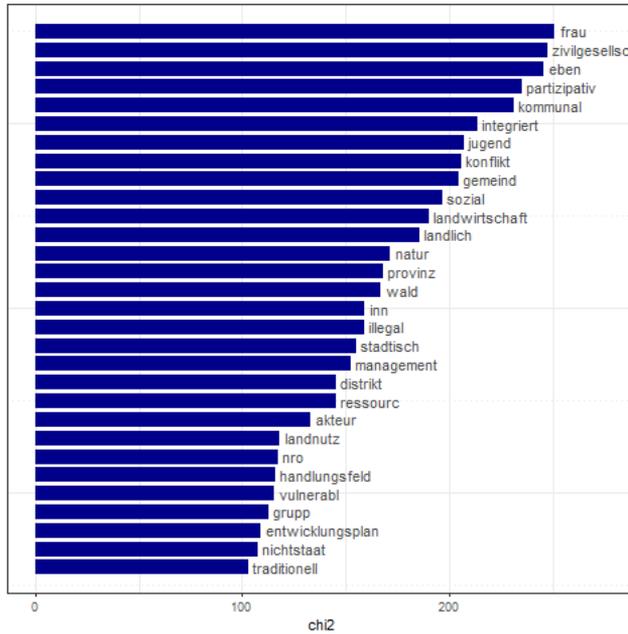
D3. Zivilgesellschaft: Kontrollfunktion



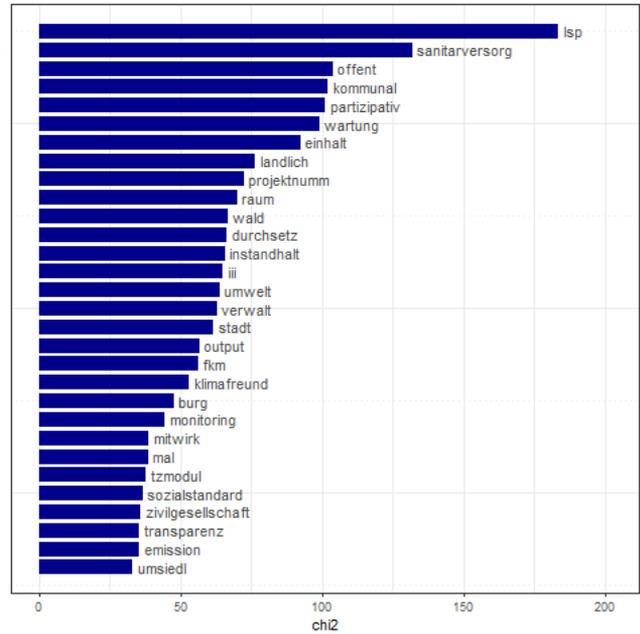
D4. Empowerment



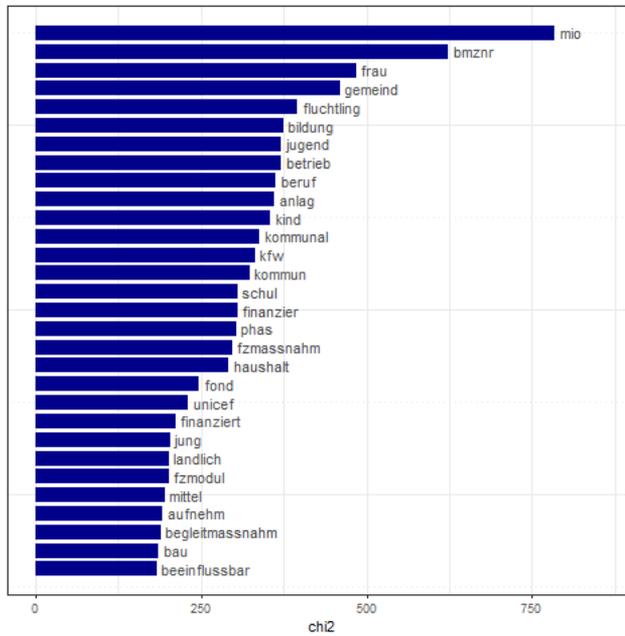
D5. Partizipation



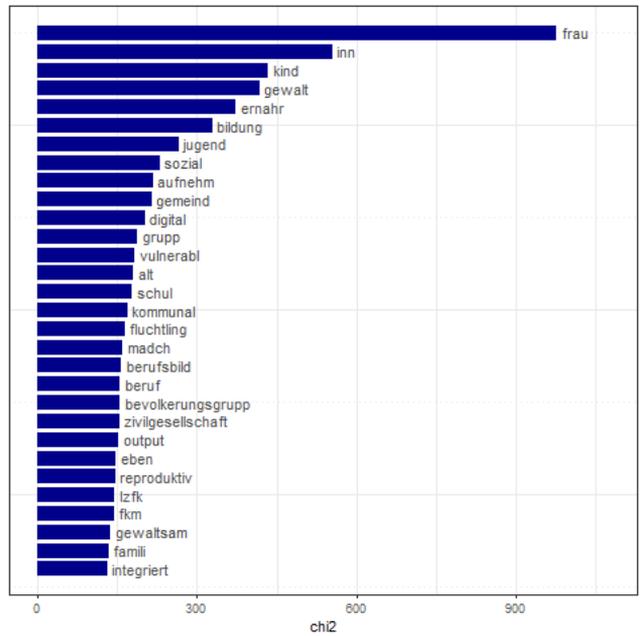
D6. Beschwerdemechanismus



D7. Risikovorbeugung



D8. Menschenrechtssituation



Anmerkung: Die Abbildungen stellen die Wörter dar, die besonders spezifisch für Projektdokumente sind, in denen eine jeweilige Dimension auftritt. Das heißt, sie kommen selten in jenen Dokumenten von Vorhaben vor, die keine Maßnahmen zur Querschnittsverankerung der jeweiligen Dimension des MRA sind, und häufig in solchen, die diese Maßnahmen umsetzen. Formalisiert wird diese Eigenschaft für jedes einzigartige Wort der Dokumentfrequenzmatrix mittels der chi-2-Statistik.

5. ERGEBNISSE V: STRUKTURELL BENACHTEILIGTE GRUPPEN

Tabelle 28 Absolute BMZ-ODA für Menschenrechtsvorhaben, die strukturell benachteiligte Gruppen stärken, nach Channel in Millionen Euro (inflationsbereinigt)

| | Durchführungs- organisationen | | zivilgesellschaftliche Organisationen | | Sonstige | | Gesamt | | Anteil an Gesamt- ODA |
|-------------|----------------------------------|--------|--|--------|----------|--------|--------|--------|-----------------------------|
| | Mio. € | Anteil | Mio. € | Anteil | Mio. € | Anteil | Mio. € | Anteil | |
| 2007 | 4,23 | 32 % | 8,70 | 65 % | 0,37 | 3 % | 13,29 | 100 % | 0,78 % |
| 2008 | 5,16 | 34 % | 10,06 | 66 % | 0,00 | 0 % | 15,21 | 100 % | 0,46 % |
| 2009 | 5,75 | 32 % | 12,31 | 68 % | 0,00 | 0 % | 18,06 | 100 % | 0,57 % |
| 2010 | 7,26 | 30 % | 16,36 | 68 % | 0,38 | 2 % | 23,99 | 100 % | 0,66 % |
| 2011 | 7,35 | 28 % | 18,47 | 71 % | 0,33 | 1 % | 26,15 | 100 % | 0,74 % |
| 2012 | 13,76 | 35 % | 25,34 | 65 % | 0,00 | 0 % | 39,09 | 100 % | 0,93 % |
| 2013 | 10,57 | 28 % | 27,66 | 72 % | 0,08 | 0 % | 38,31 | 100 % | 1,06 % |
| 2014 | 7,44 | 21 % | 28,01 | 78 % | 0,32 | 1 % | 35,78 | 100 % | 0,82 % |
| 2015 | 10,23 | 24 % | 32,49 | 76 % | 0,14 | 0 % | 42,85 | 100 % | 0,94 % |
| 2016 | 15,00 | 29 % | 35,80 | 69 % | 1,23 | 2 % | 52,03 | 100 % | 0,91 % |
| 2017 | 13,29 | 25 % | 32,20 | 60 % | 8,11 | 15 % | 53,61 | 100 % | 0,94 % |
| N | 100,02 | 28 % | 247,39 | 69 % | 10,96 | 3 % | 358,37 | 100 % | |

Tabelle 29 Absolute Anzahl der BMZ-Finanzierungsbeiträge für Menschenrechtsvorhaben, die strukturell benachteiligte Gruppen stärken, nach Channel

| Jahr | staatliche DOs | | zivilgesellschaftliche Organisationen | | Sonstige | | Gesamt | |
|-------------|----------------|--------|--|--------|----------|--------|--------|--------|
| | N | Anteil | N | Anteil | N | Anteil | N | Anteil |
| 2007 | 18 | 9 % | 179 | 90 % | 2 | 1 % | 199 | 100 % |
| 2008 | 18 | 9 % | 184 | 91 % | 0 | 0 % | 202 | 100 % |
| 2009 | 23 | 9 % | 228 | 91 % | 0 | 0 % | 251 | 100 % |
| 2010 | 25 | 9 % | 255 | 91 % | 1 | 0 % | 281 | 100 % |
| 2011 | 27 | 8 % | 313 | 92 % | 1 | 0 % | 341 | 100 % |
| 2012 | 14 | 4 % | 368 | 96 % | 0 | 0 % | 382 | 100 % |
| 2013 | 14 | 3 % | 439 | 97 % | 1 | 0 % | 454 | 100 % |
| 2014 | 13 | 3 % | 457 | 97 % | 1 | 0 % | 471 | 100 % |
| 2015 | 15 | 3 % | 486 | 97 % | 1 | 0 % | 502 | 100 % |
| 2016 | 14 | 3 % | 493 | 97 % | 2 | 0 % | 509 | 100 % |
| 2017 | 15 | 3 % | 483 | 88 % | 49 | 9 % | 547 | 100 % |
| N | 196 | 5 % | 3885 | 94 % | 58 | 1 % | 4139 | 100 % |

Tabelle 30 Absolute Ausgaben für Menschenrechtsvorhaben, die strukturell benachteiligte Gruppen stärken, 2012–2017 nach Purpose Codes/Förderbereichsschlüssel in Millionen Euro (inflationsbereinigt)

| Förderbereichsschlüssel | Mio. € | Anteil |
|---|--------|---------|
| Human Rights | 140,41 | 53,66 % |
| Women's Equality Organisations and Institutions | 75,05 | 28,68 % |
| Democratic Participation and Civil Society | 22,16 | 8,47 % |
| Legal and Judicial Development | 10,49 | 4,01 % |
| Social Mitigation of HIV/AIDS | 6,78 | 2,59 % |
| Social Protection | 5,98 | 2,29 % |
| Ending Violence Against Women and Girls | 0,73 | 0,28 % |
| Elections | 0,07 | 0,03 % |
| Gesamtergebnis | 261,66 | 100 % |

Tabelle 31 Absolute Ausgaben und absolute Finanzierungsbeiträge für Vorhaben, die im Zusammenhang mit strukturell benachteiligten Gruppen durchgeführt werden

| strukturell benachteiligte Bevölkerungsgruppen | Anzahl Auszahlungen | Anteil an Gesamtanzahl (%) | Auszahlungssummen (Mio. €) | Auszahlungssummen (%) |
|--|---------------------|----------------------------|----------------------------|-----------------------|
| Kinder | 2812 | 3,43 % | 1481,8 | 3,41 % |
| Jugendliche | 3043 | 3,71 % | 984,1 | 2,26 % |
| Frauen | 3512 | 4,29 % | 849,2 | 1,95 % |
| alte Menschen | 137 | 0,17 % | 104,1 | 0,24 % |
| Menschen mit Behinderung | 714 | 0,87 % | 92,0 | 0,21 % |
| Analphabet*innen | 18 | 0,02 % | 3,6 | 0,01 % |
| Menschen mit HIV/AIDS | 183 | 0,22 % | 65,1 | 0,15 % |
| LSBTI | 17 | 0,02 % | 1,1 | 0,00 % |
| ethnische Minoritäten | 40 | 0,05 % | 3,7 | 0,01 % |
| Indigene | 1982 | 2,42 % | 277,1 | 0,64 % |
| intern Vertriebene | 727 | 0,89 % | 792,8 | 1,82 % |
| geflüchtete Menschen | 741 | 0,90 % | 1912,7 | 4,40 % |
| Wanderarbeiter*innen | 12 | 0,01 % | 0,6 | 0,00 % |
| Sonstige/allgemein | 1023 | 1,25 % | 209,4 | 0,48 % |
| N | 11858 | 14,47 % | 4973,9 | 11,43 % |

Tabelle 32 Absolute Ausgaben für Vorhaben, die im Zusammenhang mit strukturell benachteiligten Gruppen durchgeführt werden, 2012–2017 nach Purpose Codes/Förderbereichsschlüssel in Millionen Euro (inflationsbereinigt)

| Förderbereichsschlüssel | Mio. € | Anteil |
|--|----------------|---------------|
| VIII.2. Reconstruction Relief & Rehabilitation | 943,66 | 19 % |
| VIII.1. Emergency Response | 588,90 | 12 % |
| VI.2. Development Food Assistance | 495,99 | 10 % |
| I.5.a. Government & Civil Society-general | 455,28 | 9 % |
| I.1.b. Basic Education | 414,09 | 8 % |
| IV.2. Other Multisector | 266,15 | 5 % |
| I.3. Population Policies/Programmes & Reproductive Health | 254,36 | 5 % |
| I.6. Other Social Infrastructure & Services | 250,37 | 5 % |
| I.1.c. Secondary Education | 240,81 | 5 % |
| I.2.b. Basic Health | 170,28 | 3 % |
| III.1.a. Agriculture | 170,14 | 3 % |
| I.4. Water Supply & Sanitation | 165,49 | 3 % |
| I.5.b. Conflict, Peace & Security | 146,61 | 3 % |
| I.1.a. Education, Level Unspecified | 109,10 | 2 % |
| IX. Unallocated/Unspecified | 61,85 | 1 % |
| II.5. Business & Other Services | 55,70 | 1 % |
| I.1.d. Post-Secondary Education | 50,73 | 1 % |
| I.2.a. Health, General | 39,06 | 1 % |
| IV.1. General Environment Protection | 26,63 | 1 % |
| II.4. Banking & Financial Services | 20,42 | 0 % |
| III.2.a. Industry | 15,47 | 0 % |
| II.3.b. Energy generation, renewable sources | 13,22 | 0 % |
| VIII.3. Disaster Prevention & Preparedness | 7,64 | 0 % |
| Administrative Costs of Donors | 7,05 | 0 % |
| II.3.a. Energy Policy | 2,13 | 0 % |
| III.3.a. Trade Policies & Regulations | 2,08 | 0 % |
| III.1.b. Forestry | 0,69 | 0 % |
| II.2. Communications | 0,02 | 0 % |
| III.1.c. Fishing | 0,00 | 0 % |
| Gesamtergebnis | 4973,93 | 100 % |

6. LITERATUR

BMZ (2011), „Menschenrechte in der deutschen Entwicklungspolitik“, *BMZ-Strategiepapier*, Nr. 4/2011, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Bonn/Berlin.

BMZ (2013), „Leitfaden zur Berücksichtigung von menschenrechtlichen Standards und Prinzipien, einschl. Gender, bei der Erstellung von Programmorschlägen der deutschen staatlichen Technischen und Finanziellen Zusammenarbeit“, *Leitfaden*, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Bonn/Berlin.

Carey, S. C. (2007), „European Aid: Human Rights Versus Bureaucratic Inertia?“, *Journal of Peace Research*, Vol. 44, Nr. 4, S. 447–464.

Cingranelli, D. et al. (2018), „The CIRIGHTS Dataset“, Version 2018.02.18, The Binghamton University Human Rights Institute, Binghamton, NY.

Dietrich, S. und A. Murdie (2017), „Human Rights Shaming Through INGOs and Foreign Aid Delivery“, *The Review of International Organizations*, Vol. 12, S. 95–120.

Esarey, J. und J. H. R. DeMeritt (2017), „Political Context and the Consequences of Naming and Shaming for Human Rights Abuse“, *International Interactions*, Vol. 43, Nr. 4, S. 589–618.

Fariss, C. J. (2014), „Respect for Human Rights has Improved Over Time: Modeling the Changing Standard of Accountability“, *American Political Science Review*, Vol. 108, Nr. 2, S. 297–318.

Freedom House (2020), „Individual Country Ratings and Status, FIW 1973–2020“, Freedom House, Washington, D. C.

Früh, W. (2017), *Inhaltsanalyse: Theorie und Praxis. UTB Medien- und Kommunikationswissenschaft, Psychologie, Soziologie, UVK, Konstanz, 9., überarbeitete Auflage.*

Grimmer, J. und B. M. Stewart (2013), „Text as Data: The Promise and Pitfalls of Automatic Content Analysis Methods for Political Texts“, *Political Analysis*, Vol. 21, Nr. 3, S. 267–297.

Jonsson, U. (2003), *Human Rights Approach to Development Programming*, Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF), Nairobi.

Kämpf, A. (2018), *National Human Rights Institutions and their work on migrants' human rights. Results of a survey among NHRIs*, German Institute for Human Rights, Berlin.

Kühn, T. und K.-V. Koschel (2018), *Gruppendiskussionen: Ein Praxis-Handbuch*, Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, Wiesbaden, 2. Auflage.

Lacatus, C. (2016), „The Design of National Human Rights Institutions: Global Patterns of Institutional Diffusion and Strength“, unveröffentlichte PhD thesis, The London School of Economics and Political Science, London.

Mayring, P. (2014), *Qualitative Content Analysis. Theoretic Foundation, Basic Procedures and Software Solution*, Beltz, Klagenfurt.

Neumayer, E. (2003), „Do Human Rights Matter in Bilateral Aid Allocation? A Quantitative Analysis of 21 Donor Countries“, *Social Science Quarterly*, Vol. 84, Nr. 3, S. 650–666.

Nielsen, R. A. (2014), „Rewarding Human Rights? Selective Aid Sanctions against Repressive States“, *International Studies Quarterly*, Vol. 57, Nr. 4, S. 791–803.

OECD (2017), „History of DAC Lists of aid recipient countries“, <https://www.oecd.org/development/financing-sustainable-development/development-finance-standards/historyofdaclistsofaidrecipientcountries.htm> (zugegriffen 13.10.2020).

OECD DAC (2020), „Creditor Reporting System (CRS)“, OECD.stat, <https://stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=CRS1> (zugegriffen 05.06.2020).

Raab, M. et al. (2018), *Evaluation des Förderbereichs Menschenrechte von Brot für die Welt – Synthesebericht*, Brot für die Welt.

Reinsberg, B. (2015), „Foreign Aid Responses to Political Liberalization“, *World Development*, Vol. 75, S. 46–61.

Stahl, K. et al. (2018), *Synthesebericht – Förderbereichsevaluierung Menschenrechte MISEREOR*, MISEREOR, Stuttgart.

Wood, R. und M. Gibney (2010), „The Political Terror Scale (PTS): A Re-introduction and a Comparison to CIRI“, *Human Rights Quarterly*, Vol. 32, Nr. 2, S. 367–400.